Inhaltsverzeichnis

1. Problemstellung	5
2. Asyl und AsylwerberInnen in Österreich	10
2.1 Flüchtlingsdefinitionen	10
2.1.1 Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention	10
2.1.2 AsylwerberIn	11
2.1.3 Fremde/r	11
2.1.4 De-facto-Flüchtling	12
2.2 Bundesbetreuung und ihre gesetzliche Regelung	12
2.2.1 Bundesbetreuungsgesetz (BbetrG)	12
2.2.2 Grundversorgungsvereinbarung (GVV) – Art. 15a B-VG	14
2.2.3 Grundversorgung im Land Salzburg	17
2.3 AsylwerberInnen und Arbeit in Österreich	19
3. Soziale Konflikte	22
3.1 Konflikttypen	23
3.1.1 Konflikte nach Streitgegenständen	24
3.1.2 Konflikte nach Erscheinungsformen	25
3.1.3 Konflikte nach den Eigenschaften der Konfliktparteien	26
3.1.4 Makro-, Meso- und Mikro-Konflikte	27
3.1.5 Heiße und Kalte Konflikte	27
3.2 Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie	29
4. Methode	33
4.1 Die Heuristische Sozialforschung	33

4.2 Methodisches Vorgehen der Datenerhebung	38
4.2.1 Die Auswahl der Gemeinden	38
4.2.2 Qualitative Tiefeninterviews	39
4.2.3 Das Auswertungsverfahren	40
4.2.4 Die Etappen der Studie	42
5. Statistische Informationen und strukturelle Bedingungen der Gemeinden	43
5.1 Statistische Informationen	43
5.1.1 Goldegg im Pongau	43
5.1.2 Ramingstein im Lungau	44
5.2 Soziostrukturelle Bedingungen der Gemeinden	46
5.2.1 Goldegg im Pongau	46
5.2.2 Ramingstein im Lungau	46
6. Ermittelte Thesen	47
6.1 Die Anfangs- bzw. Informationsphase	47
6.1.1 Goldegg	47
6.1.1.1 „...ist das schon in der Kronen Zeitung gestanden...“	48
6.1.1.2 „...denen diese Machtlosigkeit nur so ins Gesicht zu sagen...“	52
6.1.1.3 „Das war eine Lernphase des Landes, der Gemeinden und der Bevölkerung.“	55
6.1.2 Ramingstein	58
6.1.2.1 „Das war eigentlich so eine Aktion bei Nacht und Nebel, ...“	59
6.2 „Nein, zuerst haben sie uns eigentlich Leid getan.“	61
6.3 „Das sind keine richtigen Flüchtlinge, das sieht man ja.“	62

6.4	„Man muss jetzt zusperren.“	66
6.5	„Eine Familie ist immer ruhiger, da gibt es weniger Konflikte.“	69
6.6	„Ich meine die Idee ist ja ein bisschen grotesk.“	75
6.7	„Das sind alles Betriebe die sonst schon in Konkurs wären.“	78
6.8	Zusammenhänge zwischen soziostrukturellen Bedingungen und Konfliktdynamiken	82
6.8.1	Goldegg	82
6.8.1.1	„Die Siedlung ist nicht für ein Grundversorgungsquartier geeignet“	82
6.8.1.2	„Da oben sind so viele Leute, die zugezogen sind.“	86
6.8.2	Ramingstein	91
6.8.2.1	„Naja, ein junger, aufstrebender Ort sag ich einmal.“ - „Und seit dem ist der Ort eigentlich tot.“	91
6.8.2.2	„Aber die Jugendlichen... das ist, was einen stört, nicht?“	94
7.	Die sozialpädagogische Relevanz der Arbeit	96
7.1	Gemeinwesenarbeit	98
7.2	Gemeinwesen- und Interkulturelle Mediation	100
7.3	Supervision und Coaching	103

8. Diskussion	109
Bibliographie	115
Anhang	121

1. Problemstellung

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kann Europa weitgehend als Auswanderungskontinent bezeichnet werden. Aufgrund ethnischer Säuberungen und Vertreibungen im Zeitraum zwischen ersten bis nach dem zweiten Weltkrieg flohen mehrere Millionen Menschen aus ihren Ländern größtenteils nach Übersee. Erst mit der Entstehung der GastarbeiterInnenbewegung zu Beginn der 1950er Jahre wandelte sich Europa zu einem Einwanderungskontinent (Fassmann & Münz 1996). Durch die Demokratisierung und den ökonomischen Aufschwung der westeuropäischen Länder, kam es zu einem erhöhten Bedarf an ArbeiterInnen, welche vor allem aus dem Mittelmeerraum kamen. Je nach dem, in welchem Sektor Arbeitskräfte benötigt wurden, wurden diese eingesetzt und konnten auch je nach Zustand Wirtschaftslage wieder aus dem Land ausgewiesen werden (Caestecker 2006). Anfang der 1970er Jahre kam es im Zuge der drohenden Wirtschafts- und Ölkrise zu einem Aufnahmestop der ArbeitsmigrantInnen.

In den Jahren 1989 bis 1992 verließen mehr als 4 Millionen Menschen aus Ost- und Mitteleuropa durch den Fall des Eisernen Vorhangs ihre Herkunftsländer. Darunter waren vor allem Volksdeutsche, Juden und Jüdinnen, welche Aufnahme in Deutschland und Israel fanden, und andere diskriminierte Minderheiten. Diese wurden nach dem Ende des Kalten Krieges, sowie mehrere 100.000 jugoslawische Kriegsflüchtlinge, nicht mehr als Flüchtlinge anerkannt. Die westlichen Aufnahmeländer duldeten diese Gruppe von MigrantInnen bestenfalls. (Fassmann & Münz 1996)

Zwischen 1991 und 1995 wurden weitere 5-6 Millionen Menschen durch den Krieg im ehemaligen Jugoslawien in die Flucht getrieben. Auch der Zerfall der Sowjetunion 1990 trug zu einer großen Rückwanderung nach Russland und in die Ukraine bei (ebd.).

„Die Migrationswelle der Jahre 1988/89-1993 führte dazu, dass internationale Wanderungen für einige Zeit ins Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit rückten. Im Vordergrund standen in der Regel Ängste und Abwehrreflexe. Von manchen wurde Europa sogar als 'weiße Festung' und als Kontinent im Belagerungszustand bezeichnet“ (Fassmann & Münz 1996, S. 14). Bis heute wird an der Sicherung der „Festung Europa“ gearbeitet. Die europäischen Außengrenzen werden aufgerüstet und auch im Inneren der EU verschärft sich die Situation für EinwanderInnen durch strengere Gesetze (erschwerete Einbürgerungen, etc.) einerseits und andererseits durch mangelnde Integration der EinwanderInnen (keine Bürgerrechte, Armut, etc.). Doch es ist nicht die Einwanderung die Probleme schafft, sondern der politische Umgang mit dieser.

Vor allem angesichts der Tatsache, dass durch den Geburtenrückgang und dem damit verbundenen Rückgang der Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, wird Europa in Zukunft mehr EinwanderInnen benötigen, um den Bedarf des EU-Arbeitsmarktes zu decken. Europa sollte sich daher um Zuwanderung und die Integration der EinwanderInnen bemühen, anstatt die Mauern immer höher zu ziehen (Milborn 2006).

Aufgrund der steigenden Anzahl der weltweiten Krisenherde und steigender Armut in den jeweiligen Herkunftsländern, versuchen trotz verschärfter Einwanderungsbestimmungen immer mehr Menschen die Hürden zu überwinden, was meist mit hohen Risiken verbunden ist, um Europa zu erreichen.

Durch die Fluchtbewegungen entstehen neue Anforderungen an die Aufnahmestaaten bezüglich Rechtsverfahren und integrativer Maßnahmen. Auch Österreich versucht durch eine restriktive Asylgesetzgebung, Flüchtlinge an der Einreise nach Österreich zu hindern bzw. diese zu erschweren. So kommt es in dem 1991 beschlossenen Asylgesetz u. a. zur Errichtung des „Bundesasylamtes“, sowie zur Anwendung der Drittstaatsicherheit¹ und der Möglichkeit „offensichtlich unbegründete“ Asylanträge in einem Schnellverfahren abzulehnen, welche auch mit einer Einschränkung der Berufungsmöglichkeiten einhergeht. Die dadurch erwartete Beschleunigung der Abwicklung der Verfahren konnte jedoch nicht erreicht werden. Die Zahl AsylwerberInnen ging aufgrund des neuen Gesetzes, der Verschärfung der fremdenrechtlichen Regelungen und der verstärkten Überwachung der Grenzen zu den Nachbarländern stark zurück. In diesen Zeitrahmen fiel auch die Bund-Länder-Aktion, im Zuge der sich Bund und Länder die Kosten und die praktische Betreuung der ex-jugoslawischen Kriegsflüchtlingen teilten (Langthaler & Trauner 2008).

1997 kam es unter dem SPÖ Minister Einem zu einem kurzzeitigen Paradigmenwechsel in der Asylpolitik Österreichs. Eine wesentliche Änderung war die Errichtung des Unabhängigen Bundesasylsenats (UBAS) als unabhängige Berufungsinstanz und die Neukonzeption der Drittstaatklausele, welche aber zunehmend an Relevanz verlor, da der UBAS und die Höchstgerichte zunehmend Schutzlücken in den jeweiligen Drittstaaten feststellten. „Mit dem Asylgesetz 1997 und der Einführung einer unabhängigen zweiten Instanz wurde das Asylverfahren grundlegend verändert. Ansätze zu weiteren Reformen blieben unter Innenminister Karl Schlögel (SPÖ) stecken.

1 „Wenn ein Asylsuchender über einen Staat nach Österreich eingereist ist, in dem er Schutz vor Verfolgung finden kann, weil ihm in diesem Staat der Zugang zu einem fairen Asylverfahren offen steht, so erklärt sich Österreich für die Durchführung des Asylverfahrens als unzuständig. (...) Ein Drittstaat gilt grundsätzlich dann als sicher, wenn er die GFK und die EMRK nicht nur ratifiziert, sondern auch effektiv umgesetzt hat“ (Schumacher & Peyerl 2007, S. 194f).

Einige grundlegende Probleme blieben daher weiter bestehen: die lange Dauer der Asylverfahren, die häufige In Schubhaftnahme von AsylwerberInnen, der mangelnde Arbeitsmarktzugang für AsylwerberInnen und der willkürliche Ausschluss bestimmter Flüchtlingsgruppen aus der Bundesbetreuung“ (Langthaler & Trauner 2008, S. 34).

Durch den Regierungswechsel im Jahr 2000 und durch die Asylgesetzesreform 2003 und 2005 kam es zu weiteren Verschärfungen. Änderungen durch die Reform waren unter anderem die Installation der Erstaufnahmezentren² und die Abschaffung der Regelung für Traumatisierte und Folteropfer, welche besagt, dass diese automatisch zum Asylverfahren zugelassen werden. Die Abschaffung bedeutet auch, dass nun traumatisierte Flüchtlinge und Folteropfer in Schubhaft genommen werden können (Langthaler & Trauner 2008).

Zwischen den Jahren 1990-2007 kam es nicht nur zu Veränderungen in der Asylgesetzgebung, auch der Integrationsdiskurs unterlag einer veränderten Sichtweise. Anfangs wurde der Begriff „Integration“ noch in einem positiven Verständnis ausgelegt und meinte „ein respektvolles, gleichberechtigtes und offenes Zusammenleben aller Bewohnerinnen und Bewohner, unabhängig von Herkunft, Muttersprache, Staatsangehörigkeit, Hautfarbe, Religion, Alter und sozialer Lage. Darauf abgestimmt bemüht er (der Wiener Integrationsfond) sich [...] um Integration im Sinne der Herstellung von Chancengleichheit und Gleichberechtigung“ (Leitbild des WIF 1992, zit. nach Langthaler & Trauner 2008, S. 14). Heute bezieht sich Integration weitgehend auf den Ausschluss von AsylwerberInnen und wird immer wieder als Synonym für „Assimilation“ und „Anpassung“ gebraucht. Im Zentrum dieses Diskurses steht die verpflichtende Teilnahme an Deutsch-Kursen, wie es die 2003 in Kraft getretene „Integrationsvereinbarung“ vorsieht, sowie die Ansicht, dass Integration als persönliche Leistung des/der AsylwerberIn zu verstehen ist (ebd.).

2 Hier stellen die Flüchtlinge den Asylantrag, es kommt zu einer Befragung und im Zulassungsverfahren zur Überprüfung der Drittstaatklausel. Stellt sich heraus, dass Österreich nicht zuständig ist oder der Antrag als „offensichtlich unbegründet“ befunden wird, wird Schubhaft bis zur Abschiebung in den zuständigen Drittstaat verhängt (Langthaler & Trauner 2008).

„Gegen dieses Integrationsverständnis gab es zwar immer wieder Kritik, trotzdem beharren liberale Medien, NGOs und Sozialwissenschaften auf der Verwendung des Begriffes zur Bezeichnung des komplexen 'Prozeß der Interaktion zwischen Individuum, Herkunftsgruppe und Aufnahmegesellschaft' und zwar im Sinne eines 'Prozesses der wechselseitigen Anpassung und Veränderung zwischen einer aufnehmenden und einer aufzunehmenden Gruppe“ (Bauböck 2001, S. 31, Bauböck 2001a, S. 14, zit. nach Langthaler & Trauner 2008, S. 15).

Auch im Jahr 2005 war ein Rückgang der Anzahl der AsylwerberInnen um ca. 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Dennoch ist die Vorstellung, Österreich werde mit immer mehr Flüchtlingen konfrontiert, in vielen Köpfen eingebrannt. Dies wird unter anderem durch die Neuregelung der Bundesbetreuung sichtbar (Kranich, Nr. 2 2006, S.6). Im Mai 2004 wurde die Zuständigkeit für die Unterbringung von AsylwerberInnen in Österreich vom Bund auf die Länder verlagert. Die so genannte „15a – Vereinbarung“ sieht vor, dass nun die einzelnen Bundesländer für die soziale Versorgung der AsylwerberInnen verantwortlich sind, wobei sich der Bund und das jeweilige Land die Kosten der Grundversorgung teilen. Auf Grundlage der Volkszählung 2001 wurde für jedes Bundesland eine Quote festgelegt, wie viele Flüchtlinge jedes Land aufzunehmen hat. Die Regelungen für die Unterbringung sind von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. In Tirol zum Beispiel wurde die Grundversorgung vom Land selbst übernommen, in Salzburg wiederum wurden die damit verbundenen Aufgaben an die Caritas abgegeben.

Um diese Aufgaben zu bewältigen, müssen für die AsylwerberInnen geeignete Quartiere eingerichtet werden. Derzeit (Stand: Mai 2007) bestehen in Salzburg 19 Quartiere, wobei sich nur eines in der Stadt Salzburg befindet, die Restlichen sind auf alle fünf Gaue im Bundesland verteilt. Alle Quartiere, bis auf zwei Ausnahmen, werden von Privatpersonen gestellt. Meist sind dies Pensionen oder Gasthöfe die ohne die Unterbringung von AsylwerberInnen wirtschaftlich nicht rentabel zu führen wären. Auf die Gemeinden kommen dadurch neue Herausforderungen zu, welche, wie sich im Verlauf dieser Arbeit zeigen wird, mit vielen Konflikten verbunden sind.

Das Friedensbüro Salzburg hat in Kooperation mit der Plattform für Menschenrechte in diesem Zusammenhang ein Projekt initiiert, mit dem Ziel, die Konfliktdynamiken, die bei der Unterbringung von AsylwerberInnen im ländlichen Raum Salzburg entstehen, zu untersuchen.

Das Projekt, das zwischen September 2005 und Mai 2006 durchgeführt wurde und an dem ich mitgearbeitet habe, ist Grundlage meiner Diplomarbeit.

Erforscht wurden zwei Salzburger Gemeinden: Goldegg im Pongau und Ramingstein im Lungau. Anhand 20 qualitativer Tiefeninterviews, welche ich mit den Einheimischen der jeweiligen Orte und mit den für die Unterbringung zuständigen Personen geführt habe, versuche ich ein möglichst breit gefächertes Bild über Konfliktodynamiken, welche sich durch die Unterbringung bzw. Nichtunterbringung der Flüchtlinge herauskristallisiert haben, zu erstellen.

Ein weiteres Interesse diese Gemeinden zu untersuchen stellen die soziostrukturellen Bedingungen dar, wobei sich die beiden Gemeinden in einigen Punkten unterscheiden.

Die sozialpädagogische Relevanz der Diplomarbeit wird mit der Frage nach der professionellen Betreuung der AsylwerberInnen in den Quartieren hervorgehoben. Dieser Aspekt ist insofern relevant, da, wie oben bereits erwähnt, im Land Salzburg so genannte „Verliererbetriebe“ die Beherbergung und damit zusammenhängend auch einen Großteil der alltäglichen Betreuung der Flüchtlinge übernehmen. Wie im Interview mit einer Quartierbetreiberin veranschaulicht wird, kommt es dabei zu massiven Überforderungen für die QuartierbetreiberInnen, da diese in keiner Weise adäquat ausgebildet wurden.

Es werden folglich sozialpädagogische Methoden dargestellt, welche zu einem konfliktfreieren Zusammenleben von AsylwerberInnen und Einheimischen führen können.

Ziel dieser Arbeit ist die Erforschung der *Konfliktodynamiken*, welche bei der Unterbringung von AsylwerberInnen in den beiden Gemeinden entstanden sind sowie der *Konflikthintergründe*, wobei ich insbesondere die spezifischen soziostrukturellen Bedingungen in den Gemeinden berücksichtigen werde. In Goldegg bezieht sich mein Interesse auf die Hintergründe und Faktoren für das nicht zustande kommen des Quartiers. Weiters wird untersucht welche Faktoren Konflikte unter den oben genannten Umständen begünstigen.

2. Asyl und AsylwerberInnen in Österreich

Das Wort „Asyl“ kommt aus dem griechischen (asylon) und bezeichnet einen heiligen Ort, in dem Personen oder Dinge bleiben können ohne verletzt zu werden und der es verbietet, diese Personen und Sachen unter Ausübung von Gewalt von dort zu entfernen (Amann 1994).

Nach dem österreichischen Bundesgesetz §1 ist Asyl „das dauernde Einreise- und Aufenthaltsrecht, das Österreich Fremden nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes gewährt“ (Schumacher 2004, S. 9).

2.1 Flüchtlingsdefinitionen

Im folgenden Unterkapitel werden verschiedene Definitionen um den Begriff Flüchtling/AsylwerberIn vorgestellt. Da die Begriffe „AsylwerberIn/Flüchtling“ oft synonym verwendet werden, erscheint es mir wichtig diese zu differenzieren.

2.1.1 Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention

Nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) Artikel 1 A Z 2 ist Flüchtling wer:

- „begründete Furcht vor Verfolgung hat,
- aus ganz bestimmten Motiven, nämlich wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung verfolgt wird,
- sich deshalb außerhalb des Landes seiner Staatsangehörigkeit befindet
- und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder nicht mehr beanspruchen will“ (Amann 1994, S. 61).

Diese Definition ist sehr eng gefasst, da Menschen die aufgrund von Naturkatastrophen, Hungersnöten, Bürgerkriegen, etc. auf der Flucht sind, von dieser ausgeschlossen sind.

Die Konvention wurde nach dem 2. Weltkrieg begründet und sollte die Flüchtlingsprobleme, die der 2. Weltkrieg mit sich brachte, beseitigen. Für Bürgerkriege und dergleichen befand man damals das Rote Kreuz zuständig (vgl. Pichler 2004, S. 10).

2.1.2 AsylwerberIn

Im Unterschied zum Begriff „Flüchtling“, werden AsylwerberInnen als „Personen, die einen Antrag auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft gestellt haben und sich derzeit im Verfahren befinden, über deren Antrag also noch nicht entschieden worden ist, (...) bezeichnet. Nach dem neuen AsylG97 erhalten die meisten AsylwerberInnen eine vorläufige Aufenthaltsberechtigung. Dies war jedoch nicht immer so. Bei Personen, die nach dem alten AsylG91 behandelt worden sind, war es sehr wohl möglich, dass sie für die Dauer des Verfahrens kein Aufenthaltsrecht erhalten haben“ (<http://www.zebra.or.at/faqs.html>, 13.10. 2007).

2.1.3 Fremde/r

Eine weitere Differenzierung in diesem Kontext bildet der/die „Fremde“:

„Fremder ist, wer die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzt“ (BGBl 76/1997, zit. n. Pichler 2004, S. 11).

2.1.4 De-facto- Flüchtling

Die De-facto-Aktion wurde Anfang der Neunziger im Zuge des jugoslawischen Bürgerkriegs eingeführt. Da sich Österreich mit sehr vielen bosnischen und kroatischen Flüchtlingen konfrontiert sah, welche nach der GFK nicht als Flüchtling anerkannt wurden, musste überlegt werden, wie man mit den geflüchteten Menschen verfahren wollte.

Den politischen Hintergrund dazu bildete die Tatsache, dass den bosnischen und kroatischen Kriegsvertriebenen ansonsten der Status „Anerkannter Flüchtling“ mit den damit verbundenen Sozialleistungen zugestanden werden musste. So kreierte das Bundesministerium für Inneres ein Konzept, welches diesen Flüchtlingen nur vorübergehenden Aufenthalt und Schutz gewährt (Böse 1998).

Der Aufenthaltsstatus wird durch den Innenminister verlängert bzw. beendet. Ein de-facto-Flüchtling hat neben einem unsicheren Aufenthaltsstatus bei weitem nicht die selben Rechte die einem anerkannten Flüchtling zustehen (z. Bsp. geringere Sozialleistungen) (Pichler 2004).

2.2 Bundesbetreuung und ihre gesetzliche Regelung

2.2.1 Bundesbetreuungsgesetz (BbetrG)

In diesem Unterkapitel werden die wichtigsten Eckpunkte des Bundesbetreuungsgesetzes beschrieben. Das Bundesbetreuungsgesetz regelt die Bundesbetreuung für AsylwerberInnen. Die zwei Hauptaspekte des BBetrG beziehen sich auf die Umsetzung der Grundversorgungsvereinbarung (GVV) und auf die Umsetzung einer vom EU-Rat festgesetzten Richtlinie „zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylwerbern in den Mitgliedstaaten“ (Diehsbacher 2005, S.11).

Die Bundesbetreuung umfasst Unterbringung, angemessene Verpflegung, monatliches Taschengeld, Krankenhilfe und weitere Sozialleistungen. Diese Leistungen werden vom Bund für jene AsylwerberInnen bereitgestellt, welche sich noch im Zulassungsverfahren zum Asylverfahren befinden. Eine weitere vom Bund zu versorgende Gruppe sind zurück- oder abgewiesene AsylwerberInnen. Sie sind bis zur Ausreise aus Österreich innerhalb der Bundesbetreuung zu versorgen, solange sie in einer Betreuungseinrichtung des Bundes untergebracht sind.

Gründe für einen Ausschluß aus der Bundesbetreuung sind unter anderem:

- „Asylwerber und sonstige Fremde gemäß §2 Abs.1, die trotz Aufforderung nicht an der Feststellung ihrer Identität oder ihrer Hilfsbedürftigkeit mitwirken;
- Asylwerber, die einen weiteren Asylantrag innerhalb von sechs Monaten nach rechtskräftigem Abschluß ihres früheren Asylverfahrens eingebracht haben und
- Asylwerber, die nicht an der Feststellung des für die Asylverfahrensführung notwendigen Sachverhalts mitwirken“ (Diehsbacher 2005, S. 32)

Menschen die in der Grundversorgung nicht betreut werden, werden meist von NGOs, kirchlichen Einrichtungen oder Einzelpersonen wie der Caritas oder Frau Ute Bock auf deren Kosten aufgenommen und untergebracht.

Wenn das Zulassungsverfahren positiv abgeschlossen ist, werden die AsylwerberInnen unter der so genannten „15a Vereinbarung“, der Grundversorgungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern, in die Verantwortung des zuständigen Landes übergeben. Im folgenden Unterkapitel wird die Grundversorgungsvereinbarung (GVV) näher beschrieben, da dies zum Verständnis der vorliegenden Arbeit unabdingbar ist.

2.2.2 Grundversorgungsvereinbarung (GVV) – Art. 15a B-VG

Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern ist am 1. Mai 2004 in Kraft getreten. Ziel dieser Vereinbarung ist „die bundesweite Vereinheitlichung der Gewährleistung der vorübergehenden Grundversorgung für hilfsbedürftige und schutzbedürftige Fremde (Anm. AsylwerberInnen, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) (...). Die Grundversorgung soll bundesweit einheitlich sein, partnerschaftlich durchgeführt werden, eine regionale Überbelastung vermeiden und Rechtssicherheit für die betroffenen Fremden schaffen“ (Diehsbacher 2005, S. 82). Die Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Bundesländer geschieht nach einer Quotenregelung aufgrund der Volkszählung 2001.

Zu den Aufgaben des Bundes zählen:

- Führung der Betreuungsstellen und Erstaufnahmestellen für AsylwerberInnen.
- Erstaufnahme der AsylwerberInnen.
- Errichtung einer Koordinationsstelle, welche unter anderem für die Verteilung der AsylwerberInnen auf die Bundesländer, Transporte, Koordination und Durchführung von Rückkehrprogrammen, An-, Ab- und Ummeldung bei der Krankenkasse, etc. zuständig ist.
- Weiterleitung von Informationen über asylrelevante Verfügungen an die Länder
- Bereitstellung von Vorsorgekapazitäten bei Unterbringungsengpässen (Diehsbacher 2005).

Die Länder haben die Versorgung der von der Koordinationsstelle zugewiesenen AsylwerberInnen zu gewährleisten. Sie haben keine Entscheidungskompetenz über die Aufnahme der AsylwerberInnen. Bei Fremden, die nicht als AsylwerberInnen deklariert werden, kann das jeweilige Bundesland über deren Aufnahme bestimmen. Darüber hinaus entscheidet das Land im Einvernehmen mit dem Bundesasylamt über eine Entlassung aus der Betreuung.

Das Land hat außerdem für die Schaffung und Erhaltung der Versorgung der Fremden erforderlichen Infrastruktur Sorge zutragen, wie auch Informationen über die Auslastung der Kapazitäten in den Quartieren dem Informationsverbundsystem zu kommen zu lassen.

Ferner haben die Länder die Pflicht dem Bundesasylamt bei der Führung von Asylverfahren zur Verfügung zu stehen (zum Beispiel bei der Zustellung von Ladungen, etc.). Ebenso sind sie verpflichtet AsylwerberInnen, die sich dem Asylverfahren entzogen haben, der Koordinationsstelle zu melden.

Beide Vertragspartner haben das Recht bei der Erfüllung bestimmter Aufgaben humanitäre, kirchliche oder private Einrichtungen oder Institutionen der freien Wohlfahrtspflege heranzuziehen. (ebd.)

Im Artikel 6 der 15a-Vereinbarung wird festgehalten, welche Bereiche die Grundversorgung umfasst. Darunter fallen:

- „Unterbringung in geeigneten Unterkünften unter Achtung der Menschenwürde und unter Beachtung der Familieneinheit,
- Versorgung angemessener Verpflegung,
- Gewährung eines monatlichen Taschengeldes (Anm. A. W. 40.-/Person) ³ für Personen in organisierten Unterkünften und für unbegleitete minderjährige Fremde, ausgenommen bei individueller Unterbringung gemäß Art. 9 Z 2,
- Durchführung einer medizinischen Untersuchung im Bedarfsfall bei der Erstaufnahme nach den Vorgaben der gesundheitsbehördlichen Aufsicht,
- Sicherung der Krankenversorgung im Sinne des ASVG durch Bezahlung der Krankenversicherungsbeiträge,
- Gewährung allenfalls darüber hinausgehender notwendiger, durch die Krankenversicherung nicht abgedeckter Leistungen nach Einzelfallprüfung,
- Maßnahmen für pflegebedürftige Personen,
- Information, Beratung und soziale Betreuung der Fremden durch geeignetes Personal unter Einbeziehung von Dolmetschern zu deren Orientierung in Österreich und zur freiwilligen Rückkehr,
- Übernahme von Transportkosten bei Überstellungen und behördlichen Ladungen,
- Übernahme der für den Schulbesuch erforderlichen Fahrtkosten und Bereitstellung der Schulbedarfs für Schüler,
- Maßnahmen zur Strukturierung des Tagesablaufs im Bedarfsfall,

3 Stand 2007

- Gewährung von Sach- oder Geldleistungen zur Erlangung der notwendigen Bekleidung,
- Kostenübernahme eines ortsüblichen Begräbnisses oder eines Rückführungsbetrages in derselben Höhe und
- Gewährung von Rückkehrberatung, von Reisekosten sowie einer einmaligen Überbrückungshilfe bei freiwilliger Rückkehr in das Herkunftsland in besonderen Fällen“ (ebd. S.94f).

Darüber hinaus kann bei Gefährdung der Ordnung in der Unterkunft durch das Verhalten eines/r Untergebrachten, die Grundversorgung entzogen oder eingeschränkt werden.

Bei einer Einstellung der Grundversorgung muss jedoch immer die medizinische Notversorgung des/der Fremden gewährleistet werden. Diese Bestimmung wird vom UNHCR als besonders bedenklich eingestuft, da die Gefährdung der Ordnung in der Unterkunft getrennt von der Grundversorgung im Strafrecht zu untersuchen ist. Ein solches Vorgehen könnte einerseits ein Opfer familiärer Gewalt hemmen die Gewalttat bei den zuständigen Behörden anzuzeigen, andererseits kann der Entzug der Grundversorgung in Obdachlosigkeit münden und somit ein faires Verfahren beeinträchtigen bzw. verunmöglichen. Die selben Prognosen treffen auch bei einer Wegweisung oder einem Betretungsverbot zu (UNHCR-Analyse zum Entwurf des Salzburger Grundversorgungsgesetz).

Einen weiteren Verweigerungsgrund stellt die mangelnde Mitwirkung des/der AsylwerberIn im Asylverfahren dar. Auch dieser Grund wird als besorgniserregend erachtet, da es sich hierbei um einen Entzugsgrund handelt, der nur für das Asylverfahren selbst relevant ist und auf der inhaltlichen Ebene stets getrennt von der Grundversorgung zu betrachten ist. Außerdem wirft „die Beurteilung eines asylrelevanten Sachverhalts durch mit der Abwicklung der Grundversorgung betrauten Organe (...) zudem Fragen der Kompetenzverteilung und Bindungswirkung von entsprechenden Entscheidungen auf“ (ebd.).

Des weiteren besteht die Möglichkeit, dass ein Flüchtling mit seinem/ihrer Einverständnis Hilfstätigkeiten im Rahmen der Unterbringung und Betreuung ausführen kann (Diehsbacher 2005).

Es sind Sonderbestimmungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und für Massenfluchtbewegungen vorgesehen, diese werden jedoch hier nicht weiter ausgeführt, da sie keine Relevanz für diese Arbeit besitzen.

Die Grundversorgung wird in jedem Bundesland anders geregelt. In Tirol zum Beispiel stellt das Land selbst die Quartiere und ist für die Betreuung verantwortlich, in Oberösterreich teilen sich die Aufgaben die Volkshilfe und die Caritas.

Das nächste Unterkapitel beschäftigt sich mit der Grundversorgung im Land Salzburg.

2.2.3 Grundversorgung im Land Salzburg

Das Land Salzburg hat die Verantwortlichkeiten der Grundversorgung an die Caritas abgegeben. Die Aufgaben teilen sich in zwei Bereiche und zwar in Leistungsgewährung und soziale Betreuung.

Die Flüchtlinge werden entweder in organisierten Quartieren oder in Privatwohnungen untergebracht. Organisierte Quartiere sind meist Pensionen oder Gasthöfe, welche durch gastgewerbliche Nutzung nicht mehr rentabel wären. Bis auf ein Quartier in der Stadt Salzburg liegen alle weiteren am Land oft in abgelegenen und strukturschwachen Gemeinden.

In Salzburg werden lediglich zwei Quartiere (Puch und Salzburg Stadt) professionell von der Caritas geführt. Alle anderen unterstehen privaten QuartiergeberInnen, welche für die damit verbundenen Aufgaben nicht geschult wurden oder eine adäquate Ausbildung erhalten haben. Von der Caritas kommt drei mal pro Monat ein/e FlüchtlingsbetreuerIn in das jeweilige Quartier um anstehende Probleme zu bearbeiten und zu beraten. Der Betreuungsschlüssel ist vom Gesetzgeber mit 1:170 festgelegt. Für die Praxis bedeutet dies abzüglich der Administration (Leistungsteil), dass pro AsylwerberIn fünf Minuten Betreuungszeit übrigbleiben (Information aus Interview 19 Caritas).

Um in einer Privatwohnung wohnen zu können, werden zwei Grundbedingungen vorausgesetzt. Zum einen muss der/die AsylwerberIn das erste Interview beim Bundesasylamt absolviert haben und zum anderen sechs Monate in einem betreuten Quartier im Bundesland Salzburg untergebracht gewesen sein. Dann hat der/die AsylwerberIn die Möglichkeit privat eine Wohnung zu suchen, was jedoch mit weiteren Regeln, wie zum Beispiel Hauptmiete, verbunden ist. Die Suche nach einer geeigneten Wohnung gestaltet sich jedoch sehr schwierig, da nur geringe finanzielle Mittel zu Verfügung stehen. So bekommt eine Familie, unabhängig davon wie viele Mitglieder sie zählt, 220 Euro Mietzuschuss. Für den Lebensunterhalt bekommt jede erwachsene Person 180 Euro und jede/r Minderjährige 80 Euro⁴. Privatwohnhafter werden ebenfalls in regelmäßigen Abständen von der Caritas betreut.

Nach Erhalt des positiven Asylbescheids können die AsylwerberInnen noch weitere vier Monate in der Grundversorgung unterstützt werden (Information aus Interview 19 Caritas). Zum Zeitpunkt der Untersuchung (Dezember 2006) waren im Bundesland Salzburg 1.301 Personen im Rahmen der GV untergebracht (<http://www.caritas-salzburg.at/caritas/page.asp?id=6563>, 2.2. 2008)

Das letzte Kapitel dieses Abschnittes befasst sich mit den vorhandenen bzw. nicht vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten der AsylwerberInnen in Österreich. Dieser Aspekt ist für die vorliegende Arbeit von großer Relevanz, da dies ein häufig angesprochenes Thema in den geführten Interviews war. Es stellte sich heraus, dass dieses Themengebiet ein großes Konfliktpotenzial in sich trägt.

4 Stand: Januar 2006

2.3 AsylwerberInnen und Arbeit in Österreich

AsylwerberInnen, die in Österreich während ihres Verfahrens einer unselbstständigen Beschäftigung nachgehen möchten, bedürfen einer Beschäftigungsbewilligung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz (AuslBG). Diese muss von einem Unternehmen beantragt werden, ist auf maximal ein Jahr befristet und wird nur für einen Arbeitsplatz vergeben. Eine Beschäftigungsbewilligung wird unter Anwendung des Ersatzkraftstellungsverfahrens nach § 4 Abs. 1 des AuslBG und dem erschwerten Bewilligungsverfahren nach § 4 Abs. 6 und 7 vergeben, wenn der/die AsylwerberIn

- „eine Aufenthaltserlaubnis nach § 10.4 AsylG oder
- nach § 15 (36c) AsylG oder
- nach § 29 FrG verfügen oder
- wenn ihr Asylantrag seit über drei Monaten eingebracht ist, nicht rechtskräftig abgesprochen wurde und das Verfahren läuft“ (Amann & Götsch 2004, S. 60).

Aufgrund eines Erlasses des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit vom 20.05.2004 gelten für AsylwerberInnen mit einer § 19 (36b) Aufenthaltsberechtigung nach einer dreimonatigen Wartezeit auf eine Beschäftigungsbewilligung Kontingentarbeitsplätze nach §5. Für diese AsylwerberInnengruppe wurde durch den Durchführungserlass zum EU-Erweiterungsanpassungsgesetz der Zugang lediglich als Saisonkräfte (max. sechs Monate) und ErntehelferInnen (max. sechs Wochen) geöffnet.

Dieser Zugang wurde jedoch noch zusätzlich beschränkt, da AnwärterInnen auf eine Beschäftigungsbewilligung aus (neuen) Eu-Staaten zu bevorzugen sind (ebd.). Nehmen AsylwerberInnen eine Stelle als Saisonkraft an, werden sie aus der Grundversorgung entlassen. Nach Beendigung der Tätigkeit ist die Wiederaufnahme in die Grundversorgung mit großen Hindernissen verbunden und stürzt AsylwerberInnen häufig in existenzbedrohende Situationen (http://www.asyl.at/fakten_2/betr_2007_04.htm, 14.12.2007).

2005 ist es durch das Fremdenrechtspaket zu einer weiteren Verschlechterung am Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen gekommen. Zuvor war es möglich aufgrund eines Befreiungsscheins oder einer Arbeitsbewilligung, welche durch aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen erworben werden konnten, am österreichischen Arbeitsmarkt teil zu haben.

Durch die Regelungen im Fremdenrechtspaket verfügen AsylwerberInnen nun nicht mehr über aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen. AsylwerberInnen, die schon mehrere Jahre legal in Österreich einer Arbeit nachgegangen sind, werden dadurch immer mehr vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen (ebd.).

Generell werden im Zuge des Ersatzkraftstellungsverfahren offene Stellen zuerst an ArbeitslosenbezieherInnen, unabhängig von deren Staatsangehörigkeit, vermittelt. Außerdem werden neue EU-BürgerInnen gleichrangig vorgemerkten Drittstaatsangehörigen in der Arbeitsstellenvermittlung vorgezogen (Amann & Götsch 2004).

Es besteht die Möglichkeit Hilfstätigkeiten oder Gemeinwesenarbeit nach § 7 des Bundesbetreuungsgesetzes zu verrichten. Diese Art der Tätigkeit beruht jedoch nicht auf einem Dienstverhältnis, sondern wird durch eine „angemessene Entschädigung“ (diese beträgt zwischen drei und fünf Euro/Stunde!) entlohnt. Es können AsylwerberInnen die in einer Betreuungseinrichtung von Bund oder Land untergebracht sind mit ihrem Einverständnis herangezogen werden.

Erlaubt sind Tätigkeiten die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Unterbringung stehen, bspw. Reinigung, Instandhaltung, Küchenhilfe, etc., oder gemeinnützige Hilfstätigkeiten für Bund, Land oder Gemeinde (z. Bsp. Landschaftspflege, Betreuung von Park- und Sporteinrichtungen, Administration, etc.) (ebd.).

Es wurden dazu von Autarq2 (Vernetzung von fünf EQUAL-Entwicklungspartnerschaften in Österreich) Qualitätskriterien für die gemeinnützige Beschäftigung von AsylwerberInnen erstellt, die von mehreren NGOs unterzeichnet wurden und somit eine Umsetzung der Kriterien vorantreiben. Dennoch ist die Gefahr groß, dass unter dem Deckmantel der gemeinnützigen Arbeit AsylwerberInnen als Billigarbeitskräfte ausgebeutet werden, da sich die AsylwerberInnen in keinem Dienstverhältnis, also ohne rechtliche Absicherung, befinden.

Diese Form der Arbeit wird von den unterzeichnenden NGOs keinesfalls als Ersatz für die Öffnung des Arbeitsmarkts für AsylwerberInnen angesehen, sie soll lediglich als Übergangslösung dienen, um den Flüchtlingen ihre ausweglose Situation zu erleichtern (http://www.asyl.at/fakten_2/gb_standards.pdf, 13.12. 2007).

Zusammenfassend muss gesagt werden, dass AsylwerberInnen in Österreich der Zugang zu Arbeit, mit Ausnahme von Saisonarbeiten und ErntehelferInnen-tätigkeiten, verwehrt ist. Dies kann, nach meist jahrelangem Warten auf Asyl, zu physischen und psychischen Beeinträchtigungen führen, wie schon in den 1930er Jahren durch eine Studie im Mairienthal über Arbeitslose von Jahoda, Lazarsfeld und Ziesel belegt wurde. Zudem kann es durch jahrelange Untätigkeit zu einem Verlust der erworbenen Fähigkeiten und einer Dequalifikation kommen (Jahoda, Lazarsfeld, Zeisel 1975).

3. Soziale Konflikte

Das folgende Kapitel widmet sich dem Begriff des „sozialen Konflikts“. Dieses Thema trägt zum Verständnis der Konfliktdynamiken bei, welche bei der Untersuchung in den beiden erforschten Gemeinden analysiert wurden.

Ich beziehe mich hier auf Friedrich Glasl, da er meines Erachtens den Begriff „Sozialer Konflikt“ differenziert betrachtet und er mir somit in der Praxis brauchbar erscheint.

Friedrich Glasl spricht in seinem Buch „Konfliktmanagement“ von einer „Inflation des Konfliktbegriffes“ in unserer Gesellschaft. Sehr schnell werden kleinere Spannungen oder Auseinandersetzungen, v.a. auch durch die Medien, zu Konflikten hochstilisiert, was sich bei deren Lösung als nicht förderlich erweist bzw. diese erheblich beeinträchtigen kann. Um solchen Prozessen der Polarisierung oder Vernebelung vorzubeugen, erscheint es wichtig eine klare Ein- bzw. Abgrenzung des Begriffs vorzunehmen (Glasl 2004).

Es finden sich eine Reihe verschiedener weiter und enger gefasster Definitionen des Sozialen Konflikts in der Literatur. Im folgenden wird die Definition Glasls vorgestellt, welche als eine Zusammenführung verschiedener Konfliktdefinitionen zu erfassen ist.

Ein „Sozialer Konflikt ist eine Interaktion zwischen Akteuren (Individuen, Gruppen, Organisationen usw.), wobei wenigstens ein Akteur eine Differenz bzw. Unvereinbarkeit im Wahrnehmen und im Denken bzw. Vorstellen und im Fühlen und im Wollen mit dem anderen Akteur (den anderen Akteuren) in der Art erlebt, dass beim Verwirklichen dessen, was der Akteur denkt, fühlt oder will eine Beeinträchtigung durch einen anderen Akteur (die anderen Akteuren) erfolge“ (Glasl 2004, S. 17).

Als Interaktion wird ein „aufeinander bezogenes Kommunizieren oder Handeln“ verstanden. Eine Inkompatibilität kann auch nur auf einer Seite spürbar sein, es muss jedoch auch ein entsprechendes „Realisierungshandeln“, wie zum Beispiel verbale Kommunikation, gegeben sein, um von einem sozialen Konflikt zu sprechen. Desweiteren muss zumindest eine Fraktion das Gefühl haben, dass die gegnerische Fraktion verantwortlich für das nicht Realisieren der eigenen Vorstellungen, etc. ist (Glasl 2004).

3.1 Konflikttypen

Eine Systematisierung der Konflikttypen erscheint nicht einfach, da die Konfliktforscher aus verschiedenen Disziplinen (wie z.B. Soziologie, Wirtschaft, Psychologie, Politologie, etc.) entstammen und so jede/r AutorIn aus einer anderen Richtung denkt und handelt.

R. Walton und R. Blake wenden sich zum Beispiel einer Typologie zu, in welcher praktische Kriterien für die Vermittlung in Konfliktsituationen im Zentrum stehen, während A. Rapoport und R. Dahrendorf eine Theorie-Orientierung fokussieren. Weitere Unterschiede entstehen bei der Typenbildung selbst und auch ein Vergleich der vorhandenen Typologien kann problematisch werden, da oft verschiedene Kriterien gleichzeitig angewendet werden und diese sich mit den anderer Autoren in mehreren Aspekten überlappen können (Glasl 2004).

Glasl nimmt eine weit gefasste Systematisierung der häufigsten Typologien vor, und teilt diese nach drei Hauptaspekten ein:

- „1. Konflikte nach unterschiedlichen *Streitgegenständen*,
2. unterschiedliche *Erscheinungsformen* der Auseinandersetzung,
3. Konflikte nach Merkmalen der *Konfliktparteien*, ihrer Position und wechselseitigen Beziehungen“ (Glasl 2004, S. 54).

In den nächsten drei Unterkapiteln wird auf die Hauptaspekte der Konflikttypen näher eingegangen.

3.1.1 Konflikte nach Streitgegenständen

Ein Konfliktgegenstand kann von den Konfliktparteien explizit benannt werden oder als Auslöser oder Ursache von beiden Fraktionen unbewusst in Erscheinung treten. Verschiedene Konzepte werden von unterschiedlichen Autoren genannt. Georg Simmel (1908), wie auch nach ihm Kerr (1954), Coser (1956), u. a. sprechen von „realistic“/„echten“ und „non-realistic“/„unechten“ Konflikten. Unter „realistischen Konflikten“ verstehen die Autoren, Konflikte bei denen es um objektive Streitgegenstände geht, wie z.B. die Verteilung von Einkommen oder die Änderung eines Gesetzes. „Nicht realistische Konflikte“ haben keinen objektiven Gegenstand zum Thema.

Es geht um Charaktereigenschaften, Einstellungen und Verhaltensweisen der jeweiligen Konfliktgruppen (Glasl 2004). Unechte/non-realistic Konflikte zeichnen sich auch durch bloße Aggressionsentladung aus. Es geht nicht um ein bestimmtes Thema, sondern darum Spannungen los zu werden, egal über welches Objekt. Als Beispiel hierzu beschreibt Lewis Coser den Antisemitismus: „So wird man den Antisemitismus, außer wo er durch Interessen oder Wertkonflikte zwischen jüdischen und anderen Gruppen oder Individuen entstanden ist, als unecht bezeichnen, sofern er in erster Linie die Erwidern auf Frustration bedeutet, in denen das Objekt dafür geeignet erscheint, Aggressionen an ihm auszulassen“ (Coser 1996, in Bonacker S. 296).

Als „induzierte“ Konflikte (C. Kerr) werden Konflikte bezeichnet, welche die Beziehungen der jeweiligen Parteien zum Streitpunkt haben.

Bernard und Aubert teilen Konflikte in „Wert- Fragen“ und „Interessen-Streitigkeiten“ ein. Bei „Wert-Fragen“ geht es um die Bewertung eines Objekts, was zum Streitpunkt zwischen den Parteien führt. Eine Kompromisslösung würde aus Sicht der Parteien zu einer „Schändung der Wahrheit“ (Glasl 2004, S. 55) führen. Eine Kompromisslösung würde sich jedoch für „Interessen-Streitigkeiten“ anbieten. Der Konfliktpunkt ist hier ein meist unteilbares oder begrenztes Objekt, was die beiden Konfliktgruppen zu Konkurrenten macht. In der Konflikttypologie Ephrons, Cosers und später Pondys wird die Zielsetzung der Konfliktgruppen fokussiert.

Es werden Konflikte angeführt, die eine Veränderung der Gesamtgesellschaft oder Gesamtorganisation zum Ziel haben, welche als „strategische“ oder „strukturorientierte“ Konflikte bezeichnet werden (Glasl 2004).

3.1.2 Konflikte nach Erscheinungsformen

Auch wenn Konflikte denselben Streitpunkt beinhalten oder die gleiche Ursache aufweisen, können Konflikte auf vielfältigste Weise entfacht werden. Dahrendorf und Pondy unterscheiden zwischen „latenten“ und „manifesten“ Konflikten. Unter „latenten“ Konflikten versteht man Konflikte die zwar zu Gegenpositionen führen jedoch nicht in feindseligen Verhalten der beiden Konfliktparteien ausufern. Als manifeste Konflikte werden Konflikte bezeichnet, welche im Konfliktverhalten sichtbar werden und somit die andere Seite diskriminieren können (Glasl 2004).

Weiters werden „extreme“ Konflikte beschreiben. Diese werden laut Coser und Kerr nach dem Grad der Gewaltausübung gemessen. Starke Gewaltausübung wird so als „extrem“ kategorisiert. (ebd.)

Eine weitere Differenzierung nehmen Mack und Snyder vor, wenn sie von „institutionalisierten“ und „nicht-institutionalisierten“ Konflikten sprechen. Ein „institutionalisierter“ Konflikt hat seinen Ausgangspunkt in der Organisation und es kommt zu wiederholten Auseinandersetzungen, welche vorhersagbare Ausprägungen entwickeln. Bei „nicht-institutionalisierten“ Konflikten wird der Prozess des Konfliktes als instabil bezeichnet (ebd.).

Bernard teilt Konflikte in „drei typische Komplexe von Ursachen, Äußerungsformen und Lösungsmöglichkeiten und spricht von drei unterschiedlichen Situationen, nämlich von:

- sozialpsychologisch zu verstehenden ‚Spannungen‘, die weitgehend irrational und unkontrolliert verlaufen und mit Hassgefühlen, Vorurteilen usw. gepaart gehen;
- weiter spricht sie von soziologisch zu verstehenden ‚Gegensätzen‘, die mit Gruppentatbeständen und kollektiven Interessen zu tun haben und sich in zahlreichen Konfrontationen, von gewaltlos und unpersönlich bis zu totalen Vernichtungskriegen, äußern können;
- als dritten Typus beschreibt sie ‚semantisch zu verstehende Differenzen‘, Missverständnisse in bezug auf Begriffsinhalte, unterschiedliche Auffassungen von Ideen und Werten; diese Form äußert sich vor allem in einer Störung des Kommunikationsgeschehens zwischen den Konfliktparteien“ (Glasl 2004, S. 56f).

3.1.3 Konflikte nach den Eigenschaften der Konfliktparteien

Die Zusammensetzung einer Konfliktpartei kann aus einem Individuum, einer Gruppe oder einem sozialen System bestehen. Diese verschiedenen Parteien werden jeweils unterschiedlichen Disziplinen zugeordnet. Während intra-persönliche Konflikte der Psychologie zugerechnet werden, fallen Konflikte zwischen Individuen in die Sozialpsychologie und Konflikte in oder zwischen Gruppen in Institutionen oder Organisationen werden von Disziplinen wie der Soziologie, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, etc. thematisiert.

Einen weiteren Aspekt stellt die Differenzierung in „symmetrische“ und „asymmetrische“ Konflikte (Rapoport 1974) dar. Hier geht es um die Position der Konfliktparteien (Gleichstellung).

Zwei weitere Einteilungen von Konflikten nach den Eigenschaften der Konfliktparteien treffen Snyder und Mack. Konflikte in denen die Fraktionen „face to face“ involviert sind werden als „primäre“ Konflikte bezeichnet. „Sekundäre“ Konflikte werden beispielsweise über dritte, nicht wirklich am Konflikt beteiligte ausgetragen (Glasl 2004).

Die zweite Einteilung differenziert zwischen „organisierten“ und „unorganisierten“ Konflikten. „Organisierte“ Konflikte entwickeln sich, wenn die Konfliktseiten klar von einander abgegrenzt sind.

Als Beispiel werden die Polizei, das Heer oder andere formell organisierte Gruppen genannt. Im Gegensatz dazu sind in „unorganisierten“ Konflikten die Streitparteien in keinen fest strukturierten Verbänden organisiert (Glasl 2004).

Im nächsten Unterkapitel wird der Rahmen, in dem sich Konflikte abspielen können, erläutert, um im Anschluss daran zwei Möglichkeiten der Form der Austragung aufzuzeigen.

3.1.4 Makro-, Meso- und Mikro-Konflikte

Die Ebene der Makro-, Meso- und Mikro-Konflikte bezieht sich auf den Rahmen des Konflikts. Es geht um die Ausdehnung des Konflikts: betrifft er nur einen kleinen Bereich oder hat er sich bereits auf ein größeres Feld ausgewirkt.

Die Mikroebene umfasst Konflikte, die unter Einzelpersonen oder kleineren Gruppen ausgetragen werden, in welchen die am Konflikt beteiligten Personen bzw. Gruppen und deren Beziehungen transparent sind. In diese Ebene fällt zum Beispiel der oben erläuterte Begriff des „primären“ Konflikts (Snyder & Mack 1957).

Zum Bereich des Meso-Konflikts zählen Konflikte, die sich in Institutionen, etc. einer mittleren Größenordnung, wie zum Beispiel Schulen oder Fabriken, abspielen. Eine solche Institution besteht aus „mikro-sozialen“ Gefügen (Bsp. LehrerInnen, SchülerInnen, Eltern, etc.).

„Innerhalb dieser Einheiten gestalten sich die sozialen Beziehungen nach den Funktionsbedingungen der Kleingruppen, zwischen diesen Elementen der Organisation sind oft keine direkten Beziehungen mehr möglich“ (Glasl 2004, S. 69).

Die Komplexität der Beziehungen verstärkt sich, da zu den Beziehungen in den Kleingruppen eine weitere Beziehungsebene hinzukommt.

Die Heterogenität der Beziehungen wird auf der makro-sozialen Ebene verdichtet und erschwert somit die Intervention. Diese Dimension erfasst weitere soziale Einheiten, wie am Beispiel Schule könnte hier bei Konflikten auf der makro-sozialen Ebene als weitere Einheit die Schulbehörde fungieren (Glasl 2004).

3.1.5 Heiße und Kalte Konflikte

Dieser Konflikttypus bezieht sich auf die Form der Konfliktaustragung und betrifft somit das Klima der Beziehungen zwischen den Konfliktparteien. Angelehnt an Rudolf Steiners „warmen und kalten Krankheitstypen“ (1910), welche je einer unterschiedlichen Behandlung bedürfen, baut Glasl die empirische Erforschung dieses Konflikttyps auf dessen Grundlage auf (Glasl 2004).

Heiße Konflikte werden sehr emotional, oft mit Ausbrüchen und Angriffen, geführt. Es handelt sich dabei um einen sichtbaren Konflikt mit dem Ziel die Gegenpartei mittels verschiedenster Taktiken von den eigenen Idealen und Vorstellungen zu überzeugen. Es besteht ein „Handlungs-Überangebot“. Die Konfliktparteien überschätzen sich oft selbst. Es werden übertriebene, euphorische Selbstbilder produziert und Expansionsbestrebungen geführt (Glasl 2004).

Kalte Konflikte sind hingegen meist unbenannt und oft schwierig zu erkennen. Sie schwelgen unter der Oberfläche und sind durch Frustrationen und Desillusionen gekennzeichnet. Es herrscht ein Klima des Erstarrens und des Sich-Eingrabens zwischen den Parteien. Das überaus positive Selbstbild beim „heißen“ Konflikt verkehrt sich hier ins negative. Im Gegensatz zum „Handlungs-Überangebot“, kommt es in kalten Konflikten zu einem Stop der Kommunikation. Es wird versucht sich aus dem Weg zu gehen, Streitereien werden umgangen, da sich der Drang, die andere Partei überzeugen zu wollen, aufgelöst hat. Die Kommunikation erfolgt indirekt, meist schriftlich.

Die Expansionsbestrebungen, wie sie im heißen Konflikt beschrieben wurden, treffen im kalten Konflikt nicht zu. Vielmehr kommt es hier zu „sozialen Erosionen“. Kontakte zwischen den am Konflikt beteiligten Personen werden abgebrochen und somit kommt es zu einem Zerfall der Konflikteinheiten.

Es wird versucht sich aus dem Weg zu gehen und Kommunikation zu vermeiden.

Dieses Phänomen wird auch von anderen Autoren (K. Lewin, J. Brown, u.a.) als „Vermeidungs-Vermeidungs-Konflikt“ artikuliert (Glasl 2004).

Die beiden beschriebenen Konflikttypen nehmen ihren Anfang meist in „warmen oder heißen Beginnphasen“ und münden dann (2. Eskalationsstufe) in einen heißen oder kalten Konflikt.

Es ist jedoch auch möglich, dass ein heißer und ein kalter Konflikt nebeneinander existieren, wie später in Kapitel 5 beschrieben wird (Glasl 2004).

Im nächsten Abschnitt wird näher auf die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie eingegangen, da mir diese, vor allem in Bezug auf die Situation in Goldegg, relevant für die Analyse des Konflikts erscheint.

3.2 Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie

Vorerst werde ich kurz auf die Desintegrationstheorie eingehen, um im Anschluss daran die Konflikttheorie, welche aus dieser hervorgeht, zu veranschaulichen.

Der Desintegrationsansatz bezieht sich auf Gewalt, Rechtsextremismus und die Abwertung und Abwehr ethnisch Anderer. Diese Phänomene resultieren nach der Desintegrationstheorie aus ungenügenden Integrationsleistungen der Gesellschaft, welche durch mangelnde soziale Anerkennung, insuffizienter/unzulänglicher persönlicher Unversehrtheit und nicht gesicherten existentiellen Grundlagen gekennzeichnet sind. Es wird davon ausgegangen, dass „mit dem Grad der Desintegrationserfahrungen und – ängste auch Ausmaß und Intensität der genannten Konflikte zu- und ihre Regelungsfähigkeit abnimmt“ (Anhut 2002, S. 381).

Aus der Sicht der Desintegrationstheorie tragen drei Faktoren zu sozialer Desintegration bei.

Erstens können erschwerte Zugangschancen zu materiellen und kulturellen Ressourcen auf der sozialstrukturellen Ebene zu Desintegrationserfahrungen führen.

Zweitens können ambivalente Individualisierungsprozesse, welche bspw. Paarbeziehungen und in Folge das familiale Gefüge destabilisieren und sich somit auch auf die Sozialisation der Kinder auswirken, auf der sozio-emotionalen Ebene Desintegration begünstigen.

Der dritte Faktor bezieht sich auf die institutionelle Ebene und schließt die Ausbildung ichbezogener und konkurrenzorientierter Einstellungen und entsolidarisierende Verhaltensmuster ein. Diese Einstellungen und Verhaltensmuster werden in der Schule, am Arbeitsplatz, etc. gefördert und können letztendlich in sozialer Ausgrenzung und Segregation münden (Anhut 2002).

Es kommt jedoch auf die Entwicklung sozialer Kompetenzen, Verantwortungszuschreibungen und soziale Vergleichsprozesse des Subjekts an, in wie weit bzw. ob sich Desintegrationserfahrungen in asozialen Einstellungen widerspiegeln. So sind bspw. soziale Kompetenz und Attributionsstile eng verknüpft mit der familialen Sozialisation und mit erfolgreichem Agieren in sozialen Institutionen, was unter anderem wiederum von desintegrativen bzw. integrativen Bedingungen abhängig ist, wie zum Beispiel sicher-autonom gebundene Kinder weitaus höhere soziale Kompetenzen aufweisen als unsicher gebundene Kinder (Ergebnisse aus der Bindungsforschung). Ein weiterer Wirkungsfaktor auf die Verarbeitung von Desintegrationserfahrungen ist der milieuspezifische Kontext in dem sich das Individuum befindet (Anhut 2002).

Wie oben bereits erwähnt, kann soziale Desintegration zu antisozialen Einstellungen und Handlungsmustern führen, welche durch die Abwehr und Abwertung ethnisch Anderer, Gewalt oder Rechtsextremismus gekennzeichnet sind. Die Abwehr und Abwertung ethnisch Anderer kann somit aus Konkurrenzsituationen am Arbeits- oder Wohnungsmarkt resultieren und münden in ein subjektives Benachteiligungs- und Ungerechtigkeitsempfinden. Die Abwertung und Abwehr ethnisch Anderer fungiert hier als Selbstaufwertung (Anhut 2002).

Wie im Kapitel 6 später beschrieben wird, ist soziale Desintegration nicht allein ein Phänomen, welches Individuen mit Deprivationserfahrungen betrifft. Die Abwertung und Abwehr ethnisch Anderer ist durchaus auch in „sozial besser gestellten Kreisen“ zu beobachten. Mit welchen Faktoren Desintegration in diesem Spektrum einhergeht wird in Kapitel 6.3.1.1 expliziert.

Im oberen Abschnitt wurde nun der Desintegrationsansatz kurz umrissen, im Folgenden wird der Konfliktbegriff dieses Ansatzes näher erläutert.

Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie versteht soziale Konflikte als Konflikte zwischen Individuen sozialer Gruppen oder Kollektiven, welche von anderen Konfliktformen abgegrenzt werden müssen. Es werden zwei Abgrenzungskriterien beschrieben:

„Einsatz von Macht- und Herrschaftsmitteln“ und „Inter-Penetration der sozialen Ebene“.

Der Einsatz von Macht- und Herrschaftsmitteln dient der Abgrenzung von alltäglichen Konkurrenzsituationen, wie bspw. Spiel oder Streit, wobei hierunter auch Konflikte fallen, die nicht eindeutig sozialen Konflikten zuordenbar erscheinen. Als Beispiel kann hier Firmenkonkurrenz um Marktanteile angeführt werden, da Konflikte dieser Art mit Macht- und Einflussmitteln verknüpft sind (Anhut 2002, S. 389).

Unter der Inter-Penetration der sozialen Ebene versteht Anhut (2002) „die Tendenz bestimmter gruppenförmiger Auseinandersetzungen sich nach oben (gesellschaftliche Makroebene) wie nach unten (soziale Mikroebene) auszudehnen“ (ebd.).

Ferner fallen auch inter-personale und intra-personale Konflikte in das Spektrum spezifischer sozialer Konflikte. Inter-personal bezieht sich hier auf einzelne Personen, welche anstelle ihrer sozialen Gruppen handeln/operieren. Bei intra-personalen Konflikten geht es um Entscheidungen, die einzelne Individuen zwischen „konfligierenden Normanforderungen oder Rollenerwartungen (z.B. aus widersprüchlichen subkulturellen und gesellschaftlichen Normen)“ (ebd.) treffen müssen.

Anhut unterscheidet nach Giesen drei analytische Konfliktformen:

- Rangordnungskonflikte („Konflikte um Ansprüche auf soziale Positionen“)
- Verteilungskonflikte (Konflikte um Arbeitsplätze, knappe Güter, Wohnungen, etc.)
- Regelkonflikte (Konflikte um die Gültigkeit von Normen und Werten)

Rangordnungskonflikte werden laut Giesen (1993) als elementarste und universellste Motive für soziale Konflikte verstanden, da, auch wenn es um Verteilungs- oder Regelkonflikte geht, Rangordnungen zwischen den KonfliktakteurInnen latent mitschwingen bzw. diese festgelegt oder verändert werden.

Es werden zwei Konstellationen von Rangordnungskonflikten differenziert. Einerseits gibt es Rangordnungskonflikte, in denen bestehende Rangordnungen hinterfragt werden, wobei sich hier die eine AkteurInnengruppe eine Verbesserung ihrer Position erhofft und die gegenübergestellte Gruppe dementsprechende Verschlechterungen befürchten muss (Giesen 1993).

Bei Verteilungskonflikten geht es um die Verteilung knapper Ressourcen (wie bspw. Arbeit, Wohnungen, etc.), welche zum einen „individuelle Eigentumsrechte an Ressourcen“ und zum anderen „die Möglichkeit ihrer sozialen Umverteilung“ voraussetzen (ebd., S. 105). Hier spielen, wie oben bereits erwähnt, auch Rangordnungen hinein. So wird der/die AkteurIn, welche/r über ausreichend Macht verfügt und somit auch Kontrolle über andere Ressourcen hat, ein größeres „Stück vom Kuchen“ gewinnen (ebd.).

Regelkonflikte können u. a. aus Rangordnungs- bzw. Verteilungskonflikten resultieren, da diese oft im Widerspruch zu gültigen Regeln und Normen stehen. Um diesem Widerspruch entgegenzutreten, wird die Gültigkeit der Regeln und Normen infrage gestellt und es kommt somit zu einer Verschiebung des Rangordnungs- oder Verteilungskonflikts auf die Ebene des Regelkonflikts. Regelkonflikte beziehen sich nicht nur auf unterschiedliche Einstellungen und Haltungen, sondern es geht auch darum, Regeln nach dem eigenen Interesse bzw. Vorteil zu konstruieren (Giesen 1993).

Einige, der in diesem Großkapitel vorgestellten Konfliktformen, werde ich später in Kapitel 6 mit den aus den Interviews hervorgegangenen Konfliktodynamiken verknüpfen, um so meine eigenen Interpretationen zu untermauern.

Im nächsten Kapitel (4) werden aber vorerst die methodischen Schritte der Untersuchung in den beiden Gemeinden Goldegg und Ramingstein vorgestellt. Ferner wird auf die Heuristische Sozialforschung, an welche die Untersuchung angelehnt ist, näher eingegangen.

4. Methode

Dieses Kapitel behandelt die methodische Vorgangsweise der vorliegenden Arbeit. Zuerst wird auf die Heuristische Sozialforschung, in Anlehnung dieser, die Studie durchgeführt wurde, näher eingegangen. Im nächsten Schritt werden die methodischen Etappen der Studie veranschaulicht. Konkret wird dabei der Interviewprozess und die anschließenden Analysen und Interpretationen methodisch behandelt.

4.1 Die Heuristische Sozialforschung

Die Heuristische Sozialforschung geht auf Gerhard Kleinig zurück, der die Grounded Theory weiterentwickelte und um weitere Regeln erweiterte. Im Unterschied zur Grounded Theory wird bei der Heuristischen Sozialforschung das Forschen als Dialog verstanden. Also ein Dialog mit dem jeweiligen Phänomen, den jeweiligen Personen und den Daten. Heuristik kommt von dem altgriechischen Wort „Heureka“ und meint damit die Entwicklung von Lösungen (Krotz 2005).

Das zentrale Konzept „Dialog“ wird bei der Datenerhebung sowie bei deren Auswertung angewandt. Die Datenerhebung erfolgt entweder mittels Befragung oder Beobachtung der mit dem sozialen Phänomen befassten Personen oder sie kann auch durch ein Experiment (bspw. Teilnehmende Beobachtung) aufgezeichnet werden. Die Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Phänomen wird hier als Dialog aufgefasst, da als „Frage“ die Interaktion in Bezug auf den Forschungsgegenstand verstanden wird. Was dann bei der Interaktion mit dem Phänomen passiert wäre folglich die „Antwort“.

Bei der Auswertung der gesammelten Daten wird versucht Theorien zu entwickeln bzw. weiter zu entwickeln. Dies geschieht durch die Befragung der erhobenen Daten.

Die Heuristische Sozialforschung versucht Widersprüchen nachzugehen und bezieht auch Hintergründe und Kontexte bei der Auswertung mit ein, um latente Inhalte aufzuspüren (Krotz 2005, S. 2008ff).

Um Heuristische Sozialforschung betreiben zu können, ist es wichtig nach folgenden vier Regeln zu forschen:

- „Offenheit der Forschungsperson/des Subjekts. Die Forschungsperson soll dem Gegenstand gegenüber ‚offen‘ sein und ihr Vorverständnis ändern, wenn die Daten ihm entgegenstehen.
- Offenheit des Forschungsgegenstandes. Die Kenntnis vom Gegenstand und seine Bestimmungen sind vorläufig und so lange der Änderung unterworfen, bis der Gegenstand ‚ganz‘ entdeckt ist.
- Maximale strukturelle Variation der Perspektiven. Der Gegenstand soll von maximal verschiedenen Seiten erfasst werden. Dies geschieht durch Variation aller Bedingungen der Forschung, die von Einfluss auf die Abbildung des Gegenstandes sind oder sein könnten. Die Variation sucht strukturelle, d.h. dem Gegenstand eigene Aspekte, die aus den verschiedenen Perspektiven erkennbar werden.
- Analyse auf Gemeinsamkeiten. Die verschiedenen Seiten oder Bilder des Gegenstandes werden auf ihren Zusammenhang untersucht, oder: das Verfahren entdeckt das Gemeinsame in den Verschiedenheiten“ (Kleining 1995, S. 228).

Die maximale strukturelle Variation der Perspektiven bezieht sich einerseits auf den Personenkreis, der zur Erforschung des Phänomens notwendig ist, d.h. das nicht möglichst viele Menschen zu einem Forschungsgegenstand befragt werden sollen, sondern Personen, die unterschiedliche Zugänge zu dem jeweiligen Gegenstand aufweisen. Zum Beispiel wurden für die vorliegende Arbeit Einheimische, die Quartierbetreiberin, Personen aus der Politik, etc. befragt, um ein möglichst breites Spektrum an Meinungen und Sichtweisen zu erlangen.

Andererseits sollte bei der maximalen Variation, soweit dies auch möglich ist, darauf geachtet werden, verschiedene Forschungsmethoden zur Anwendung kommen zu lassen, wie zum Beispiel Befragung kombiniert mit Beobachtung, etc.

Aber nicht nur Datenerhebung und Forschungsmethode sollen variiert werden, der ganze Forschungsprozess sollte, soweit dies die Erforschung des Phänomens zulässt, der maximalen strukturellen Variation unterliegen (bspw. Auswertung, ForscherInnen, etc.) (Krotz 2005).

Die Analyse auf Gemeinsamkeiten bezieht sich auf das Auswertungsverfahren und meint damit die Untersuchung der von den Befragten gemachten Aussagen auf Gemeinsamkeiten. Die Analyse auf Gemeinsamkeiten erscheint anfangs vielleicht ein wenig ungewohnt, da es sonst üblicher ist auf das Besondere eines Gegenstandes zu achten. Friedrich Krotz veranschaulicht diese Vorgehensweise folgendermaßen:

„Den Unterschieden und Besonderheiten unterliegen Gemeinsamkeiten, vor deren Hintergrund sich Differenzen erst entfalten können. Sie sind für eine Theorie ebenso notwendig wie die Besonderheiten, aber oft sehr viel schwieriger zu erkennen und zu rekonstruieren, weil sie die grundlegende Struktur des Gegenstandes ausmachen und auf die Art seiner Entstehung verweisen“ (Krotz 2005, S. 220).

Um die Gemeinsamkeiten auszuforschen muss der Gegenstand in allen Variationen beschrieben werden. Darauf folgt die Auseinandersetzung mit dem, was die Befragten über das Phänomen ausgesagt haben, d.h. es muss herausgefunden werden was den Forschungsgegenstand ausmacht. Auch wenn die Befragten die unterschiedlichsten Zugänge zu ihm haben, wird in jeder Aussage zumindest ein kleiner Teil stecken, der etwas mit den anderen Beschreibungen gemein hat und etwas über den Charakter des Phänomens aussagt (Krotz 2005).

Krotz beschreibt verschiedene Arten von Gemeinsamkeiten bzw. wie diese zu ermitteln sind:

- „Was von verschiedenen Befragten gesagt wurde“
Es geht nicht nur um gesagte Gemeinsamkeiten, sondern zum Beispiel auch darum wie der/die Beobachtete mit bestimmten Sachverhalten umgeht. Auch hier können Gemeinsamkeiten zwischen Befragten und Beobachteten gefunden werden.
- „Was sich zusammenfassen lässt“
Damit meint Krotz, dass es auch sehr unterschiedliche Aussagen gibt, die man jedoch trotzdem zu einem Oberbegriff zusammenfassen kann.

- „Dialektisch zu erschließende Gemeinsamkeiten“
Wenn es zu scheinbar unverbundenen und unabhängigen Aussagen kommt, ist die Gemeinsamkeit auf einer tieferen Ebene (z.B. konstitutiver Kontext) zu suchen.
- „Erfragte und nicht erfragte Gemeinsamkeiten“
Es wird zwischen drei Typen von Aussagen unterschieden: Aussagen nach denen gefragt wurde, Aussagen die im Kontext auftauchen, also nicht gefragt wurden, jedoch beantwortet wurden und Aussagen die nicht gemacht wurden, obwohl sie zur Beantwortung der Fragen beitragen würden.
- „Gemeinsamkeiten, die von allen nicht gesagt werden“
Dies bezieht sich auf den dritten Typ, also liegt die Gemeinsamkeit in den nicht gemachten Aussagen.
- „Gemeinsamkeiten durch Widersprüche“
Es ist zu prüfen, ob es sich nur um einen scheinbaren Widerspruch handelt. Bei genauerer Analyse kann festgestellt werden, dass bspw. der Kontext in dem die Aussage gemacht worden ist, nicht in die Analyse miteinbezogen worden ist.
- „Unterschiede, die auf unterschiedlichen Perspektiven beruhen, sich aber auf einen gemeinsamen Sachverhalt beziehen“
Forschungsgegenstände können auch zwei verschiedene Seiten haben und somit können bei der Analyse scheinbare Widersprüche auftreten. Hier ist immer zu beobachten aus welcher Position bzw. Perspektive der/die Befragte den Gegenstand betrachtet.
- „Keine Gemeinsamkeiten feststellbar?“
Es kann natürlich auch sein, dass es nicht möglich ist Gemeinsamkeiten zu ermitteln. Dieser Umstand kann auf verschiedenes verweisen. Zu wenig Interviews, schlecht geführte Interviews, Einseitigkeit der Erhebungsmethode oder aber auch grundsätzliche Unterschiede im Hinblick auf die Alltagspraktiken der Interviewten in Bezug auf den Forschungsgegenstand, welche zu unaufhebbaeren Widersprüchen, etc. führen können.

- “Verschränkungen und Überlagerungen von Widersprüchen“
Es kann auch zu Überlappungen der dargestellten Arten der Gemeinsamkeiten kommen, was die Auswertung der Interviews, etc. natürlich nicht einfacher macht.
- „Die Suche nach Gemeinsamkeiten als weiterführende Auswertungsaktivität“
Unter anderem bei den *Gemeinsamkeiten die nicht gesagt werden* können, können wieder neue Fragen auftauchen, die an die Daten gestellt werden können, z. B. verweist die nicht Nennung auf gesellschaftliche Faktoren, welche sind diese, etc. Dies kann dazu führen, dass es sinnvoll ist weitere Interviews etc. durchzuführen, um tiefer in den zu erforschenden Gegenstand einzutauchen.
(Krotz 2005)

Abschließend kann festgehalten werden, dass die Heuristische Sozialforschung als dialogische Sozialforschung zu betrachten ist. Der Kern der Datenerhebung liegt in der maximalen strukturellen Variation der Perspektiven, um somit möglichst alle Seiten des Phänomens zu erforschen. Ein perspektivischer Blick in Bezug auf alle Forschungsmöglichkeiten ist notwendig, um Heuristische Sozialforschung betreiben zu können. Bei der Auswertung steht das Erforschen jeglicher Gemeinsamkeiten im Zentrum. Das Suchen nach Gemeinsamkeiten ermöglicht dem Forscher/der Forscherin einen tieferen Zugang zu dem Gegenstand und auch komplexere soziale und kulturelle Hintergründe und Zusammenhänge in Bezug auf das Phänomen zu ergründen.

4.2 Methodisches Vorgehen der Datenerhebung

4.2.1 Die Auswahl der Gemeinden

Vorerst stand die Wahl der zu erforschenden Gemeinden im Mittelpunkt des Interesses. Ramingstein im Lungau war eine der ersten Gemeinden im Land Salzburg, in welcher AsylwerberInnen untergebracht wurden. Interessant war hier, von den Einwohnern des Ortes herauszufinden, wie sie rückblickend den Prozess der Unterbringung wahrgenommen haben und wie die Situation in der Gemeinde nach ein einhalb Jahren aussieht.

Die RamingsteinerInnen wurden vor der Unterbringung der AsylwerberInnen nicht von der Landesregierung über das Vorhaben informiert, da der Unterbringungsprozess laut der Sozialabteilung des Landes Salzburgs sehr rasch vonstatten gehen musste. Als ein Anruf vom Innenministerium kam, waren bereits zwei Busse aus Traiskirchen unterwegs nach Salzburg und so musste möglichst schnell ein Quartier gefunden werden. Da in Ramingstein der Gasthof schon überprüft wurde und der Bürgermeister und die Quartierbetreiberin ihre Zustimmung gaben, wurden die Flüchtlinge nach Ramingstein gebracht.

Als zweite zu untersuchende Gemeinde wurde Goldegg im Pongau ausgewählt. Dieser Ort war in etwa zur selben Zeit wie Ramingstein als Unterbringungsort im Gespräch. Hier hätte es die Möglichkeit gegeben, aus einem alten Gasthof, etwas außerhalb, jedoch in einer Wohnsiedlung, in ein Flüchtlingsquartier umzubauen. Im Gegensatz zu Ramingstein wurde die Bevölkerung Goldeggs über den Plan vorab informiert und dies rief starke Widerstände hervor. Die Widerstände verhärteten sich zusehends, so dass sich das Land außerstande sah, ein Quartier zu errichten. Im Zentrum des Forschungsinteresses stehen hier die Hintergründe dieser starken Ablehnung zu erfahren, genauso wie die Wahrnehmungen der Bevölkerung über jene Zeitspanne auszuforschen.

In beiden Gemeinden stehen die Konflikte, welche durch die Unterbringung hervortreten, in engem Zusammenhang mit den soziostrukturellen Bedingungen der Orte. Diesen Kontext zu untersuchen war ein weiteres Forschungsvorhaben.

4.2.2 Qualitative Tiefeninterviews

Um das Vorhaben zu realisieren, wurden Leitfadeninterviews erstellt. Mit einem Minidisplay wurden 20 qualitative Tiefeninterviews durchgeführt. Der Kontakt zu den InterviewpartnerInnen wurde mittels Schlüsselpersonen, wie Bürgermeister, Pfarrer, Quartierbetreiberin, etc., oder der „Schneeballmethode“ geknüpft.

Die Interviews wurden in drei Blöcke geteilt. Der Erste behandelte Fragen zur Person, wie zum Beispiel Beruf, Geburtsort, Funktion in der Gemeinde, etc., im Zweiten ging es darum Erinnerungen und Wahrnehmungen von der durchgeführten bzw. geplanten Unterbringung zu äußern bzw. den gesamten Prozess rekonstruieren zu lassen.

Gefragt wurde danach, wie die Stimmung damals war oder was anders ablaufen hätte können. Der dritte Teil hatte Fragen zur Gemeinde zum Thema, um Zusammenhänge mit den geschilderten Konflikten, welche sich rund um die Unterbringung entzündeten, zu erforschen, bspw. welche Bilder verbinden sie mit der Gemeinde, gab es Veränderungen in den letzten Jahren, etc.

Die Forschungsmethode beschränkt sich bei dieser Arbeit auf qualitative Tiefeninterviews, da bspw. Beobachtungen nicht in angemessenem Ausmaß Ergebnisse für diese Studie liefern können. Folglich entspricht die Untersuchung nicht dem Kriterium der maximalen Variation der Forschungsmethode.

Um ein möglichst breit gefächertes Bild über die Situation in der jeweiligen Gemeinde zu bekommen und im Sinne der Heuristischen Sozialforschung eine maximale Variation der Perspektiven zu erlangen, war es wichtig Befürworter und Gegner, für die Unterbringung zuständige Personen (Caritas und Land), Bürgermeister, Pfarrer und Quartierbetreiberin zu erreichen. Ebenso war es wichtig die Balance zwischen weiblichen und männlichen Interviewpersonen zu halten, was jedoch nicht immer gelang. Die AsylwerberInnen wurden jedoch nicht als InterviewpartnerInnen herangezogen, da es in dieser Studie um die Sichtweisen der Einheimischen und deren Wahrnehmung ging. Es wäre sehr interessant in einer anderen Studie auch die AsylwerberInnen mit einzubeziehen. Dies würde aber den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen.

In Goldegg gestaltete sich die Suche nach potenziellen InterviewpartnerInnen äußerst schwierig. Es schien so, als ob man dieses Thema nicht noch einmal aufrollen wollte, da zum Zeitpunkt der Studie bereits mehr als ein Jahr vergangen war und die Bevölkerung Angst hatte, es könnte das damalige Vorhaben, AsylwerberInnen in Goldegg unterzubringen, erneut diskutiert werden.

Im Gegensatz dazu hatte man in Ramingstein das Gefühl, die Befragten erzählten gerne über das Geschehene. Es war ja nicht so wie in Goldegg, wo die Diskussion um die AsylwerberInnen vorbei war. In Ramingstein war das Thema noch immer aktuell, da nach wie vor Flüchtlinge in dem Gasthof leben.

4.2.3 Auswertungsverfahren und Präsentationen

Nachdem alle Interviews durchgeführt wurden und die Transkription dieser abgeschlossen war, wurden Thesen entwickelt. Die Thesen wurden durch die Analyse der Gemeinsamkeiten, welche in den Interviews eruiert wurden, erstellt. Im nächsten Schritt wurden diese mit Interviewzitate und Erläuterungen versehen, um die Forschungsergebnisse besser zu veranschaulichen.

Es wurden dann insgesamt vier Veranstaltungen zur Präsentation der Ergebnisse abgehalten. Zwei davon in den Gemeinden Goldegg und Ramingstein, eine für die Sozialabteilung 3 des Landes Salzburg und zuletzt eine öffentliche Veranstaltung in der Stadt Salzburg.

In Goldegg wurden ausschließlich Personen, die an den Interviews beteiligt waren, zu Präsentation eingeladen, da wie oben beschrieben, dieses Thema ein sehr heikles war und der Wunsch geäußert wurde, die Präsentation nicht öffentlich zu machen. Es erschienen nur wenige Goldegger, jedoch war die Diskussion nicht weniger spannend.

In Ramingstein wurde eine öffentliche Präsentation veranstaltet, die auch besser besucht war. Zwischen 25 und 30 Personen nahmen im Gemeindesaal Platz. Der Grund, warum das Interesse an der Präsentation stärker war als in Goldegg, liegt vermutlich auch an der Aktualität, die dieses Thema für die Einheimischen besitzt. In der anschließenden Diskussion wurde leider nur wenig auf die vorgestellten Thesen eingegangen. Es entfachte sich eine teilweise sehr heftige Diskussion über AsylwerberInnen im Allgemeinen, warum diese überhaupt nach Österreich kommen etc. Danach wurden die Aussagen die bei den Präsentationen bzw. Diskussionen hervor gebracht wurden, wieder in die Analysen mit einbezogen.

4.2.4 Die Etappen der Studie

In diesem Unterkapitel wird ein Zeitplan der Studie erstellt, um einen Überblick über die gesamte empirische Arbeit zu erlangen.

September – November 2005: Auswahl der Gemeinden und Vorbereitung der Interviews

Dezember – Jänner 05/06: Durchführung der Interviews

Februar – April 2006: Auswertung und Präsentationen in den Gemeinden

Mai 2006: Präsentationen beim Land und öffentlich

November 2006: Beginn der Diplomarbeit

5. Statistische Informationen und strukturelle Bedingungen der Gemeinden

In diesem Kapitel werden statistische Informationen über die beiden Gemeinden Goldegg und Ramingstein dargelegt, um so einen Überblick über die untersuchten Orte zu erlangen. Im nächsten Schritt werden die strukturellen bzw. demographischen Bedingungen der Gemeinden beschrieben, da diese im engen Zusammenhang mit der Analyse der Konfliktodynamiken und –hintergründe stehen.

5.1 Statistische Informationen

5.1.1 Goldegg im Pongau

- Goldegg ist eine Gemeinde im politischen Bezirk St. Johann im Pongau. Der Ort liegt auf 822 m Seehöhe und hat eine Fläche von 33,1 km². Die EinwohnerInnenzahl liegt bei 2.222 (Stand 2003). Die Gemeinde hat zwölf Ortsteile: Altenhof, Boden, Buchberg, Enkerbichl, Hasling, Hofmark, Maierhof, March, Mitterstein, Oberhof, Schattau und Wenig. Der Gemeindevertretung steht derzeit ein Bürgermeister der ÖVP vor. (Quelle: Statistik Austria, 26.05. 2006)
- Der Fremdenverkehr ist der größte Beschäftigungsbereich mit 28 Betrieben und insgesamt 94 Beschäftigten. (Stand 2001. Quelle: Statistik Austria, 26.04. 2006)
- Der Bevölkerungsanteil der 15– bis unter 60-Jährigen beträgt 62%, wobei die 30- bis 34-Jährigen mit 8,5% die größte Untergruppe bilden. Im Vergleich dazu macht die Gruppe der über 60-Jährigen 17,5% und die der unter 15-Jährigen 20,5% aus. (Quelle: Statistik Austria, 26.04. 2006)
- Der AusländerInnenanteil liegt bei 3%, wobei die Mehrheit (1,6%) die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. (Quelle: Statistik Austria, 26.04. 2006)

- Nach der höchsten abgeschlossenen Ausbildung stellen die Lehrlingsausbildung (36,5%), die Allgemeinbildende Pflichtschule (35,9%) und die Berufsbildende mittlere Schule (13,5%) den überwiegenden Bildungsgrad der Einwohner dar. (Stand 2001. Quelle: Statistik Austria, 26.04. 2006)
- Die Geburtenrate war in der Gemeinde 2003 höher als die Sterberate mit einer Geburtenbilanz von elf Personen (0,5%). (Quelle: Statistik Austria, 26.04. 2006)
- 2003 gab es mehr Zuzüge (13 Personen) in die Gemeinde als Wegzüge (elf Personen) (Außenwanderungsbilanz; Bevölkerungsveränderung nach den Komponenten 2002 und 2003). Insgesamt kam es bei der Bevölkerungsveränderung 2001 bis 2003 zu einem Zuwachs von unter 1%. (Quelle: Statistik Austria, 26.04. 2006)
- Von 1.100 Erwerbspersonen sind 55,9% männlich und 44,1% weiblich. Von den Erwerbstätigen am Wohnort waren 2001 745 Personen Auspendler und 140 Personen Einpendler. (Quelle: Statistik Austria, 26.04. 2006)

5.1.2 Ramingstein im Lungau

- Ramingstein gehört zum Bezirk Tamsweg im Lungau. Der Ort liegt im äußersten Südosten des Landes Salzburg auf einer Seehöhe von 970 m und grenzt an die Steiermark und an Kärnten. Die Gemeinde hat 1.348 EinwohnerInnen (Stand 2003) und eine Fläche von 94,12 km². Ramingstein ist eine alte Bergbaugemeinde, welche im Mittelalter ihre Hochblüte hatte. (Quelle: Statistik Austria, 26.04. 2006)
- Der Ort umfasst vier Siedlungszentren: Madling, Ramingstein, Kendlbruck und Karneralm. Der derzeitige Bürgermeister gehört der SPÖ an. (Quelle: Statistik Austria, 26.04. 2006)

- Auch in Ramingstein bietet der Fremdenverkehr die meisten Arbeitsplätze (elf von 44 Arbeitsplätzen). Die meisten Beschäftigten sind jedoch in der Sachgütererzeugung (44 von 174 Beschäftigten) zu finden. (Quelle: Statistik Austria, 26.04. 2006)
- Der Bevölkerungsanteil der 15- bis unter 60-Jährigen beträgt 63,6%, wobei die 40- bis 44-Jährigen mit 9% die größte Untergruppe bilden. Im Vergleich dazu macht die Gruppe der über 60-Jährigen 20,2% und die der unter 15-Jährigen 16,2% aus. (Quelle: Statistik Austria, 26.04. 2006)
- Der AusländerInnenanteil liegt bei 2,7%, und auch hier bilden die Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft die größte Gruppe mit 1,8%. (Quelle: Statistik Austria, 26.04. 2006)
- Nach der höchsten abgeschlossenen Ausbildung stellen die Allgemeinbildende Pflichtschule (44,7%), die Lehrlingsausbildung (36,1%) und die Berufsbildende mittlere Schule (9%) den überwiegenden Bildungsgrad der Einwohner dar. (Stand 2001. Quelle: Statistik Austria, 26.04. 2006)
- Die Geburtenrate war in der Gemeinde 2003 niedriger als die Sterberate mit einer Geburtenbilanz von minus zwei Personen (-0,1%). (Quelle: Statistik Austria, 26.04. 2006)
- 2003 gab es ungefähr gleich viel Wegzüge (vier Personen) wie Zuzüge (fünf Personen) (Bevölkerungsveränderung nach Komponenten 2002 und 2003). Insgesamt ergab sich bei der Bevölkerungsveränderung 2001 bis 2003 ein Verlust von unter 5% bis zu 3%. Von 668 Erwerbspersonen sind 58,5% männlich und 41,5% weiblich. Von den Erwerbstätigen am Wohnort waren 2001 432 Personen Auspendler und 49 Personen Einpendler. (Quelle: Statistik Austria, 26.04.2006)

5.2 Soziostrukturelle Bedingungen der Gemeinden

Da die Konfliktdynamiken in den Gemeinden, in welchen AsylwerberInnen untergebracht worden sind bzw. in denen dies geplant war, große Unterschiede aufweisen, weitete sich mein Interesse auf die Analyse der mit der Unterbringung in Zusammenhang stehenden soziostrukturellen Bedingungen aus. Ziel dieser Arbeit ist, wie schon erwähnt, der Frage nachzugehen, welche Rolle die strukturellen Bedingungen in den Gemeinden für die Entstehung von Konflikten dieser Art spielen.

5.2.1 Goldegg im Pongau

Goldegg konnte in den letzten Jahrzehnten einen großen Zuzug verzeichnen. Die Gemeinde entwickelt sich jedoch zusehends zu einer so genannten „Schlafgemeinde“, d. h. einem Ort, in dem die Lebensqualität sehr hoch, jedoch die Infrastruktur nicht besonders entwickelt ist bzw. sich zurückgebildet hat. Es gibt verschiedene Zugehörigkeiten (Einheimische – Zugezogene) und auch unterschiedliche Vorstellungen darüber welche Funktion der Ort erfüllen soll (Tourismus – Lebensqualität).

5.2.2 Ramingstein im Lungau

Ramingstein ist ein Ort, der von der Arbeitslosigkeit in der Region und der damit verbundenen Abwanderung gekennzeichnet ist. Für die jungen Menschen scheint es aufgrund mangelnder Ausbildungs- und Arbeitsplätze keinen Sinn zu machen im Ort zu bleiben. Die Gemeinde liegt abgeschnitten in einem Tal im östlichsten Teil des Lungaus, was auch zu einer Benachteiligung dieser Region beiträgt. Die Entwicklung der Gemeinde, was zum Beispiel die Infrastruktur anbelangt, kann nicht als besonders fortschrittlich bezeichnet werden. In den letzten Jahren kam es zum Beispiel zur Schließung der Bäckerei und der Post.

Auch die öffentliche Verkehrsanbindung ist sehr schlecht ausgebaut, so fährt beispielsweise die letzte Bahn um 16 Uhr nach Tamsweg.

6. Entwickelte Thesen

Dieses Kapitel umfasst die Auswertung und Analyse der durchgeführten Interviews auf Konflikte, die sich im Rahmen der (geplanten) Unterbringung entzündet haben und auf Faktoren, welche die Konflikte in den beiden Gemeinden begünstigt haben. Die in den Interviews ermittelten Gemeinsamkeiten, d.h. Aussagen bzw. Themen die in den Befragungen mehrmals erwähnt oder angesprochen wurden, werden zu Thesen formuliert. Teilweise sind den Hauptthesen Unterthesen zugeordnet. Die Hauptthesen treffen oftmals für beide Gemeinden zu und die Unterthesen stehen im Kontext mit den jeweils spezifischen Bedingungen und Situationen der Orte. Den einzelnen Thesen folgt eine analytische Auseinandersetzung, gestützt durch verschiedene Konflikttheorien. Um dies nachvollziehbarer zu machen, werden die Thesen und Analysen mit Interviewzitate versehen.

6.1 Die Anfangs- bzw. Informationsphase

These 1:

Mehrere Aspekte in der Anfangs- bzw. Informationsphase haben die Eskalation des Konflikts mitbegünstigt.

6.1.1 Goldegg

In Goldegg wurde im Zuge der geplanten Unterbringung von AsylwerberInnen ein „sichtbarer Grundkonflikt“ erkennbar. Dieser sichtbare Konflikt bezieht sich auf eine politische pro und contra Debatte um die AsylwerberInnen. Durch die Auswertungen der Interviews wurden jedoch auch vielschichtige „unsichtbare Konflikte“, also Hintergründe und Rahmenbedingungen die den Konflikt begünstigt haben und somit tiefer liegen, sichtbar.

Wie sich im weiteren Verlauf des Kapitels erkennen lässt, handelt es sich einerseits um einen „Positionskonflikt“, damit werden Konflikte bezeichnet, in welchen eine Änderung der Positionsverhältnisse (Kompetenzen, Status, Rollen) angestrebt werden.

Andererseits manifestiert sich auch ein „Systemveränderungskonflikt“, ein Konflikt in dem eine Änderung abgewehrt werden soll und der sich auf Werte, Strukturen oder Ideologien bezieht (Glasl 2004).

Die am Konflikt beteiligten Parteien (Anrainer und andere Gemeindemitglieder, Gemeindevertreter, Ämter der Landesregierung, Bund) bewegen sich auf einer meso- und makrosozialen Ebene. Die makrosoziale Ebene schließt die Medien mit ein, da in Goldegg u.a. Zeitungsberichte den Konflikt begünstigten. Wie dies genau ablief wird in der ersten Unterthese veranschaulicht.

Wie oben schon erwähnt, wurde ein sichtbarer Konflikt evident, welcher als „heißer Konflikt“ bezeichnet werden kann. „Heiße Konflikte“ werden emotional, oft mit Ausbrüchen und Angriffen, artikuliert. Sie schwelgen nicht unter der Oberfläche, wie „kalte Konflikte“, sondern sind sichtbar (Glasl 2004). Die Thesen zwei bis vier sehe ich als Indiz für einen heißen Konflikt.

6.1.1.1 „...ist das schon in der Kronen Zeitung gestanden...“

These 2:

Die Bevölkerung in Goldegg erfuhr von dem Vorhaben AsylwerberInnen im Ort unterzubringen, durch die Medien. Gleichzeitig waren zu Beginn keine anderen Informationen vorhanden. Die Gerüchte, die durch die Medien und die fehlende Information entstanden, haben Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung ausgelöst.

„Ausgelöst ist das Ganze worden durch einen Artikel in der Kronen Zeitung, in dem davon berichtet wurde, dass ein damals im Moment geschlossener Gasthof (...) verkauft werden sollte an die Betreiber eines Asylwerberheimes in St. Johann. (...) Und bevor der Bürgermeister überhaupt irgendeine Antwort geben hat können, oder sich mit dem Vorstand besprechen hat können, ist das schon in der Kronen Zeitung gestanden und es hat dann schon am nächsten Tag in der Früh einen riesen Aufstand in der Siedlung von einigen

inszeniert gegeben.“ (Interview 1, männlich, Goldegg)

„(...) wenn die Gemeinde von vornherein sozusagen die Bewohner in Voithof gleich einmal konfrontiert hätte damit. Nicht sozusagen erst auf Druck diese Veranstaltung passiert wäre, die ja letztlich auf Druck der Bewohner oder der negativ eingestellten Bewohner passiert ist. Dass man gesagt hat, ja, jetzt muss die Landesregierung her, und die muss jetzt Rede und Antwort stehen, was da geplant ist und die müssen uns sozusagen helfen gegen die negativ eingestellten Bewohner- Weiß ich nicht. Wenn die Gemeindevorstände oder Vertreter hergegangen wären und der gesagt hätte: Das ist sozusagen möglich oder wäre geplant.

So schaut es aus. Und die hätten das gleich von vornherein, bevor so was in der Zeitung steht- Eventuell wäre es anders gelaufen. Aber es ist halt so passiert, dass also der Kronenzeitung-Artikel und die Befürchtung, jetzt passiert das ohne dass wir uns wirklich wehren können dagegen- oder ohne dass wir, dass man von vornherein einen positiven Zugang dazu findet. Das war der- Das war schlecht. Ich meine, es war ein ORF-Team einmal da, das Haus zu filmen und dann hat man auch schon gemutmaßt: Was soll das jetzt? Und dann...Gerüchte sind ja schnell verbreitet, ich meine, die Ängste und Befürchtungen. Was kommt da jetzt auf uns zu?

Das wäre vielleicht eine Möglichkeit gewesen von der Gemeinde aus, dass man mit dem anders umgeht.“ (Interview 9, männlich, Goldegg)

Noch bevor die Goldegger Bevölkerung von dem Vorhaben, den Gasthof „Auerhahn“ in ein Grundversorgungsquartier umzubauen, erfuhr, wurde darüber in der Kronen Zeitung berichtet. Für die meisten befragten Personen war dies die erste Informationsquelle. Durch den Artikel in der Kronen Zeitung entwickelten sich im Ort Gerüchte.

Die Zeitspanne zwischen den Quartiersverhandlungen und der Information der Gemeinde war offenbar zu lang. Gerüchte und die fehlende Information lösten in der Bevölkerung Ängste und Befürchtungen aus, die in einem starken Widerstand gegen das geplante Quartier mündeten.

Eckert und Willems (1992) beschreiben in ihrem Buch „Konfliktinterventionen“, dass es in Konfliktsituationen zu Unüberschaubarkeit und zum Versagen der gewohnten Orientierungsmuster kommt, und somit eine unkalkulierbare Bedrohung der eigenen Interessen entsteht. Diese Bedrohung manifestiert sich in Gefühlen der Ohnmacht, der Verunsicherung, Angst und Wut und evozieren gleichzeitig den Wunsch zur schnellst möglichen Beseitigung dieses Zustandes.

Um die Situation zu entschärfen, werden „kontrastverschärfende, einseitige und selektive Informationen“ priorisiert, was zur „Übernahme einfacher plausibler Interpretationsmuster, wie sie in stereotypen Freund-Feind-Vorstellungen verfestigt sind“, führt (Eckert & Willems 1992, S. 49f).

Die Berichterstattung der Kronen Zeitung spielte für den Konfliktverlauf eine entscheidende Rolle. So wurde berichtet: *„Der frühere Gastro-Tempel ‚Auerhahn‘ soll in ein Quartier für Asylanten umgewandelt werden! Bis zu 50 Flüchtlinge möchten die Hausbesitzer im Ex-Haubenlokal unterbringen“* (Kronen Zeitung, 08.05. 2004, S. 12f). Durch die von den Medien verwendeten Begriffe und Bilder, sowie durch das Jonglieren mit Zahlen, haben sie das Vermögen Gerüchte zu verbreiten, Vorurteile zu produzieren und dadurch Konflikte zu entzünden. Durch die Wortwahl und den Schreibstil vermittelt die Kronen Zeitung eine bevor stehende Bedrohung durch die AsylwerberInnen. Die Verwendung des Begriffs „Asylanten“ lässt die AsylwerberInnen in einem negativen Licht erscheinen. Verschiedene Wortverbindungen mit dem Begriff „Asylant“ sind negativ besetzt, wie bspw. „Scheinasylant“, „Asylbetrug“ oder „Asylantenflut“.

Eine empirische Studie über die AusländerInnen- bzw. AsylwerberInnenberichterstattung in deutschen Tageszeitungen von Ulrich Predelli (1992) ergab, dass der Begriff „Asylant“ viel häufiger in Verbindung mit pejorativen Ausdrücken verwendet wird, als zum Beispiel „Flüchtling“ oder „AsylwerberIn“ (Ahlheim & Heger 1999, S. 132).

So wird auch oft mit der so genannten „Wassermetaphorik“ operiert, wenn von der „Asylantenflut“ oder dem „Asylantenstrom“ berichtet wird, der Österreich „überschwemmen“ könnte. Dadurch erscheinen die AsylwerberInnen als eine Art „Naturgewalt“ der nicht oder nur schwer Einhalt geboten werden kann und suggeriert somit politische Handlungsunfähigkeit (ebd.). Ahlheim und Heger beschreiben auch einen Versuch, welcher zu diesem Thema in Schulklassen durchgeführt wurde.

Die SchülerInnen mussten Bögen ausfüllen, auf denen Adjektive wie „viele – wenige“, „arbeitsam – faul“, „angesehen – verachtet“ verzeichnet waren. Die eine Hälfte der SchülerInnen mussten ihre Assoziationen zum Begriff „politischer Flüchtling“, die andere Hälfte zum Begriff „Asylant“ abgeben.

Das Ergebnis des Versuchs bestätigte die negative Besetzung des „Asylanten-Begriffs“. Es wurden deutlich häufiger negative Adjektive den „Asylanten“ als den „politischen Flüchtlingen“ zugeschrieben. Der Versuch wurde von Klaus Hildebrand 1985 mit SchülerInnen einer Fachoberschule durchgeführt und unter dem Titel „Wenn Flüchtlinge Asylanten genannt werden, werden es mehr“ veröffentlicht (Ahlheim & Heger 1999).

Der Verweis in der Kronen Zeitung auf „bis zu 50 Flüchtlinge...“ erzeugt ein Bild der Unberechenbarkeit und suggeriert scheinbare Massen, welche die Gemeinde „überfluten“ könnten. Aus den Interviews war aber herauszulesen, das zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Artikels, die Anzahl der unterzubringenden AsylwerberInnen noch nicht fest stand. Später wurde von 30-35 Personen gesprochen, die im Gasthof Auerhahn untergebracht werden sollten.

Bereits Matouschek, Wodak und Janushek (1995) berichteten in ihrem Buch „Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? – Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz“ unter anderem über die polarisierende Berichterstattung der Kronen Zeitung zum Thema AsylwerberInnen. Das Buch bezieht sich hierbei auf rumänische Flüchtlinge, welche Anfang der 1990er nach Österreich flüchteten.

Auch hier berichtete die Kronen Zeitung über ein Dorf im Burgenland, welches AsylwerberInnen aufnehmen sollte. Unkommentiert wurden fremdenfeindliche Aussagen der BewohnerInnen des Dorfes abgedruckt oder durch „Mittel der Diskursrepräsentation verstärkt wiedergegeben“ (Matouschek, Wodak & Janushek 1995, S. 148).

So wurden die AsylwerberInnen als große Bedrohung dargestellt, welche in „Wellen“ Österreich „überfluten“ und mit negativen Eigenschaften (Sozialschmarotzer, Kriminelle, etc.) belegt. Die AutorInnen gehen in ihrer Analyse noch ein Stück weiter. Sie beziehen die Eliten (PolitikerInnen, etc.) in diesen Ausgrenzungsdiskurs mit ein und stellen somit einen Kreislauf der Ausgrenzungspraxis her: „[...] wollen wir [...] davon ausgehen, dass die Formen, Themen und Inhalte der Vorurteilsdiskurse ebenso wie von den Medien zu den Rezipienten von den Rezipienten zu den Eliten rückwirken, und so letzten Endes die Gesamtheit einer diskursiven (Ausgrenzungs-) Praxis darstellen. Es handelt sich demnach um einen dialektischen, diskursiven Prozess gesellschaftlicher Sinnbildung“ (Matouschek, Wodak & Januschek 1995, S. 148).

Abschließend kann gesagt werden, dass die vorgreifende Berichterstattung der Kronen Zeitung wesentlich zur Entwicklung des Konflikts um das geplante Grundversorgungsquartier beigetragen hat. Nicht nur der Umstand, über das Quartier zu berichten bevor noch die Planung dieses der Bevölkerung Goldeggs mitgeteilt werden konnte, sondern auch die Art und Weise der Berichterstattung, rief heftigen Widerstand der Einheimischen hervor.

6.1.1.2 „...denen diese Machtlosigkeit nur so ins Gesicht zu sagen...“

These 3:

Durch das Empfinden, die geplante Unterbringung der AsylwerberInnen nicht beeinflussen zu können, fühlte sich ein Teil der Bevölkerung „überfahren“ und ausgeschlossen. Der Eindruck von „fehlender Sensibilität“ von Seiten des Landes (bei der Veranstaltung zur Information der Bevölkerung über das geplante Quartier) hat diese Gefühle verstärkt.

In vielen Interviews wurde das Gefühl geäußert, in das geplante Vorhaben nicht eingreifen zu können bzw. nicht involviert zu sein. Der Kronen Zeitungsartikel bestärkte dieses Gefühl der Ausgeschlossenheit, was den wachsenden Widerstand in der Bevölkerung förderte.

„Das ist aber irgendwie auch so passiert, dass eigentlich die Leute in der Siedlung heroben nicht informiert waren. Das ist alles einmal so im Vorfeld passiert, ohne dass man darüber geredet hat. Was vielleicht dann auch nicht so günstig war. (...) Wenn die Gemeindevorstände oder Vertreter hergegangen wären und der gesagt hätte, „das ist sozusagen möglich oder wäre geplant. So schaut es aus“. Und die hätten das gleich von vornherein, bevor so was in der Zeitung steht. (...)

Aber es ist halt so passiert, dass also der Kronen-Zeitung-Artikel und die Befürchtungen, jetzt passiert das, ohne dass wir...dass man von vornherein einen positiven Zugang dazu findet. (...) Es hätte vielleicht sozusagen diese Zeitspanne gefehlt, wo sich die Aggressionen aufbauen. Die sozusagen vom Zeitungsartikel weg bis zu dieser Versammlung da schon aufgebaut worden sind.“ (Interview 9, männlich, Goldegg)

Das Verhalten der Beamten der Landesregierung bei der Informationsveranstaltung zur Realisierung des Quartiers trug zur Verschärfung des Konflikts bei. In den Interviews wurde eine „fehlende Sensibilität“ von Seiten der Beamten beklagt. Der Bevölkerung wurde wiederum vermittelt keinen Einfluss auf das Projekt zu haben.

„Was man vielleicht anders machen hätte können, das war das Auftreten der Vertreter des Landes, die schon ein gewisses Maß an Präpotenz in diesem Gespräch mitgebracht haben...die so quasi...’das entscheidet eh nicht ihr. Es hat ja die Gemeinde keine Kompetenz, sondern das entscheiden eigentlich wir, also regt euch nicht auf. Wenn wir einen Betrieb finden, der die nimmt, dann gibt es die dort und ihr habt gar kein Recht da mitzureden’. Also das so zu sagen, denen diese Machtlosigkeit nur so ins Gesicht zu sagen, war in dieser aufgeheizten Stimmung sicher schlecht.“ (Interview 1, männlich, Goldegg)

Es kann folglich auf dieser Ebene von einem manifesten Konflikt (Dahrendorf und Pondy) ausgegangen werden, da das Konfliktverhalten der Landesbeamten einen benachteiligenden Effekt (Ausgrenzung der Bevölkerung von der geplanten Unterbringung) auf die im Konflikt involvierten Teile der Bevölkerung Goldeggs ausübt (Glasl 2004).

Die beschriebene Situation in Goldegg kann mit Hilfe des Desintegrationsansatzes erklärt werden. Unter Desintegration werden nach Anhut „die nicht eingelösten Leistungen von gesellschaftlichen Institutionen und Gemeinschaften, in der Gesellschaft existentielle Grundlagen, soziale Anerkennung und persönliche Unversehrtheit“ (Anhut 2002, S. 381) verstanden. Gewalt bzw. Kriminalität, Rechtsextremismus und die Abwertung und Abwehr ethnisch Anderer wird so durch ungenügende Integrationsleistungen der modernen Gesellschaft verursacht.

Der Desintegrationsansatz geht von drei Integrationsdimensionen aus, welche auf einem ausgewogenem „Verhältnis von Freiheit und Bindung“ basieren: die individuell-funktionale Systemintegration, die kommunikativ-interaktive Sozialintegration und die kulturell-expressive Sozialintegration (Anhut 2002)

Der Konflikt in Goldegg eskalierte unter anderem durch eine mangelnde kommunikativ-interaktive Sozialintegration auf der institutionellen Ebene. Durch das Auftreten der Vertreter des Landes war es nicht möglich einen Ausgleich konfligierender Interessen zu gewähren, ohne die Integrität der im Konflikt beteiligten Personen zu verletzen, was den heftigen Widerstand gegen das geplante Quartier begünstigte.

Nach der Konflikttheorie der Desintegrationstheorie fördern die Teilnahmechancen am Entscheidungsprozess, sowie die Einhaltung von Interessensausgleich und moralischer Anerkennung den Konfliktverlauf auf positive Weise, da somit Fairness und Gerechtigkeit sichergestellt werden können (Anhut 2002).

Um dem Gefühl der Machtlosigkeit entgegen zu wirken, wurde von einigen SiedlungsbewohnerInnen eine Möglichkeit angedacht, auf das Vorhaben einwirken zu können. Es entstand die Idee, den Gasthof „Auerhahn“ selbst zu kaufen und für ein bis zwei Jahre für die Beherbergung von AsylwerberInnen zur Verfügung zu stellen. Danach sollte der Gasthof in Wohnungen umgebaut und diese verkauft werden. Der Gedanke dahinter war auf diese Weise Kontrolle über das Vorgehen im Quartier zu erlangen.

Es wurde unter anderem die Befürchtung geäußert, dass entgegen den Versprechungen 30 bis 35 Personen dort unterzubringen, doch 60 Personen im Quartier leben würden.

Auch wie lange die Flüchtlinge in Goldegg bleiben würden, war ein Aspekt der die Bevölkerung in Unbehagen versetzte. Durch den Kauf des Gasthofes wollten sich die SiedlungsbewohnerInnen gegen all die Befürchtungen absichern.

„Der Verdacht, dass das immer nur von Anfang an so geplant gewesen wäre, ist in uns schon sehr, sehr hochgekeimt, weswegen wir unbedingt die Sache selbst in die Hand nehmen wollten. Wir wollten das in die Hand nehmen, damit wir nicht eine zusammengepferchte Situation von sechzig Leuten in diesem Asylheim dann gehabt hätten.

Denn Sie müssen sich vorstellen, wir sind hier eine Hundert-Seelen-Siedlung, wo jeder um sieben in der Früh arbeiten fährt, wo 98% weg sind.“ (Interview 3, männlich, Goldegg)

6.1.1.3 „Das war eine Lernphase des Landes, der Gemeinden und der Bevölkerung.“

These 4:

Es herrschte Unklarheit über die Entscheidungszuständigkeit im Ort (Bund – Land – Bürgermeister – Bevölkerung).

Durch die Analyse der Interviews stellte sich heraus, dass es für viele am Konflikt Beteiligten nicht nachvollziehbar war, wer die Entscheidungskompetenzen über das geplante Quartier besaß. Diese Unklarheit spielte sich auf zwei Ebenen ab. Einerseits gab es durch die erst kürzlich stattgefundene Übernahme der Grundversorgung durch das Land, Unzulänglichkeiten zwischen dem Bund und dem Land. Andererseits war auch auf der Gemeindeebene festzustellen, dass es hier grobe Unklarheiten gab.

Diese bezogen sich auf die Entscheidungskompetenz des Bürgermeisters: entscheidet er über das Zustandekommen des Quartiers, wie groß ist sein Einfluss; aber auch auf die Bevölkerung selbst: in wie weit hat sie Mitspracherecht, etc.

„Das war eine Lernphase des Landes, der Gemeinden und der Bevölkerung. Man hätte müssen, schon beginnend beim Land, viel flexibler, viel aufklärender an diese Sache herangehen. Also das war...ist ruckartig gekommen. Man ist da vor Tatsachen gestellt worden, auch die Bevölkerung, die einfach einmal gehört haben...in den nächsten Tagen wird das passieren und die sich total überfahren gefühlt haben... Man hätte da viel sensibler mit diesen Dingen eigentlich umgehen müssen. Und was mich auch dabei sehr verwundert hat...es hat überhaupt keine positive Verbindung Bund und Land gegeben. (...) Inzwischen ist das eben ans Land übergegangen. Das muss sich irgendwo...zufällig getroffen, zeitlich getroffen haben... Es war innerhalb eines Wochenendes. Und wie die dann herangekommen sind und man irgendwo den Bund nur erwähnt hat, dann hat man gemerkt, welche Diskrepanzen es hier zwischen Land und Bund gibt.

Dass das Land überhaupt nichts davon hören will, oder wissen will, was der Bund da getan oder nicht getan hat. Das war überhaupt keine Einigkeit.“ (Interview 4, männlich, Goldegg)

Ob in einer Gemeinde ein Grundversorgungsquartier geschaffen wird, ist von mehreren Faktoren abhängig. Es ist Aufgabe des Landes Quartiere für die AsylwerberInnen zur Verfügung zu stellen. Vorerst muss geklärt werden, ob das Quartier für die Unterbringung geeignet ist. Das heißt, dass neben der Überprüfung der Qualität der Räumlichkeiten auch der Standort ein wesentlicher Faktor ist. Vor allem in touristischen Regionen mit einer hohen Anzahl an Unterbringungskapazitäten stehen oft mehrere Quartiere zu Verfügung.

Die Nutzung dieser ist wiederum abhängig von den strukturellen Gegebenheiten in den Gemeinden. So werden bspw. in einer Gemeinde, in der es möglich wäre drei Quartiere zu schaffen, die Ressourcen nicht ausgeschöpft, da es sonst zu einer „Überbelastung“ der Gemeinde kommen könnte. Folglich wird auf die regionale Verteilung der Grundversorgungsquartiere geachtet. Einen weiteren Aspekt bildet der Standort des Quartiers in der jeweiligen Gemeinde. Es wird darauf geachtet, dass das Flüchtlingshaus nicht zu entlegen, oder aber auch nicht im Ortskern liegt, da befürchtet wird, dass es zu größeren Konflikten kommen könnte. Ist das Quartier geeignet, wird im nächsten Schritt der/die BürgermeisterIn von dem Vorhaben informiert und es wird ihm/ihr überlassen die Bevölkerung darüber zu informieren. Bei Bedarf werden vom Land Informationsveranstaltungen abgehalten (Information aus Interview 2, Landesregierung).

Die Entscheidungskompetenz, ob ein Quartier in einer Gemeinde errichtet wird, obliegt alleine der Landesregierung. Die Gemeinde selbst hat dazu kein Entscheidungsrecht, genauso wenig hat die Bevölkerung Mitspracherecht.

Wie streng mit diesen Vorgaben verfahren wird, ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Im Land Salzburg wurde versucht einen Konsens mit den Gemeinden zu erlangen und die Bevölkerung mit ein zu beziehen. Ein Beamter der Salzburger Landesregierung beschrieb die Vorgehensweise wie folgt:

„(...) wir haben uns die Maxime gesetzt, wir werden, wenn es massive Einwände gibt – das heißt nicht unbedingt, dass wir bei jedes ma..., wenn ein Bürgermeister sagt, nein, hätt' ich aber noch einen Punkt offen, dass man deswegen klein beigibt und das Quartier nicht macht, sonst hätten wir wenig Quartiere im Bundesland geschaffen, ja. Aber wenn man merkt, ein Ort will einfach nicht, dann ist es für uns dann durchaus auch soweit, dass man gesagt hat, es hat keinen Sinn. In Goldegg hat es keinen Sinn gehabt und in dem Sinn haben die Bürger schon über die Gemeinde ein Mitspracherecht gehabt, wenn auch ein negatives.

Im positiven Sinn probieren wir immer wieder, wenn ein Flüchtlingsquartier etabliert werden kann, dass man die Gemeindebürger einbindet, sei es jetzt, also zumindest einmal die Anrainer in regelmäßige Treffen, dass man Integrationsbemühungen startet, Integrationsforen macht, dass man zu einem Austausch kommt, dass die Gemeindebürger informiert sind, woher kommen die Flüchtlinge, zum Beispiel ein großer Teil aus Tschetschenien. Ja da sind immer wieder Vorträge gehalten worden über die Situation in Tschetschenien, immer wieder gemeinsame Sachen gemacht worden, die Caritas in Puch (Anm. dort befindet sich ein Grundversorgungsquartier) hat gemeinsam, die Bevölkerung und die Asylwerber haben gekocht.“ (Interview 2, männlich)

Die beschriebene Unklarheit über die Entscheidungskompetenzen der Unterbringung trug maßgeblich zum Verlauf des Konfliktes bei. Da zur Zeit der Quartiersverhandlungen in Goldegg die Übernahme der Grundversorgung durch das Land gerade erst vollzogen wurde, waren die Entscheidungsmodalitäten offenbar noch nicht klar verteilt.

6.1.2 Ramingstein

In Ramingstein manifestierten sich mehrschichtige Konfliktkomponenten. Diese stehen zum einen direkt mit der Unterbringung der AsylwerberInnen in der Gemeinde im Zusammenhang.

Dazu zählen Ängste, Befürchtungen und auch Erwartungen, also Empfindungen die von den Einheimischen den Flüchtlingen entgegen gebracht wurden. Zum anderen wurden Konfliktfaktoren, welche die Konfliktdynamiken im Zuge der Unterbringung mit begünstigt haben, erkennbar, wie beispielsweise die demographischen oder soziostrukturellen Bedingungen in der Gemeinde. Auch in Ramingstein reichten die Konfliktparteien von der Bevölkerung über die Gemeindevertreter und Ämter der Landesregierung bis zum Bund.

So kann auch hier von Konflikten auf der meso- und makrosozialen Ebene gesprochen werden. Gleich wie in Goldegg handelt es sich in Ramingstein um „heiße“ und „kalte“ Konfliktelemente. Vorerst wird auf die „heißen“ Komponenten des Konflikts eingegangen.

6.1.2.1 „Das war eigentlich so eine Aktion bei Nacht und Nebel, ...“

These 5:

Da die Bevölkerung vorher über die Unterbringung der AsylwerberInnen im Ort nicht informiert worden war, fühlten sich Teile der Bevölkerung überrumpelt und vom Entscheidungsprozess ausgeschlossen. Die Wahrnehmung der Interviewten war, dass die Unterbringung in einer „Nacht-und-Nebel-Aktion“ erfolgte.

Im Mai 2004 wurden in Ramingstein, als eine der ersten Salzburger Gemeinden, AsylwerberInnen in einem Gasthof untergebracht. Hier konnte sich nicht, so wie in Goldegg, vorab ein Widerstand in der Bevölkerung gegen das Vorhaben formieren, da die Bevölkerung erst nach bereits vollbrachter Unterbringung von dieser informiert wurde. Diese Vorgehensweise wurde vom Amt der Salzburger Landesregierung damit begründet, dass bereits AsylwerberInnen von Wien nach Salzburg unterwegs waren, als ein Anruf aus dem Innenministerium kam, man möge diese unterbringen. So sah sich das Land gezwungen sofort ein Quartier zu finden, und da der Gasthof in Ramingstein bereits überprüft war, brachte man die Flüchtlinge dort hin.

Da die AsylwerberInnen erst in der Nacht ankamen, wurde dieses Vorgehen von vielen Interviewten als „Nacht und Nebel Aktion“ wahrgenommen.

„Die Flüchtlinge sind bei uns eigentlich ganz überraschend gekommen. (...) Wir haben damals aber auch noch nicht gewusst: Wie lange dauert es? Was für Leute sind das? Das war eigentlich so eine Aktion bei Nacht und Nebel, wie man so schön sagt.“ (Interview 12, männlich, Ramingstein)

*„Das war eine Nacht- und Nebelaktion. Da ist angerufen worden...An der Grenze sind sie gestanden (...) An der Grenze ist der Bus gestanden. Dann haben sie sie hergebracht einfach von der Landesregierung aus. Und dann sind sie hergekommen. Und danach hat man dann einmal eine Information- Waren wir ja einmal bei einem Informationsabend, aber vorher hat man nichts.“
(Interview 15, weiblich Ramingstein)*

Die von der Landesregierung gewählte Vorgehensweise, die AsylwerberInnen in Ramingstein unterzubringen, erschien manchen RamingsteinerInnen als bewusst gewählte Strategie. Es würde sich nun die Frage stellen, ob eine transparentere Vorgangsweise den Verlauf der Unterbringung positiv oder negativ beeinflusst hätte. Die Beantwortung dieser Frage ist mir leider nicht möglich, da sich auf die Interviewfrage *„Hätte man, ihres Erachtens, in Bezug auf die Unterbringung der AsylwerberInnen in Ramingstein, etwas anders machen können oder hat alles gut funktioniert? Hätte damals etwas anders ablaufen können?“* keine für diesen Aspekt relevanten Antworten ergaben.

Die folgenden sechs Hauptthesen beziehen sich nur auf Ramingstein. Sie thematisieren die Situation in der Gemeinde nach dem die Flüchtlinge dort untergebracht worden sind.

6.2 „Nein, zuerst haben sie uns eigentlich Leid getan.“

These 6:

Die Vorstellungen über die AsylwerberInnen änderten sich mit der Zeit bei einem Teil der Bevölkerung in Ramingstein. Es gab anfangs die Vorstellung, Flüchtlinge seien hilfsbedürftig (arm) und dankbar für jede Hilfe. Es kam jedoch zu Enttäuschungen, wenn sich zeigte, dass die Flüchtlinge diesen Vorstellungen nicht entsprachen und sie die Hilfsangebote der Bevölkerung teilweise ablehnten.

Es wurden Vorstellungen über absolute Armut und Hilfsbedürftigkeit auf die AsylwerberInnen projiziert und die damit verbundene Annahme, die Flüchtlinge würden jeglicher Hilfe enorme Dankbarkeit entgegenbringen, geformt. Nicht alle AsylwerberInnen entsprachen jedoch diesen Vorstellungen. Hilfsangebote wurden nicht immer angenommen und so kam es zu enttäuschten Erwartungshaltungen seitens der Bevölkerung.

Die Gruppe der einheimischen Bevölkerung betrachtet sich selbst als die Machtüberlegenere gegenüber den AsylwerberInnen (Elias & Scotson 1993). Denn sie sind die Etablierten, diejenigen die schon immer im Ort gelebt haben, die vertraut mit der heimischen Kultur sind und zu wissen glauben, wie die österreichische Kultur- und Wertegesellschaft auszusehen hat und somit auch was gut für die Flüchtlinge ist, die nun in Österreich angekommen sind.

Oft wird von den Einheimischen vergessen oder auch nicht angenommen, dass viele Flüchtlinge nicht aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat verlassen mussten, sondern auf Grund von Verfolgung, etc. und somit einen ähnlichen oder auch höheren Lebensstandard gewohnt sind. So ist es oft schwierig für die AsylwerberInnen Hilfsangebote anzunehmen, ohne dass deren Stolz verletzt wird und sie sich entwürdigt fühlen, auf solche Angebote angewiesen zu sein.

„Nein, zuerst haben sie uns eigentlich Leid getan. Am Anfang nach dem Vortrag haben sie uns Leid getan. Die was da waren. Da waren wir nicht negativ eingestellt nach dem Film über Tschetschenien. Aber das hat sich jetzt im Laufe der Zeit geändert.“ (Interview 15, weiblich, Ramingstein)

„Und wir haben auch einer Frau aus der Ukraine geholfen, und wir haben für die Kleidung gesammelt. Wir haben Schuhe und was weiß ich was...haben wir alles, und dann hat sie so viele Sachen gehabt, dass es in Wirklichkeit...sie ist dann weiter geflüchtet nach Deutschland, und hat das Zeug gar nicht mitnehmen können. Das haben wir dann in Säcken im Haus gehabt. Das...ah...es ist einfach...“ (Interview 18, männlich, Ramingstein)

6.3 „Das sind keine richtigen Flüchtlinge, das sieht man ja.“

These 7:

Es gibt unterschiedliche Bilder in der Bevölkerung, warum ein Mensch flüchtet. Häufig wird die Frage nach der „Eigenschuld“ der Flüchtlinge gestellt. Es wurden in den Interviews auch Vorstellungen, dass es sich bei den meisten Flüchtlingen um „Wirtschaftsflüchtlinge“ handelt, die „in Wirklichkeit nicht arm sind“, sichtbar.

„Naja, mich würde schon einmal interessieren, was eigentlich mit denen ist. Von wo kommen die, wieso sind sie da? Da hört man eigentlich überhaupt nie etwas, nicht. Nein, ich sage, dass sie alle vertrieben worden sind, das glaube ich nicht. Weil sie schauen nicht so aus. Die sind einfach ganz normal so dahin gewesen, weil sie eben daheim auch nichts tun wollen wahrscheinlich. Da würden die Leute vielleicht einmal aufgeklärt gehören. (...)

Naja, man...ich sage man liest eben so viel, gell. Es wird dann wieder gesagt das ist ja alles organisiert teilweise. Die kommen ja über Reisebüros daher, und nicht weil sie daheim vertrieben worden sind, oder weil es daheim so schlimm ist. Gell, sondern richtig...Die zahlen halt unten etwas dafür und kommen dann richtig so, nicht...als Asylwerber. (...) Ohne triftigen Grund, ja. Und die, die hier sind, die sind nicht wirklich arm. Das kann mir keiner sagen. Weil so wie die bei uns umher steigen, das ist ja ein Wahnsinn. (...) Die spielen sich ja direkt schon auf, nicht.“ (Interview 10, männlich, Ramingstein)

„Ich meine, diese Situation, wo man glaubt, es ist ein Flüchtling, der ist arm, dem muss man helfen, weil der wird verfolgt und so weiter ... also das ist alles ein Schmäh. Da sind ganz wenige dabei, glaube ich.“ (Interview 18, weiblich, Ramingstein)

„Ja, und vor allen Dingen, schau’ – das sind lauter so Junge, so Halbwüchsige. Du, die gehören ja zur Arbeit. Unser Land hat ja auch aufgebaut gehört, unsere Eltern haben auch nicht abhauen können nach dem Krieg, nicht? Oder? Haben auch müssen das aufbauen alles. Wo wären wir sonst gar? Und da sind alle dahin- Jetzt geht es uns gut in Österreich, nicht? Und die wollen alle von uns da...“ (Interview 15, männlich, Ramingstein)

„Man hat ja gegen Familien oft nichts, aber nur dass die jungen Leute von daheim abhauen... Das sind alles Wirtschaftsflüchtlinge oder haben da kriminelle Sachen gedreht! Nicht? Wenn ich nichts gedreht habe oder was. Ich werde von meiner Heimat weggehen! Nicht? Und ich glaube, das sind- Ich halte nichts davon!“ (Interview 15, männlich, Ramingstein)

Dieser Interviewabschnitt expliziert, die in der These angeführte Frage nach der „Eigenschuld“ der AsylwerberInnen deutlich. Die Flüchtlinge müssen etwas verbrochen haben, da es scheinbar sonst keinen Grund gäbe die Heimat verlassen zu müssen.

Um die Abwertung der AsylwerberInnen zu legitimieren, wird von einigen Befragten gefordert, sie sollten lieber in ihrem Land bleiben, um dieses aufzubauen, wie es die Eltern der Einheimischen nach dem zweiten Weltkrieg auch getan haben.

Dieser Mechanismus wird von Osterkamp (1996) in ihrem Text „Institutioneller Rassismus“ beschrieben. Es wird das eigene Ansehen durch die Abwertung Anderer bewahrt, in dem das, was den anderen angetan wurde als berechtigt hingestellt wird. Also das Land verlassen zu müssen aufgrund eigener Schuld und diese Menschen dann auch noch freundlich im „eigenen“ Land aufzunehmen und ihnen diverse Sozialleistungen zukommen zu lassen, erscheint einigen Interviewpersonen nicht rechtens (Osterkamp 1996). Die Ausgrenzung der AsylwerberInnen wird somit durch deren „Eigenschuld“ (bspw. Verbrechen) gerechtfertigt.

Das Vorurteil, fast alle Flüchtlinge seien „Wirtschaftsflüchtlinge“, ist weit verbreitet. Die Realität sieht in Österreich jedoch anders aus. Menschen, die aus wirtschaftlichen Motiven aus ihrem Land flüchten, werden nicht als Flüchtling anerkannt, jedoch bekommt jede/ zweite AsylantragstellerIn Asyl bzw. darf aus menschenrechtlichen Gründen in Österreich bleiben (Stand 2004). Bei tschetschenischen Flüchtlingen betrug die Anerkennungsquote Anfang 2004 sogar 96%.

Sich einen positiven Asylbescheid zu erschleichen ist hier kaum möglich, denn nicht umsonst „rühmte“ sich der ehemalige Innenminister Strasser mit dem „strengsten Asylgesetz Europas“. (UNHCR: <http://www.unhcr.at/aktuell/einzelansicht/browse/3/article/351/fairness-statt-vorurteile.html>, 18. 10. 2007)

Ferner ist zu bedenken, dass eine Flucht über eine Schlepperorganisation mehrere Tausend Euro kostet und dass aus diesem Grund eine Flucht nach Europa meist nur finanziell besser gestellten Menschen vorbehalten ist. Konrad Hofer (2006) berichtet in seinem Buch „Gestrandet. Aus dem Alltag von AsylwerberInnen“ von AsylwerberInnen die er in diversen Flüchtlingseinrichtungen betreut hat.

Viele der Flüchtlinge gehörten in ihren Herkunftsländern der Oberschicht an und mussten aufgrund von Verfolgung ihr Land verlassen.

Hofer beschreibt bspw. einen Fall, in welchem eine Ehe zwischen einem Armenier und einer Frau aus Aserbaidshan während des militärischen Konflikts der beiden Länder zu einem großen Problem wurde. Beide lebten in Armenien und dem Mann wurde nahe gelegt seine Frau zu verlassen. Nach dem er dieser Forderung nicht nach kam, verlor er seinen Vizedirektorsposten bei einer Bank und in folge wurde auch sein Haus zerstört. Unter diesen Umständen beschlossen die beiden das Land zu verlassen und flüchteten über Russland nach Österreich, wo sie nun mit neuen Problemen konfrontiert wurden.

Nach dem sie zwei Jahre im Flüchtlingslager Traiskirchen verbracht hatten, übersiedelten sie aufgrund der Schwangerschaft der Frau nach Wien in eine Familienherberge. Ihr Asylantrag wurde mittlerweile auch in der zweiten Instanz abgelehnt, da sich die Behörden mit dem Direktor der Nationalbank in Armenien in Verbindung setzten und dieser meinte, Herrn xxx würden keine Probleme bei einer Rückkehr erwarten. Außerdem, meinte der Direktor, stellen gemischtethnische Ehen in Armenien kein Problem dar. Nun wurde erneut eine Berufung gegen den negativen Bescheid beim Unabhängigen Asylsenat (UBAS) eingereicht.

Wie das jahrelange Warten auf einen positiven Bescheid bei Familie xxx ausgegangen ist, oder ob sie noch immer darauf warten, wird in dem beschriebenen Buch nicht mehr aufgezeichnet (Hofer 2006).

Wie das beschriebene Beispiel zeigt, ist es keines Wegs so, dass „fast alle“ AsylwerberInnen aus wirtschaftlichen Gründen sich auf den strapaziösen Weg mit Hilfe von Schleppern einlassen. Ebenso die Behauptung, Flüchtlinge müssen „etwas kriminelles gedreht“ haben, um Grund für eine Flucht zu haben, ist angesichts der vorliegenden Fluchtgeschichten absolut unhaltbar. Vielmehr sind die traumatischen Erlebnisse, welche den Flüchtlingen in ihrem Heimatland widerfahren sind, Anlass die Familie, das gewohnte soziale Umfeld, etc. hinter sich zu lassen und in eine höchst ungewisse Zukunft zu fliehen.

6.4 „Man muss jetzt zusperren.“

These 8:

Einige in der Bevölkerung in Ramingstein nehmen verschiedene Bedrohungen durch die Flüchtlinge wahr. Diese beziehen sich unter anderem auf die Angst, dass ihr Eigentum gefährdet sein könnte. Eine weitere Bedrohung stellen auch die Anzahl der Flüchtlinge und die „hohe Fluktuation“ dar, da man dadurch keinen Einblick hat, wer momentan im Grundversorgungsquartier untergebracht ist.

Auf die Frage, ob es in Ramingstein seit der Unterbringung der AsylwerberInnen zu positiven oder negativen Veränderungen kam, wurde von vielen der Verlust der dörflichen Sicherheit geäußert: Man müsse nun die Häuser zusperren, es würde gestohlen, etc.

„Bei einem Teil der Bevölkerung war es eigentlich sofort: Ja, jetzt muss ich alles zusperren. Man hat Angst vor Diebstählen und gerade vor so kleinen Delikten. Und die sind auch zum Teil passiert. Es - auch in Geschäften, (...) aber es ist einfach ein bisschen - das Gefühl ist da. Weil - bei uns ist auch selten irgendein Haus zugesperrt, weil wir einfach da, glaube ich, verschont sind noch. - Wir sind da nicht wie in der Stadt oder was. Es ist ein jedes Haus eigentlich fast offen und da hat man schon Angst gehabt. Man muss jetzt zusperren. Und zum Teil haben sie da auch – ich weiß es nicht, wie es in Tschetschenien oder wo ist. – Man hat das sicher - von den Asylwerbern nicht abgrenzen können. Das ist der Grund und in den Grund darf ich nicht hineingehen.“ (Interview 12, männlich, Ramingstein)

Aus manchen Interviewausschnitten geht jedoch nicht genau hervor, ob die verringerte Sicherheit im Ort zeitgleich mit der Unterbringung der AsylwerberInnen einherging. Sondern, dass diese schon Jahre vorher nicht mehr als stabil bezeichnet werden konnte. Außerdem bezogen sich fast alle geschilderten Delikte, v.a. was Diebstahl in Geschäften betrifft, nicht speziell auf Ramingstein.

„Nein. Passiert? In der Zeitung hat man schon manchmal - aber nein, so hat man noch nichts - wir wissen nichts, so. Ich meine, da kann man - wir sind nicht feindlich eingestellt, aber es sind zu viele da.“ (Interview 15, weiblich, Ramingstein)

„Naja, ich sage, ein jeder hat halt Angst mit Diebstahl und so weiter. Ich sage bei mir ist auch schon viermal eingebrochen worden...und...und...und...immer. Räder sind mir gestohlen worden. Die Autos aufgebockt, einfach auf Holz und dann über Nacht Aluräder gestohlen worden. Und einmal haben sie jemanden erwischt. Das waren auch Ausländer, gell. (...) Aber ich sage allgemein auch früher, das darf man ja fast keinem sagen, vor fünf, sechs, Jahren hat jeder die Haustüre noch offen gelassen. Das Auto ist vor der Türe gestanden und der Schlüssel ist gesteckt, nicht. Das ist bei uns immer so gang und gäbe gewesen. Das traut sich jetzt kein Mensch mehr. Jeder geht dreimal schauen ob er alles zugesperrt hat. Ich auch, nicht. Ich hab einen Hund auch. Ich sage aber so ist es schon, ist jeder ein bisschen unsicher, gell.“ (Interview 10, männlich, Ramingstein)

Hier zeigt sich die Einstellung der Einheimischen zu den AsylwerberInnen bzw. AusländerInnen ähnlich wie bei Elias und Scotson (1993), welche in ihrem Buch „Etablierte und Außenseiter“ über die „Soziodynamik der Stigmatisierung“ berichten. Es wird aufgezeigt wie die Etabliertengruppe (im Falle Ramingsteins die Einheimischen) dazu neigt, die negativsten Eigenschaften, welche der Minorität der eigenen Gruppe zugeschrieben werden, der Majorität der Außenseitergruppe (die AsylwerberInnen) aufoktroyieren. Es wird folglich behauptet, dass Diebstähle hauptsächlich von den AsylwerberInnen bzw. AusländerInnen durchgeführt werden. Im Gegenzug dazu, werden die positivsten Eigenschaften der Minorität der Etablierten, als Merkmal der (etablierten) Majorität gesehen (vgl. Elias & Scotson 1993, S. 13).

Ein weiteres Bedrohungselement stellt die hohe Fluktuation der AsylwerberInnen dar. Ähnlich wie in Goldegg befürchtet, hat die Bevölkerung keinen Einblick in den Ablauf der Unterbringung, was zum Beispiel Anzahl und Wechsel der Flüchtlinge betrifft.

Nach dem Muster der ersten Unterbringung, welche in der Nacht stattfand, glaubten die meisten Befragten, dass der Wechsel ebenfalls „über Nacht“ erfolgte. Durch das Interview mit der Caritas konnte diese Wahrnehmung jedoch als Einbildung enttarnt werden. Mein Interviewpartner von der Caritas versicherte mir, dass eine Verlegung keinesfalls über Nacht geschieht. Dies ist auch nicht möglich, da der letzte Zug zwischen 16 und 17 Uhr in Ramingstein ankommt. Ramingstein zählt laut Caritas nicht zu den Quartieren, bei denen es häufig zu Verlegungen der AsylwerberInnen kommt.

Als häufig wurde ein 14-tägiger Wechsel bezeichnet. In Ramingstein erfolgen Verlegungen ca. einmal im Monat, was aus Sicht einer mit dem Prozess der Unterbringung nicht betrauten Person allerdings als häufig empfunden werden kann.

„(...) Weil einfach so ein großer Wechsel ist. Die sind zwei, drei Monate da und, ich weiß nicht, kommen dann wo anders hin. Das ganze geht ein bisschen im Kreis glaube ich. Die kommen von einem Heim zum anderen und es ist einfach so ein großer Wechsel drin. Also die ursprüngliche Situation war ja- Das waren eigentlich Familien mit Kindern damals aus Tschetschenien. Und das hat auch ganz gut funktioniert. Mit dem hat man sich dann abgefunden, das war die Situation. Die haben da gelebt, haben sich zum Teil auch integriert, aber jetzt ist einfach der Wechsel. Und der Wechsel ist so kurzfristig, dass man glaube ich, die Leute schwer integrieren kann. (...) Generell- Wir haben überhaupt keinen Einblick, die Gemeinde. Und was mich auch stört daran: Der ganze Wechsel wird immer bei Nacht gemacht.“ (Interview 12, männlich, Ramingstein)

„(...) Jetzt ist ja nur mehr ein Wechsel. Nicht, was man so hört, meine ich. Aber ich bin auch viel unterwegs auf der Straße und man sieht ja dauernd andere. Nicht? Das- Das sind immer Neue! Zuerst waren Familien mit Kinder oder Ältere und jetzt sind alles nur Junge. (...)“ (Interview 15, weiblich und männlich, Ramingstein)

*„Und jedes Mal sieht man Neue. Ich weiß nicht, wann das gewechselt wird. Immer, wenn man spazieren geht, immer wieder andere. An die anderen hat man sich schon gewöhnt gehabt. Die hat man schon gekannt. Und jetzt ist **immer** Wechsel und man weiß nicht wann oder wie oder was.“ (Interview 15, weiblich, Ramingstein)*

Die in den Interviewausschnitten beschriebene Wahrnehmung über den „ständigen Wechsel“ im Grundversorgungsquartier steht im Zusammenhang mit der Unklarheit über die Funktion der Unterbringung (siehe auch 6.6).

Es würde zu einer Entschärfung der Situation beitragen, die Bevölkerung über Sinn und Zweck der Unterbringung zu informieren.

6.5 „Eine Familie ist immer ruhiger, da gibt es weniger Konflikte.“

These 9:

Dass im Grundversorgungsquartier in Ramingstein meist junge alleinstehende Männer wohnen, wird von einigen in der Bevölkerung als bedrohlich empfunden. Dass diese keine Beschäftigung haben (weil sie nicht arbeiten dürfen), wird ebenfalls als bedrohlich wahrgenommen. Mit dieser Unterbeschäftigung wird die Angst verbunden, dass die jungen Asylwerber kriminell werden könnten.

In vielen Interviews wurde beklagt, dass alleinstehende junge Männer die Mehrheit der in Ramingstein untergebrachten Flüchtlinge bilden. Denn unter den AsylwerberInnen die anfangs in Ramingstein untergebracht waren mehr Familien. Die meisten Befragten waren der Meinung, Familien ließen sich in die Gemeinde leichter integrieren und würden auch besser in den Ort passen.

„Nein, wenn Familien- Aber die passen einfach nicht her. Die- Da ist die Gemeinde zu klein für so etwas, lauter Jugendliche. Was sollen die immer haben? Die haben keine Arbeit und nichts, was sollen die immer machen?“ (Interview 15, weiblich, Ramingstein)

„(...) Ursprünglich war eigentlich, dass da Familien da sind. Und ursprünglich waren es eigentlich Tschetschenen, die gekommen sind. Und jetzt haben wir schon alle Nationen da. Und eigentlich nur mehr ein kleiner Teil, die richtige Familien sind. Und eine Familie ist sicher für den Ort besser. Eine Familie ist immer ruhiger, da gibt es weniger Konflikte. (...)“ (Interview 12, männlich, Ramingstein)

Auch wenn sich nach der Meinung der Interviewten, Familien „besser“ in der Gemeinde integrieren würden, sind es mehr männliche Flüchtlinge als ganze Familien, die in Österreich versorgt werden müssen.

Obwohl weltweit mehr Frauen und Kinder (rund 80% der Flüchtlinge sind Frauen und Kinder) von Flucht betroffen sind, sind es überwiegend Männer (80%) die es über weite Distanzen bis nach Europa schaffen. Die Gründe dafür liegen unter anderem an den, in den Herkunftsländern tradierten Rollenerwartungen und dem für Frauen schlechten Zugang zu finanziellen Mitteln. Eine Flucht ist mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden. In Familien, in denen mehrere Personen von Verfolgung betroffen sind, können auf Grund der finanziellen Lage nur Teile oder einzelne Personen flüchten. Dies ist meist den männlichen Mitgliedern der Familie vorbehalten, da die Frauen für die Versorgung der Kinder und älteren Familienmitglieder zuständig sind, welche zurück bleiben müssen.

Hinzu kommen noch frauenspezifische Faktoren, wie die Ausübung bspw. sexualisierter Gewalt an Frauen während der Flucht, da diese von den überwiegend männlichen Fluchthelfern abhängig sind, die den Antritt einer Flucht erschweren. (Birck 2002)

Die in Ramingstein lebenden jungen Asylwerber lösen Unbehagen in Teilen der Bevölkerung aus. Es wurde unter anderem geäußert, dass die Frauen Angst hätten alleine auf der Promenade spazieren zu gehen, da die Asylwerber immer in Gruppen dort auftreten und die weiblichen Bewohnerinnen sich dadurch bedroht fühlten. Dieses Bedrohungsgefühl wurde interessanterweise, bis auf eine Frau, ausschließlich von Männern benannt.

Die anderen Interviewpartnerinnen kannten ein solches Empfinden offenbar nicht.

„Es haben auch zum Teil, gerade die Frauen, haben schon ein bisschen Angst. Weil das- wir haben einfach viele, zur Zeit viele junge Männer da und-. Es hat soweit noch nichts gegeben, dass irgendwo wer belästigt worden wäre. Aber man hat einfach zum Teil schon ein bisschen Angst. Man traut sich nicht mehr so ungeniert spazieren gehen am Abend oder was- (...) Die Frauen sind da schon ängstlicher und vielleicht auch zu Recht. Das ist nicht so ohne, wenn da 20 junge Männer da sind, die alleinstehend sind- Man weiß es ja nicht. Und es sind schon auch Sachen passiert bei uns. Es hat Raufereien gegeben und Ding- (...).“ (Interview 12, männlich, Ramingstein)

„Geh! Die Frauen trauen sich eh nicht mehr fortgehen allein! Da drüben, da ist die Promenade zum Spazierengehen, da traut sich keine mehr gehen alleine.“ (Interview 15, männlich, Ramingstein)

„Naja, bei uns mit den Jugendlichen da gibt's...kommt es schon oft zu Reibereien und so. Die machen bei uns ja die jungen Dirndl an, gell und so weiter gell. Aber nein, da weiß ich eigentlich auch nicht mehr.“ (Interview 10, männlich, Ramingstein)

Die AsylwerberInnen haben während ihres Asylverfahrens kein Recht zu arbeiten (siehe Kapitel *AsylwerberInnen und Arbeit in Österreich*). Auch wenn sie arbeiten dürften, wäre es in Ramingstein fast unmöglich Arbeit zu finden, da die Region von Abwanderung durch fehlende Arbeitsplätze gekennzeichnet ist und der Großteil der jungen RamingsteinerInnen nach Salzburg oder in andere Bundesländer zieht.

Die einzige Möglichkeit wäre, wie in einem Interview angesprochen, als Saisonier/e bspw. in Obertauern in einem Hotel unter zu kommen, nur bietet diese für die AsylwerberInnen in Ramingstein keine annehmbare Perspektive, da es erforderlich wäre, rechtzeitig die Arbeit anzutreten und dies auf Grund der schlechten öffentlichen Transportbedingungen zeitlich nicht arrangierbar ist.

Den AsylwerberInnen bleiben - außer spazieren zugehen und im Sommer Fußball zuspieren - kaum Beschäftigungsmöglichkeiten im Ort. Ein Teil der übrigen Bevölkerung betrachtet dieses erzwungene „Nichtstun“ mit großem Unmut. Obwohl viele der Befragten wussten, dass die Flüchtlinge nicht arbeiten *dürfen*, beklagten sie sich über deren Spaziergänge. Es wurde auch die Befürchtung laut, dass durch dieses „Nichtstun“, die Kriminalität steigen könnte.

*„Und warum versuchen die nicht in ganz Österreich diese Leute zu verteilen. Ich muss heute überhaupt nicht...ah...ich weiß nicht...30 Leute auf einen Haufen...weil das ist ja ein Nährboden für die Kriminalität. Das ist ja ganz logisch. Wenn ich den ganzen Tag nur spazieren gehe in einer Gegend wo jeder mehr hat wie ich, dann werde ich mir auch irgendwann überlegen, ob ich nicht auch irgendwie was machen kann, dass ich das gleiche habe, oder?“
(Interview 18, weiblich, Ramingstein)*

„Wenn es richtig so ist, dass das arme Leute sind und so weiter, und ältere Leute, gell ... dann sage ich ok ... denen gehört eh dann geholfen. Aber nur ... bei uns ist das ein bisschen das Gegenteil, sag ich mal. Weil da sind ja zu 80%, sind ja nur junge Leute da. Das sind Leute in unserem Alter eigentlich. (...)

Und ich sage, das ist glaube ich ein bisschen das Problem. Das ist eigentlich eine Jugend. Die sollten irgendwann einmal etwas aufbauen anfangen. Die müssen ja irgendwann was schaffen einmal. (...) Aber gerade bei den jungen ist das schwer, gell. Weil die tun ja richtig nur herumlungern, gell. Herumsitzen, und ich sage... ich weiß das selber, wenn man heute nichts zu tun hat, da fällt ihnen einfach wahrscheinlich Blödsinn ein. Und gerade als Jugendlicher, gell. Wenn ich heute irgendwo eingespannt bin, gell. Und einfach etwas zu tun habe, dann kann das gar nie so sein. Und darum fangen die wahrscheinlich zum stehlen an, und so weiter, nicht.”
(Interview 10, männlich, Ramingstein)

*„Ja, wenn sie wenigsten ein bisschen zur Arbeit, sagen wir einmal. So wie die Promenade, dass sie Schnee schippen oder so. Irgendeine Arbeit, eine leichte - aber nicht **immer nur** Spazierengehen!“* (Interview 15, weiblich, Ramingstein)

Im Folgenden wird kurz die Situation im Grundversorgungsquartier in Puch bei Hallein im Vergleich zu Ramingstein beschrieben, um einen Einblick in direkt von der Caritas betreute Quartiere zu erlangen und zu veranschaulichen, wie den AsylwerberInnen Möglichkeiten geboten werden können, zu etwas mehr Selbstbestimmung zu gelangen.

Die organisierten Quartiere in der Stadt Salzburg und in Puch bei Hallein bieten neben der Unterbringung und Versorgung auch direkte soziale Betreuung im Quartier an. Unter sozialer Betreuung ist das Lösen von alltäglichen Problemen wie bspw. Gesundheit, Erziehung, Familienzusammenführung, Information im Zusammenhang mit dem Asylverfahren und des Aufenthalts in Österreich, etc., zu verstehen. Dies ist äußerst wichtig für die AsylwerberInnen, um "ihre eigenen Ressourcen (wieder) zu entdecken und die eigenständigen Problemlösungsstrategien auszubauen hin zu einer möglichst eigenständigen Lebensführung" (<http://www.caritas-salzburg.at/caritas/page.asp?id=1153>, 21.01. 2008).

In den übrigen Quartieren beschränkt sich die direkte Betreuung auf die wenigen Male im Monat, die MitarbeiterInnen der Caritas das Quartier besuchen. Um zu mehr Information und Beratung zu gelangen, müssen die AsylwerberInnen selbst zu den betreffenden Stellen fahren.

a) Das Grundversorgungsquartier Puch bei Hallein als Positivbeispiel

Das Grundversorgungsquartier Puch stellt für Salzburger Verhältnisse ein Musterbeispiel dar. Die Sozialbetreuung wird zu täglich fixen Bürozeiten durch professionelle hauptamtlich Beschäftigte angeboten. Die BetreuerInnen wechseln sich mit den Diensten ab. Dadurch ist es möglich, dass die AsylwerberInnen sich ihre für sie vertrauensvolle Ansprechperson auswählen können und gleichzeitig werden die BetreuerInnen vor Überforderung durch zu hohe, auf sie selbst gerichtete Erwartungen geschützt. Nachtdienste werden von geringfügig angestellten MitarbeiterInnen ausgeführt. Ferner gibt es für die BetreuerInnen regelmäßige Teambesprechungen, um sich austauschen zu können. Neben der Sozialbetreuung, wird ein Freizeitangebot durch vor allem ehrenamtliche MitarbeiterInnen ermöglicht. Diese umfasst eine Fahrradwerkstatt, eine Nähwerkstatt und einen Sprachkurs.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, welcher den AsylwerberInnen zu einer Tagesstruktur verhilft, ist das selbständige Kochen. In allen Pensionen, die als Grundversorgungsquartier fungieren, ist die selbstständige Zubereitung der Speisen nicht möglich oder vorgesehen, was nicht selten zu Konflikten im Quartier führt. In Puch besteht die Möglichkeit sich das Essen selbst nach den eigenen Bedürfnissen zu kochen. Das Kochen schließt auch das selbständige Einkaufen im Ort mit ein und führt zumindest ein kleines Stück weit in Richtung selbstbestimmtes Leben (Liebing, Reichl 2007).

b) Das Grundversorgungsquartier in Ramingstein

In Ramingstein ist es den AsylwerberInnen nicht möglich selbst zu kochen, da unter anderem die Ressourcen, wie zum Beispiel Kochgelegenheiten, etc., dazu fehlen. Freizeitangebote wie beispielsweise in Puch sind auch nicht vorgesehen.

Außer im Sommer Fußball zu spielen und spazieren zu gehen, bleiben den AsylwerberInnen kaum Beschäftigungsmöglichkeiten.

Ein Sprachkurs wurde in der Zeit (Dezember 2005) in der ich die Interviews in Ramingstein durchführte, nicht angeboten. Laut der Homepage von Fluequal (www.fluequal.at) werden jedoch derzeit (2008) Deutschkurse angeboten. Ausflüge, bspw. in die Stadt Salzburg, sind aufgrund der schlechten finanziellen Lage der AsylwerberInnen nur sehr beschränkt realisierbar. Es werden den Flüchtlingen folglich keine Möglichkeiten geboten, ihren Alltag zu strukturieren und somit zu mehr Selbstbestimmung zu gelangen. Die erzwungenen Untätigkeit der AsylwerberInnen kann zum Verlust innerpsychischer Ressourcen und Handlungskompetenzen führen. Empowerment von AsylwerberInnen kann somit nicht gewährleistet werden (Positionspapier der österreichischen EQUAL-Partnerschaft 2007).

6.6 „Ich meine die Idee ist ja ein bisschen grotesk.“

These 10:

Es herrscht in Ramingstein Unklarheit über die Funktion der Unterbringung und Grundversorgung von AsylwerberInnen. Der Gemeinde (Bürgermeister und Vertreter) und der Bevölkerung sind der Zweck der Unterbringung sowie der rechtliche Status der AsylwerberInnen unklar. Sie wissen deshalb auch nicht, wie sie mit der Situation umgehen sollen. Geht es darum, die Flüchtlinge im Ort langfristig zu integrieren? Oder handelt es sich nur um eine kurzfristige Übergangslösung?

Aufgrund der Analyse der Interviews in Ramingstein wurde ein Informationsmangel über den Zweck der Unterbringung deutlich. Einerseits sollten die AsylwerberInnen integriert werden, doch durch die hohe Fluktuation im Quartier ist der Integrationsanspruch schwer zu erfüllen. Andererseits erscheint es den Befragten auch „sinnlos“ diese Menschen im Ort zu integrieren, da ohnehin keine Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und damit eine Zukunft nach Erhalt des positiven Bescheids in Ramingstein kaum vorstellbar ist.

„Ich meine, die Idee ist ja ein bisschen grotesk. Wie kann ich jemanden ... zum Beispiel einer Ortschaft, die fast keine Arbeitsplätze zur Verfügung hat, wie kann ich Leute da integrieren. (...) Unsere Kinder gehen alle weg, weil es keine Arbeit gibt. Und andererseits kommen Leute da her, die eigentlich eine Arbeit ... so gesehen stelle ich mir schon vor, dass die Arbeit bekommen sollten, oder.“ (Interview 18, weiblich, Ramingstein)

„Ich meine, was natürlich negativ ist für einen Flüchtling, du bist total weg vom Schuss. Also von dem her, insbesondere dann wenn dieser Flüchtlingsstatus endet, und das hat sich immer wieder als Problem herausgestellt, dann müssen die ... haben vier Monate Zeit oder so ... dann müssen die das Lager dann verlassen, nicht. Gut wohin dann? Du hast keine Arbeitsmöglichkeiten da. Du hast ... Wohnmöglichkeiten sind auch sehr beschränkt.“

Das heißt, da tust du dich in der Stadt natürlich wieder leichter. Das ist sicher das Problem, wenn du dich da irgendwo angewöhnt hast, in diesem Ambiente, wo du bist, dann kannst du aber da nicht bleiben. Also aus wirtschaftlichen Gründen, weil so viele Einheimische abwandern. Ramingstein ist ja so eine ... ja sterbende Gemeinde finde ich jetzt ein bisschen dramatisch, aber eine Gemeinde mit Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung ,(...) wo der Einheimische schon davon läuft, dann ja ...

Grad der Flüchtling hat es auch sehr schwierig ... daher sind dann die meisten, die irgendwo den Status dann zuerkannt bekommen, dass sie bleiben dürfen, sind dann gleich wieder weg. Weil sie da einfach kein Sein nicht haben.“ (Interview 11, männlich, Ramingstein)

Grundsätzlich geht es darum, die AsylwerberInnen bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens in der Grundversorgung aufzunehmen. Folglich resultiert der vorübergehende Charakter der Unterbringung aus der Übergangssituation, welches das Asylverfahren an sich darstellt und welche möglichst schnell beendet werden sollte.

In der Praxis zieht sich jedoch die „Übergangssituation“ über Jahre hinweg bis es zu einer positiven oder negativen Entscheidung seitens des UBAS oder des Höchstgerichts kommt. Nach Erhalt des Bescheids ändert sich der rechtliche Status in dem sich der/die jeweilige AsylwerberIn befindet und damit endet auch der Bezug der Grundversorgung binnen eines Monats. Bei einer Anerkennung hat der/die AsylwerberIn nun ein Monat Zeit, sich eine private Unterkunft zu suchen, was natürlich mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist.

Viele AsylwerberInnen verbringen jedoch nicht die ganze Phase der „Übergangssituation“ im selben Grundversorgungsquartier. Es kommt häufig zu Wechsel bspw. vom Land in die Stadt oder es werden Privatquartiere, was auf Grund niedriger finanzieller Zuschüsse nur schwer möglich ist, gefunden.

6.7 „Das sind alles Betriebe die sonst schon in Konkurs wären.“

These 11:

Ein Teil der Bevölkerung in Ramingstein hat die Vermutung, dass die Pension von der Quartierbetreiberin als Grundversorgungsquartier für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt wurde, um den Betrieb zu retten und daraus Profit zu schlagen. Der Quartiergeberin kommt die Rolle zu, einerseits den Bedürfnissen und Erwartungen der AsylwerberInnen zu entsprechen und andererseits die Ansprüche der Bevölkerung zu erfüllen bzw. deren Ängste zu nehmen.

Wie im Kapitel über die Grundversorgung (2.2.3) bereits beschrieben, sind die meisten Quartiere im Land Salzburg Privatbetriebe, also GastwirtInnen die neben den TouristInnen auch AsylwerberInnen beherbergen. In Ramingstein wird das Grundversorgungsquartier von einer Frau, selbst mit migrantischem Hintergrund, betrieben. In mehreren Interviews wurde die Quartierbetreiberin beschuldigt, nur Flüchtlinge aufzunehmen um ihren Betrieb über Wasser zu halten und daraus außerdem noch Profit zu schlagen. Es schwingt auch Neid in den Schilderungen der Befragten mit, aus dem sich auch Gerüchte über die Quartierbetreiberin und ihren Umgang mit den Flüchtlingen entwickelten.

„Die Quartierbetreiberin hat damals bei der Besprechung gesagt, sie muss mindestens 40 oder 45 Flüchtlinge haben. Dass es sich rentiert. Wenn ich das ausrechne, was die im Monat verdient damit, das ist ja eine schöne Summe. Schade, dass ich kein so ein Haus habe, ich würde auch Flüchtlinge rein geben. Ja es ist so. Und da muss ich wirklich sagen geht es jetzt um die Frau xxx (Quartierbetreiberin) im Ramingsteinerhof. Das die jetzt auf einmal einen BMW, einen Z5 kaufen kann über die Nacht...und man sieht ja, dass sie jetzt auflebt...oder geht es wirklich um die Einwohner der Gemeinde und auch um die Flüchtlinge.“ (Interview 18, männlich, Ramingstein)

„(...) Oder die Wirtin zum Beispiel kassiert die Windeln. Eine Summe...die soll die Leute versorgen mit...mit irgendwelchen Utensilien...ah...dann hat sie dem Baby zum Beispiel am Tag drei Windeln vorgeteilt. Wie soll das funktionieren. Das Kind darf nicht mehr Windeln verbrauchen? (...) Ja da sparen sie natürlich. Und das sind alles...in Wirklichkeit sind das...Wer nimmt denn diese Flüchtlinge auf? Das sind alles Betriebe die eigentlich schon in Konkurs wären.“ (Interview 18, weiblich, Ramingstein)

„Ich meine, der Vorteil ist sicher oben, für die Quartierbetreiberin, nicht? Ich meine, sie hat einfach eine gewisse Menge an Leuten da. Und sie, für ihren Betrieb, ist das sicher ein Vorteil, dass sie sagt: Ja, ich halte meinen Betrieb einfach über Wasser, wie man sagt. Es ist einfach für ihr- es ist eine Sicherstellung für ihren Betrieb.“ (Interview 12, männlich, Ramingstein)

Die Wirtin gab jedoch an, die AsylwerberInnen aus ihrem sozialen Engagement heraus aufgenommen zu haben.

„Ja, an und für sich helfe ich sehr vielen Menschen und ich sage, ja, die Sprache- ich kann verschiedene Sprachen, meine Tochter auch und im Haus sprechen wir viele Sprachen. Und warum nicht? Warum soll man nicht helfen? Weil die Möglichkeit besteht und der Platz ist auch da. Und die werden untergebracht und wenn wir ein bisschen helfen, das ist an und für sich ganz normal.“ (Interview 17, weiblich, Ramingstein)

Die Quartierbetreiberin befindet sich in einer schwierigen, ambivalent anmutenden Rolle. Zum einen muss sie den Erwartungen, welche die einheimische Bevölkerung an sie stellt, gerecht werden. Dies erfüllt sie, indem sie sehr strikte Regeln für die AsylwerberInnen in ihrem Haus aufstellt.

Bspw. muss jede/r um 22 Uhr im Quartier sein, um so sicher zustellen, sollte in der Nacht etwas kaputt gemacht oder gestohlen werden, die Schuldigen nicht bei ihr gesucht werden können.

„Langsam geht man mit den Problemen um. Jetzt zum Beispiel, wenn ein Asylbewerber kommt, dann erkläre ich ihm ganz gleich: Diese Hausordnung muss er sofort unterschreiben. Die Türen werden um zehn Uhr am Abend geschlossen. Um sechs oder um sieben werden sie aufgemacht. Ja warum? In der Nacht hast du nichts verloren im Dorf. Ich nehme die volle Verantwortung für dich. Das weiß ich, du bist im Haus, ich mache Kontrolle, ob sie alle im Zimmer sind. Im Zimmer sie können sich bewegen, am Gang oder wie auch immer. Aber dass sie einfach im Haus sind. Und ich weiß, dass du bis sechs da bist! Wenn irgendetwas passiert in der Nacht, wird gestohlen oder wird irgendetwas - und dann sagen die Leute: Das waren die Asylbewerber. Dann kann ich ganz sicher sagen: Nein, das sind nicht meine Asylbewerber, weil ich habe alle im Haus. Und wenn ich die Türe offen lasse, dann weiß ich, ich komme nicht die ganze Nacht kontrollieren. Ich sage: Nein, da ist einfach die volle Verantwortung. Und um zehn Uhr werden die Türen zugesperrt, um sieben werden sie aufgesperrt. Wenn irgendwer irgendwas braucht, Hilfe, können sie immerhin privat klopfen. Dann komme ich heraus. Oder Rettung oder Arzt, das ist nicht so. Aber die Türen werden geschlossen und einfach - die haben keinen Ausgang in der Nacht. Da gibt es ein paar Männer, die sagen zum Beispiel: Ja, Frau Eva, wir möchten heute Samstag in die Disco fahren. Sag ich: o.k. Wenn du kommst um zwei oder drei, musst du mir klopfen bei privat, dann mache ich dir auf.“ (Interview 17, weiblich, Ramingstein).

Zum anderen können diese restriktiven Regeln Konflikte zwischen der Quartierbetreiberin und den Flüchtlingen oder zwischen den AsylwerberInnen untereinander auslösen. In der folgenden Interviewpassage wird sichtbar, wie schwierig es für die Wirtin ist, auf ihre Regeln zu bestehen.

*„(...) Alkohol ist verboten. Das ist total bei uns verboten. Kein Alkohol. (...) Ja, aber sehen sie ja, wenn sie ruhig- Das ist verboten einfach. Bitte das sind alles Männer, Frauen, wenn sie trinken. Ich kenne die Leute nicht, wenn sie trinken, weiß ich nicht, was sie können anstellen. Und das brauchen sie wirklich nicht. Ein Bier, wenn sie trinken, dann mache ich die Augen zu, sehe ich nicht. Dann weiß ich wahrscheinlich überhaupt nichts davon. Weil dann trinken sie im Zimmer, aber- Naja, da können wir nicht so streng sein! Aber offiziell ist es verboten. Besuche im Haus sind verboten.“
(Interview 17, weiblich, Ramingstein)*

„Man muss immer lachen, ein bisschen Spaß machen, ein bisschen- Ja irgendwie auf die Basis- Das geht nachher locker. Und wenn ich da Regel wäre und wäre es ganz streng, nachher geben sie mir das wieder zurück. Dann machen sie das mit Absicht kaputt.“ (Interview 17, weiblich, Ramingstein)

Einerseits möchte die Quartiergeberin strikt sein, um zu verhindern, dass eventuelle Vorkommnisse auf „ihre“ AsylwerberInnen geschoben werden. Andererseits fällt es ihr schwer, strikt auf den Regeln zu bestehen.

Sie findet keine optimale Balance, mit der Situation im Haus umzugehen, was auch nicht verwunderlich ist, da für so genannte „private QuartiergeberInnen“ keine adäquate Ausbildung, Supervision oder Coaching vorgesehen ist. Es ist zwar im Land Salzburg auch die Caritas für die Betreuung der Flüchtlinge zuständig, jedoch bei einem Betreuungsschlüssel von 1:170 ist eine angemessene Betreuung dieser nicht möglich (Information aus Interview 19, Caritas).

In Kapitel (7) wird die Notwendigkeit einer professionellen Betreuung der AsylwerberInnen hervorgehoben.

6.8 Zusammenhänge zwischen soziostrukturellen Bedingungen und Konfliktodynamiken

These 12:

Es gibt Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen soziostrukturellen Rahmenbedingungen in den Gemeinden und den Konfliktodynamiken, die im Zuge der Unterbringung von AsylwerberInnen bzw. im Zuge der Planung der Unterbringung entstehen.

Wie in den nächsten Thesen deutlich wird, stehen die soziostrukturellen Gegebenheiten der beiden Orte im Kontext mit den Konfliktodynamiken.

In Ramingstein beziehen sich die Zusammenhänge vor allem auf die Arbeitslosigkeit in der Region und die damit verbundene Abwanderung der jüngeren Bevölkerung.

Die Gemeinde Goldegg bzw. die dazugehörige Siedlung „Voithof“ ist in den Augen der BewohnerInnen nicht geeignet für ein Grundversorgungsquartier. Hier spielen der Standort der Siedlung und die Lebensumstände, genauso wie die von einigen BewohnerInnen bemängelte, ungenügende Integration der Zugezogenen in der Gemeinde, eine Rolle.

6.8.1 Goldegg

6.8.1.1 „Die Siedlung ist nicht für ein Grundversorgungsquartier geeignet.“

These 13:

Einige BewohnerInnen der Siedlung nahmen verschiedene Befürchtungen durch das geplante Grundversorgungsquartier wahr, u.a. dass die Siedlung nicht geeignet wäre, aufgrund der Größe, der Lage, der Infrastruktur und der Lebensumstände.

Die Siedlung liegt ein paar Kilometer außerhalb des Goldegger Ortskerns und umfasst hauptsächlich Einfamilien- oder Reihenhäuser, in welchen ca. 100 Menschen leben. Die infrastrukturellen Gegebenheiten sind ungenügend ausgebaut, außer einem Gasthaus befindet sich alles im Ortskern.

Da die meisten BewohnerInnen der Siedlung tagsüber auswärts arbeiten, wurde von einigen InterviewpartnerInnen befürchtet, es könnte zu Kriminalität und Eigentumsgefährdung kommen. Ein weiteres Bedrohungselement stellte die Anzahl der unterzubringenden Flüchtlinge im Verhältnis zur BewohnerInnenzahl dar, wie im folgenden Interviewzitat expliziert wird.

„(...) sie müssen sich vorstellen, wir sind hier eine 100-Seelen-Siedlung, wo jeder um sieben in der Früh arbeiten fährt, wo 98% weg sind. Dann sind in einer Siedlung, wo 98% futsch sind, 60 Asylwerber dann untergebracht. Das ist irgendwie total unverhältnismäßig, das muss irgendwie im Verhältnis zu den in der Siedlung lebenden Leuten sein.“ (Interview 3, männlich, Goldegg)

Verschiedene Studien zu ethnisch-kulturellen Konflikten, wie bspw. von Heitmeyer und Anhut (2000), ergaben, dass die Abwehr und Abwertung ethnisch Anderer bei Regelkonflikten nicht nur in sozialstrukturell benachteiligten (Stadt-) Gebieten besonders stark ausgeprägt ist, sondern ein hohes Konfliktpotenzial auch in besseren/guten Wohngegenden zu finden ist. Dieses Konfliktpotenzial bezieht sich bei benachteiligten Wohngebieten meist auf Konkurrenz und relative Deprivation (Verteilungskonflikt). Bei privilegierten Gegenden ist das Konfliktpotenzial in der sozialen Distanz zu verorten (Regelkonflikt). Es kann zu Befürchtungen kommen, welche die Beeinträchtigung der Wohnqualität beinhalten. Anhut bezeichnet diese soziale Distanz als desintegrativ, „da sie eine Ungleichwertigkeit von Lebensbedingungen sozialräumlich festzuschreiben versucht“ (Anhut 2002, S. 397).

„Und das war halt schwierig zu sagen, auch im Gespräch zu sagen über den Gartenzaun, das den Nachbarn irgendwie beizubringen und zu sagen, ja, das ist ja nicht wirklich so, dass nur schlechte Menschen kommen. Die uns dann sozusagen bedrohen oder die Frauen bedrohen, wenn die Männer in der Arbeit sind. Da hat es alle möglichen Ängste gegeben. Wenn Männer ohne Arbeit da sind und in der Siedlung sind alle Männer in der Arbeit, dann sind die Frauen alleine daheim und dann- Weiß Gott, was da alles passieren könnte, wenn die nicht wissen, was tun den ganzen Tag. Also das war schon eher eine negative Stimmung. (...) Von der Gemeinde ist, glaube ich, gesagt worden, man würde versuchen, Familien unterzubringen mit Kindern, weil die Angst war: Wenn lauter erwachsene Männer da sind, die keine Arbeit kriegen können, weil sie nicht arbeiten dürfen die ersten drei Monate- Damals war es überhaupt noch so, dass sie nicht, überhaupt nicht arbeiten hätten dürfen. Wenn die den ganzen Tag über im Haus sind, dann wird ihnen fad und dann kommen sie auf schlechte Gedanken, oder auf blöde Gedanken. Dann passiert was immer.

Da ist es dann auch sozusagen- Gleich einmal wird dann irgendein Vorfall in St. Johann oder werden Vorfälle sozusagen behauptet, die in St. Johann passiert sein sollen - ich weiß nicht, ob es stimmt oder nicht – die sicher auch in Goldegg passieren, wenn wer da ist. Also insgesamt war es negative Grundstimmung.“ (Interview 9, männlich, Goldegg)

Die Wahrnehmungen/Bilder von Fremden (AsylwerberInnen) werden hier, wie die Interviewausschnitte zeigen, mit Bedrohungsgefühlen verbunden. Diese Wahrnehmungen werden „durch individuelle und kollektive Bilder und Stereotypen – die durch familiäre und nationale Traditionen, Kultur und Politik vermittelt sind – gefiltert, strukturiert und geformt“ und können aber auch durch individuelle Erfahrungen korrigiert und widerlegt werden oder neue Bilder und Stereotypen produzieren (Liebhart, Menasse & Steinert 2002, S. 7).

Die Angst vor dem/den Fremden ist oft ein Produkt politischer und medienpolitischer Experimente mit der Angst der Menschen um bspw. Arbeitsplatz, Wohlstand, Identität, Heimat, etc. Sie dient als Instrument zur Machtgewinnung und Herrschaftsausübung.

Vor allem für populistische xenophobe Politik erweist sich die latente Fremdenangst, welche in vielen Teilen der Bevölkerung schwelgt, als hilfreich, um deren hetzerische Inhalte zu transportieren. (Larcher 1991, S. 16f)

EXKURS:

Es stellt sich jedoch die Frage, woher nun diese (latente) Angst vor dem/den Fremden kommt. Larcher (1991) beantwortet diese aus psychoanalytischer Sicht:

„Demnach ist Fremdenangst nichts Angeborenes. Sie ist vielmehr ein Abkömmling der Todesangst des Kleinkindes. Erdheim weist darauf hin, dass der Säugling nicht nur ein Bild der Mutter aufbaut, sondern auch eines der ‚Nicht-Mutter‘. Margaret Mahler betont, dass dieses Bild der ‚Nicht-Mutter‘ bei Säuglingen ganz unterschiedlich aussehen kann und dementsprechend zu unterschiedlichen Reaktionen gegenüber Fremden führt.

Bei Kindern, deren symbiotische Phase optimal verlief und bei denen ‚vertrauensvolle Erwartung‘ vorherrschte, sind Neugier und Verwunderung...die hervorstechendsten Elemente bei der Erforschung Fremder. Im Gegensatz dazu kann bei Kindern, die kein optimales Urvertrauen erwerben konnten, ein abrupter Wechsel zu akuter Fremdenangst auftreten“ (Larcher 1991, S. 19). Dieses Urvertrauen kann nach dem Schweizer Psychoanalytiker Renggli durch die „immer frühere Trennung, und das heißt, die immer konsequentere Entfremdung zwischen Mutter und Kind“ gestört werden und dadurch ist es schwierig eine Ich-starke Identität zu entwickeln (ebd. S. 21). Aufgrund der mangelhaft ausgebildeten Identität kann die Angst vor Fremden, die Benützung des Fremden als Projektionsfläche für das Negative in einem Selbst und in der eigenen Gruppe oder das Bedürfnis nach Bedrohung durch das Fremde, verstärkt werden (ebd.).

Ein weiterer Aspekt, wie es zu Fremdenangst kommen kann, ist von den in der Adoleszenz gemachten Erfahrungen, abhängig. Der Zweck der Adoleszenz ist die Loslösung von der Familie und damit geht das Eingehen neuer Bindungen mit „Fremdem“ einher. Wird die Lösung von der Familiengemeinschaft nicht vorangetrieben, so ist es dem/der Pubertierenden nicht möglich, sich mit dem/den Fremden in der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Dies kann schließlich in Fremdenangst münden (ebd.).

Es ist folglich wichtig in der frühen Kindheit eine starke Bindung zur Familie zu entwickeln, um das sog. „Urvertrauen“ aufzubauen. Diese starke Bindung muss jedoch in der Adoleszenz wieder nachlassen, um sich auf Fremdes einlassen zu können.

Der hier beschriebene Ansatz erklärt nicht alleine wie es zu dem Phänomen der Fremdenangst kommen kann. Es sind natürlich auch weitere Faktoren wie bspw. kulturelle Regeln, etc. dafür ausschlaggebend.

Wie im Kapitel 6.1.1 bereits erwähnt, wurden in der Analyse der Interviews Themen benannt, die als heiße bzw. kalte Konflikte identifiziert werden konnten. Kalte Konflikte schwelgen unter der Oberfläche und sind daher schwierig zu erkennen. Sie sind meist unbenannt und führen oft zu Desillusionen und Frustrationen. Kalte Konflikte können heiße Konflikte begünstigen. Im Gegensatz zu heißen Konflikten, wo es oft zu Ausbrüchen und Konfrontationen kommt, wird bei einem kalten Konflikt den Problemen eher ausgewichen bzw. werden diese nicht benannt und artikuliert.

Die folgende These wird den „kalten Konflikten“ zugeordnet, da sie den Konflikt um das Grundversorgungsquartier mit begünstigt haben.

6.8.1.2 „Da oben sind so viele Leute, die zugezogen sind.“

These 14:

Es gibt unterschiedliche Zugehörigkeiten im Ort, welche in verschiedenen Vorstellungen, Bildern und Erwartungen an die Gemeinde sichtbar wurden. Dies bezieht sich u. a. auf die Differenz „Einheimische – Zugezogene“.

Aufgrund der Schilderungen der InterviewpartnerInnen über das Leben in der Gemeinde Goldegg wurden unterschiedliche Zugehörigkeiten sichtbar. Diese beziehen sich vor allem auf die Differenz „Einheimische vs. Zugezogene“. Unter den „Einheimischen“ sind Menschen zu verstehen, die entweder in der Gemeinde geboren oder aufgewachsen sind und im Ort arbeiten oder zumindest eine Funktion im Ort erfüllen. Die „Zugezogenen“ sind Personen, die nicht im Ort geboren oder aufgewachsen sind, sondern erst später nach Goldegg gezogen sind und größten Teils auch nicht im Ort arbeiten.

Seit ca. 20 Jahren ist in Goldegg ein größerer Zuzug zu verzeichnen, der von den „Einheimischen“ nicht immer mit positiven Gefühlen verbunden ist, zumal von einigen Befragten befunden worden ist, dass sich die „Zugezogenen“ zu wenig im Ort integrieren. Sie würden sich im idyllischen Goldegg ein Stück Land kaufen, ihr Haus darauf bauen und die Lebensqualität genießen, jedoch wird nicht in der Gemeinde gearbeitet und auch nicht eingekauft, so dass sich der Ort zusehends zu einer „Schlafgemeinde“ entwickelt und der Ortskern ausstirbt.

„Die Post ist weg, die Sparkasse ist weg. Gibt nichts mehr in Goldegg. Es wird zusehends eine Schlafgemeinde. (...) Es ist keine Gemeinschaft da, diese Betriebe dazuhalten, weil es irgendwie kein Entwicklungskonzept für Gewerbebetriebe gehabt hat. Zu der Zeit, wo sie es gebraucht hätte. Insofern ist es aus meiner Sicht eine Gemeinde, wie soll ich sagen, wo die Leute gern herziehen, weil es schön ist und ruhig ist, wo kein Durchzugsverkehr ist, wo man halt die Freizeit verbringt und schläft. Und arbeiten fahren, jetzt nehme ich an, 90% der Arbeitskräfte auswärts.“ (Interview 6, männlich, Goldegg)

Die Ansprüche der „Zugezogenen“ beziehen sich auf die hohe Lebensqualität in Goldegg. Da die meisten BewohnerInnen auswärts arbeiten und auch einkaufen, werden die strukturellen Gegebenheiten im Ort in einem geringeren Ausmaß benötigt.

„Auf alle Fälle, ich bin geboren in [Stadt] und bin also irrsinnig froh und glücklich, dass ich da an einen der schönsten Plätze der Welt herziehen konnte. (...) Das Witzige ist, nur durch Zuzug nach Goldegg ist überhaupt der Einwohnerstand erhalten geblieben oder ist der jetzt um 2000 Leute gestiegen. (...) Das heißt, es ist also diese „Ich bin ein geborener Goldegger“, das gibt es eigentlich nicht mehr. So großartig und tragisch, weil...es ist eine völlig normale Sache, dass Leute, die nicht von Goldegg sind, und hergezogen sind, sich genauso für Goldegg einsetzen und das wirklich als ihre Heimat betrachten, weil sie sich da eben sehr wohl fühlen. Und da geht es mir ganz genau so.“ (Interview 3, männlich, Goldegg)

Die alteingesessenen BewohnerInnen Goldeggs beklagen jedoch die schlechte strukturelle Entwicklung bzw. Rückentwicklung. Verschiedene Infrastrukturen, wie zum Beispiel die Post oder die Bäckerei, haben bereits ihre Türen geschlossen. Es wurde Kritik an der Visionslosigkeit im Ort geübt und auch daran, dass sich die Gemeinde zusehends zu einer so genannten „Schlafgemeinde“ entwickelt. Es gibt keine Konzepte den Ort wieder aufleben zu lassen.

„Da oben sind so viele Leute, die zugezogen sind. Die keine richtigen Goldegger sind... Einheimische. Die haben sich da angekauft, und da haben wir herunten eigentlich so wenig Kontakt. (...) Die gliedern sich nicht in das Ortsgeschehen ein...

Wir sind ja eine so genannte Schlafgemeinde geworden. Die fahren zur Arbeit und kommen zurück. Wollen nur die ganzen Infrastruktureinrichtungen benützen, was Freizeitmöglichkeiten sind...aber sonst... Und ich kenne schon einige da oben, aber man hat nicht so einen Kontakt, dass man sich... Man grüßt sich halt, aber mehr ist nicht. Man kennt die zu wenig. Das sind Leute, die integrieren sich in die Dorfgemeinschaft überhaupt nicht.“ (Interview 6, weiblich, Goldegg)

Durch die geführten Interviews wird folglich ersichtlich, dass es in Goldegg verschiedenen Zugehörigkeiten und Ansichten darüber gibt, welche Funktion die Gemeinde erfüllen soll. Diese unterschiedlichen Ansichten beruhen u. a. auf das Fehlen einer gemeinsamen Vergangenheit, da die Zugezogenen die im Ort stattfindenden negativen Veränderungen nicht in der Intensität wahrnehmen können, wie diejenigen, die schon seit früher Kindheit in Goldegg leben.

Ferner wurde die Kritik laut, dass sich die „Zugezogenen“ selbst, wie auch das vorhergehende Zitat zeigt, nicht im Ort integrieren würden. Diese sich jedoch am lautesten gegen das geplante Grundversorgungsquartier äußerten, wohl aber auch deswegen, weil das Quartier in der Siedlung errichtet werden sollte, wo viele der „Zugezogenen“ sich nieder gelassen haben.

„(...) Und dann kam das in die Medien, dass da oben eben ein Asylantenheim geplant sei. So...habe ich das in Erinnerung... Und daraufhin kam natürlich ein wilder Aufschrei in der Bevölkerung. Vor allem erstaunlicherweise durch jene, nicht durch die Angestammten, die da in der Umgebung dieses Hauses wohnten, sondern durch jene, die eigentlich zugezogen sind in den letzten Jahren.“ (Interview 5, männlich, Goldegg)

Der Aspekt der verschiedenen „Zugehörigkeiten“, welcher durch die Analyse evident wurde, kann auch als „Zweiteilung“ im Ort betrachtet werden. Diese „Zweiteilung“ wurde bei der Präsentation in Goldegg, welche nur für die Befragten veranstaltet wurde, negiert. Da leider nur wenige Personen an der Präsentation und Diskussion teilnahmen und die InterviewpartnerInnen, welche die Thematik der „Zweiteilung“ angesprochen haben, fern blieben, war es leider nicht möglich tiefer gehend darüber zu diskutieren. Auch wenn die anwesenden Personen diese Wahrnehmung nicht teilen konnten, sprechen die Interviews für das Konstrukt der „Zugehörigkeiten“ und für die Ansichten darüber, wer wofür den Lebensraum beansprucht bzw. auch welche Funktion die Gemeinde haben soll (Lebensqualität vs. Tourismus).

Im nächsten Interviewabschnitt betont ein in Goldegg Geborener noch einmal die „Zweiteilung“ im Ort, in dem er die nicht stattfindende Integration der Zugezogenen hervorhebt und meint, dass durch die fehlende Integration dieser Menschen auch keine Integration der Flüchtlingen zu bewältigen sei.

„(...) Ich glaube, da muss viel früher angesetzt werden, dass auch jene zu Goldeggern werden, die hier schon wohnen, die hier...nicht zugewiesen wurden, sondern die sich hier niedergelassen haben. Und solche integrativen Prozesse finden überhaupt nicht mehr statt, sondern es gibt meistens nur mehr Kommunen, die Schlafstätten sind. Wo man auswärts arbeitet und...dann einfach zum Wohnen, weil man es sich leisten kann, irgendwohin sich ein Haus baut. Also hier findet keine...keine Integration auch unter den Österreichern selbst statt. Und genauso wenig kann so die Integration mit anderen stattfinden.“ (Interview 5, männlich, Goldegg)

Die Gegebenheiten in Goldegg weisen Ähnlichkeiten mit Elias und Scotsons Untersuchung über die nachbarschaftlichen Beziehungen in einer kleinen Gemeinde namens „Winston Prava“ auf. In der englischen Gemeinde wurden Etablierten und Außenseiter Konstellationen sichtbar, welche sich durch eine alteingesessene Arbeitergemeinde und eine neue Arbeitersiedlung manifestiert.

Die Alteingesessenen schreiben ihrer eigenen Gruppe überlegene menschliche Eigenschaften gegenüber den vermeintlich minderwertigeren Neuankömmlingen zu, obwohl die einzige Differenz zwischen den beiden Gruppen der Umstand ist, dass die Etabliertengruppe schon länger im Ort lebt (Elias & Scotson 1993, S. 7ff). In Goldegg werden die Zugezogenen zwar nicht als minderwertig angesehen, die Empfindungen der Einheimischen richten sich jedoch auf die mangelnde Integration in das Ortsgeschehen seitens der Zugezogenen. Außerdem werden sie ein Stück weit verantwortlich für die schlechte Entwicklung der Gemeinde gemacht, da die strukturellen Gegebenheiten nicht genutzt werden und es somit zu einem Aussterben des Ortskerns kommt. Es wird ihnen zudem angelastet, selbst wegen der hohen Lebensqualität nach Goldegg gezogen zu sein, diese aber den AsylwerberInnen nicht zu zugestehen.

6.8.2 Ramingstein

6.8.2.1 „Naja, ein junger, aufstrebender Ort sag ich einmal.“ - „Und seit dem ist der Ort eigentlich tot.“

These 14:

Es gibt verschiedene, oft gegensätzliche Bilder über die Gemeinde. Diese beziehen sich einerseits auf die Idylle, die Natur, den Reichtum der Gemeinde,... . Andererseits herrscht Traurigkeit über die Abwanderung, die Arbeitslosigkeit in der Region, die infrastrukturelle Entwicklung der Gemeinde,... .

Zu den Interviewfragen über die Gemeinde bzw. was für Bilder mit Ramingstein assoziiert werden, gaben die Befragten unterschiedliche, oft widersprüchliche Antworten.

Zum einen wurden die Natur und die damit verbundenen Ressourcen besonders positiv hervorgehoben.

*„(...)Bei uns da kann man halt irgendwo von einem Bach noch das Wasser trinken. Das kann man woanders schon nicht mehr.“
(Interview 10, männlich, Ramingstein)*

„Naja, ein junger, aufstrebender Ort sag ich einmal. Wir haben ja sehr viel, nicht. Also wir haben sehr viel auf der Tourismusseite, auf der Kulturseite, nicht. Da verbinde ich eigentlich nur schöne... nur schöne Sachen.“ (Interview 10, männlich, Ramingstein)

„Ja, ich glaube, es hat die Gemeinde Ramingstein eine sehr gute Lebensqualität, genauso wie der Lungau eine sehr gute Lebensqualität. Wir haben eine schöne Landschaft, wir haben ein gutes Klima vom ganzen Ding her. Das passt sicher. (...)“ (Interview 12, männlich, Ramingstein)

Wie die drei Ausschnitte zeigen, werden Bilder, die mit Ramingstein verbunden sind auf die idyllische Landschaft bezogen, in welchen ein „Heimatgefühl“ mitschwingt. Heimat ist nach Greverus als Lebensraum zu sehen, „in dem die Bedürfnisse nach Identität (dem Sich-Erkennen, Erkennt- und Anerkanntwerden), nach materieller und emotionaler Sicherheit, nach Aktivität und Stimulation erfüllt werden, ein Territorium, das sich die Menschen aktiv aneignen und gestalten, das sie zur Heimat machen in dem sie sich einrichten können“ (Greverus 1995, S. 24). Dieser Lebensraum wird jedoch durch die Ankunft der AsylwerberInnen (der Fremden) als bedroht empfunden. Die eigene Identität und auch emotionales und materielles Sicherheitsempfinden wird aus der Sicht der EinwohnerInnen dadurch gefährdet. Denn Identität steht in engem Zusammenhang mit Heimat. Heimat ist Teil unserer Identität bzw. gibt dem Menschen seine Identität und dort „ist er der Mensch, der sich kennt und auskennt, der erkannt und anerkannt wird“ (Greverus 1995, S. 28).

Zum anderen ist die Arbeitslosigkeit in der Region und die damit verbundene Abwanderung, ebenso wie die schlechte infrastrukturelle Entwicklung Ramingsteins auch ein Bild, welches mit der Gemeinde verbunden wird und den BewohnerInnen Sorgen bereitet.

„Und das halt auch sehr viele Leute weggehen. Vor allem auch junge Leute. Man sieht es wenn man so durch das Dorf gedanklich durchgeht und durchfährt. Dann weißt du, ja da sind Leute drinnen in Generation 60 bis 70, aber keine Jungen mehr. Die kommen halt zu Weihnachten und zu Ostern und so. Das sind halt viele Häuser, wo du weißt... wenn du dir dann überlegst... ja wer wohnt da in 20 oder 30 Jahren noch...

Das ist sicher das größte Problem.“ (Interview 11, männlich, Ramingstein)

„Was bei uns sicher Nachteile sind, sind einfach die Arbeitsplätze. Und das ist in der Region. Gerade, wenn heute irgendeiner ein bisschen eine Ausbildung hat, der hat im Lungau eigentlich keine Chance mehr, dass er da einen Arbeitsplatz kriegt. Der muss entweder in irgendeine Stadt oder in irgendein Zentrum arbeiten gehen und die sind eigentlich für die Region da verloren. Das ist ein bisschen schade.“ (Interview 12, männlich, Ramingstein)

Frage: „(...) Was für Bilder, die immer wieder auftauchen, verbinden sie mit der Gemeinde Ramingstein?“

Antwort: „Keine Arbeit, oder wenig Arbeit. Sterbender Ort, ah... es ist so. (...) Naja, das hat sich schon ... von Jahr zu Jahr immer weniger geworden eigentlich. Und jetzt haben sie das Postamt zugesperrt, die Gendarmerie. Und seit dem ist eigentlich der Ort tot.“ (Interview 18, weiblich, Ramingstein)

„Ja, das ist schwierig. Also, fremdenverkehrsmäßig sind wir natürlich schlecht. Ja, es gibt keinen Lift mehr. Im Sommer, also man kann echt nur die Burg besichtigen, den Stollen besichtigen. Wandern, das ist das Neueste, dass wir ein Wanderding haben, so ein Wanderkurs. (...)“ (Interview 13, weiblich, Ramingstein)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass den RamingsteinerInnen einerseits ein Stolz über die Natur und das kulturelle Angebot inne wohnt, jedoch überwiegt die Hoffnungslosigkeit, wie sich der Ort weiter entwickeln wird.

Die Überalterung der Bevölkerung wird von den meisten Befragten als großes Problem erkannt.

6.8.2.2 „Aber die Jugendlichen... das ist, was einen stört, nicht?“

These 15:

Da vor allem junge Asylbewerber im Ort untergebracht sind und viele von den „eigenen“ jungen Erwachsenen aufgrund der fehlenden Arbeitsplätze wegziehen, werden die jungen Asylbewerber von einem Teil der Bevölkerung noch stärker wahrgenommen. Dieser Umstand wird als Ungerechtigkeit und Problem empfunden.

Wie in den vorangegangenen Abschnitten bereits erwähnt wurde, müssen die meisten jungen Erwachsenen die Gemeinde verlassen, um eine Ausbildung absolvieren zu können oder Arbeit zu finden. Dieser Umstand wird von vielen RamingsteinerInnen beklagt. Es besteht die Sorge, dass bald nur mehr ältere Generationen im Ort verbleiben.

Durch die Auswertung der Interviews wurde klar ersichtlich, dass diese Entwicklung von den RamingsteinerInnen in Verbindung mit der Haltung zu den AsylwerberInnen gesetzt wird. So besteht eine große Traurigkeit darüber, dass die „eigenen“ jungen Erwachsenen den Ort verlassen müssen, jedoch wird der Umstand, dass hauptsächlich junge Asylwerber in Ramingstein untergebracht sind, als große Ungerechtigkeit empfunden.

*„Aber die Jugendlichen ... (...) Das ist, was einen stört, nicht? (...) Weil unsere Jugendlichen, die müssen fast alle auswärts arbeiten. Weil eben im Ort keine Arbeit ist. Die müssen Salzburg oder wohin arbeiten. Und die sind da und gehen nur spazieren. Das passt nicht!“
(Interview 15, weiblich, Ramingstein)*

Der Umstand, dass die „eigenen“ Jugendlichen die Gemeinde verlassen müssen, um sich auszubilden bzw. Arbeit zu finden, kann als latenter Konflikt bezeichnet werden. Es besteht eine Traurigkeit über die wegziehenden Jugendlichen, welche in vielen Interviews mitschwingt. Die Ankunft der jugendlichen AsylwerberInnen in Ramingstein kann als Auslöser betrachtet werden, der den latenten Konflikt in einen manifesten Konflikt wandelt.

Das nächste Kapitel (7) setzt sich mit den für diese Arbeit relevanten sozialpädagogischen Aspekten auseinander. Hierbei soll die Notwendigkeit professionell geführter Unterkünfte für AsylwerberInnen verdeutlicht und verschiedene sozialpädagogische Methoden dargestellt werden.

7. Die sozialpädagogische Relevanz der Arbeit

Wie die vorliegende Untersuchung zeigt, kann es bei der Unterbringung von AsylwerberInnen in ländlichen Gemeinden zu verschiedenen Konflikten kommen. Viele der aufgezeigten Konflikte wären durch eine besser geplante bzw. mehr Faktoren berücksichtigende Vorgehensweise vermeidbar gewesen. Wie beispielsweise die Berücksichtigung der soziostrukturellen Bedingungen der Orte oder eine transparentere Planung einer Unterbringung. Im Folgenden werde ich mehrere Aspekte, welche bei der Planung einer Unterbringung in ländlichen Gemeinden berücksichtigt werden sollten, darlegen.

Ein wesentlicher Aspekt sind die soziostrukturellen Bedingungen einer Gemeinde, in welcher AsylwerberInnen untergebracht werden sollen. Diese betreffen einerseits infrastrukturelle Gegebenheiten, wie beispielsweise Standort des Quartiers, öffentliche Verkehrsanbindungen, Freizeitangebote, Abgeschlossenheit der Gemeinde usw. Andererseits sind auch demographische Faktoren ausschlaggebend. Die Entwicklung der Gemeinde sollte berücksichtigt werden: Handelt es sich um einen Ort der von Abwanderung oder Zuzug gekennzeichnet ist? Wie sehen die Arbeitsmöglichkeiten aus? etc. Durch die Berücksichtigung struktureller und sozialer Rahmenbedingungen der Gemeinden kann präventiv gegen Konflikte vorgegangen bzw. können diese vermieden werden.

Ein weiterer Faktor, welcher die Unterbringung von AsylwerberInnen negativ begleiten kann, ist eine undurchsichtige Planung dieser. Es ist wichtig, sobald es zu Verhandlungen um ein potenzielles Quartier kommt, die Gemeindeleitung und auch die Bevölkerung über das Vorhaben aufzuklären, um der Entstehung von Gerüchten vorzubeugen. Es sollte klar gestellt werden, wer welche Entscheidungszuständigkeiten besitzt und wie weit der Bevölkerung Mitspracherecht eingeräumt wird. Weiters ist es notwendig die Bevölkerung über die Funktion der Unterbringung zu informieren: Geht es darum die AsylwerberInnen längerfristig zu integrieren?

Oder handelt es sich nur um eine kurzfristige Übergangslösung? Und welche Ressourcen werden dazu benötigt?

Ferner verfügen die privaten GrundversorgungsquartierbetreiberInnen über keine adäquate Ausbildung um Flüchtlinge bzw. Menschen in extremen Belastungssituationen zu betreuen. Hier wäre es notwendig den QuartierbetreiberInnen Ausbildungsmöglichkeiten, Coaching oder andere Hilfestellungen zu kommen zu lassen, um Konflikten im Quartier vorzubeugen bzw. einen adäquaten Umgang mit Konflikten dieser Art zu erlernen.

Ein weiterer Aspekt ist die Einbindung und Unterstützung von "Schlüsselpersonen" wie beispielsweise Pfarrer, BürgermeisterIn etc., da diese Personen meistens eine wichtige soziale Rolle in den Gemeinden spielen und mit der Bevölkerung in regem Kontakt stehen. Eine Einbindung und Unterstützung der "Schlüsselpersonen" beispielsweise durch Coaching könnte folglich die Integration und Akzeptanz der AsylwerberInnen in den Gemeinden fördern.

Um diese Ansätze zu konkretisieren, beleuchte ich im Folgenden einige sozialpädagogische Methoden, welche in Bezug auf die Unterbringung von AsylwerberInnen in ländlichen Gemeinden herangezogen werden sollten/können.

7.1 Gemeinwesenarbeit

Die Gemeinwesenarbeit stellt eine Möglichkeit für die Bevölkerung dar, sich selbst mit Hilfe von SozialarbeiterInnen/SozialpädagogInnen mit den beschriebenen Konflikten auseinander zu setzen. Durch die professionelle Begleitung durch SozialarbeiterInnen/SozialpädagogInnen wird unter aktiver Beteiligung der Bevölkerung versucht die "Anpassung der Problemgruppe an die Umgebung, (...) eine Veränderung der (Einstellungen, Verhaltensweisen der) Umgebung und (...) die gemeinsame Erarbeitung von, gemäß den entsprechenden kulturellen Normen, notwendigen Fertigkeiten oder Institutionen" (Galuske 1998, S. 91, zit. n. Ludes 1977, S. 107) voranzutreiben.

Weitere Merkmale der Gemeinwesenarbeit sind nach Oelschlägel (1983, 1972) unter anderem:

- Sie betrifft großflächige soziale Netzwerke, welche territorial, kategorial und/oder funktional abgrenzbar sind.
- Sie dient der Vermeidung bzw. Bearbeitung sozialer Konflikte innerhalb eines sozialen Netzwerkes und ist somit ein "Frühwarnsystem" für Konfliktgenese und -eskalation.
- Sie nimmt sich der Probleme der KlientInnen im Zusammenhang regionaler Bedarfs- und Bedarfsausgleichsstrukturen an und wendet sich damit gegen eine Individualisierung sozialer Probleme. Diese werden aus einem gesellschaftlichen Blickwinkel wahrgenommen.
- Sie ist Methoden-übergreifend, was beispielsweise auch Formen der Gruppenarbeit und/oder Einzelfallhilfe mit einschließt.
- Sie hat die Aktivierung der Bevölkerung zum Ziel, um durch die Ressource Gemeinschaft soziale Konflikte zu bewältigen.
- Sie muss, um dieses Ziel zu erreichen, auch Qualifizierungs- und Bildungsprozesse vorantreiben, welche die Bevölkerung befähigt die vorhandenen sozialen Probleme selbst zu lösen.
- Die Aufgabe der SozialarbeiterInnen/SozialpädagogInnen ist es durch Anregung, Unterstützung, Beratung, Koordination etc. die Aktivierung der Bevölkerung zur Entfaltung zu bringen. (Galuske 1998)

Gemeinwesenarbeit wird in Form von Projekten gestaltet. Bei der Initiierung eines Gemeinwesen-Projektes wird ein "Kreislauf von Ideensammlung, genauer Analyse der Situation des Gemeinwesens, Planung, Aktion und Evaluation" forciert (Klicpera & Gasteiger Klicpera 1997, S. 268). SozialarbeiterInnen/SozialpädagogInnen versuchen durch die systematische Situationsanalyse ein Bild über die Interessen der Bevölkerung einer Gemeinde zu bekommen (Klicpera & Gasteiger Klicpera 1997).

Gemeinwesenarbeit bietet in Bezug auf die Unterbringung von AsylwerberInnen einen großen Handlungsspielraum, sich mit der Problematik/Thematik auseinander zu setzen.

So wird der Bevölkerung die Möglichkeit geboten sich selbst einzubringen und somit den Prozess der Integration mit zu gestalten. Sie kann außerdem dabei helfen, eventuelle Vorbehalte/Voreingenommenheiten und Vorurteile abzubauen.

Eine umfassende Form von Gemeinwesenarbeit wäre Gemeindeentwicklung. Denn wie die Studie zeigt, kann nicht nur das Vorhaben AsylwerberInnen in den Gemeinden unterzubringen für die Eskalation der Konflikte verantwortlich gemacht werden, sondern auch (nicht mit ein bezogene/mit gedachte) soziostrukturelle Bedingungen haben diese begünstigt. Diesem Umstand kann mit Gemeindeentwicklungskonzepten entgegen gewirkt werden. "Eine koordinierte, zielgerichtete Entwicklung ist in kleineren Gemeinden mindestens ebenso notwendig wie in Städten, da diese überwiegend ländlichen Kommunen durch Bevölkerungsverlust , Abwanderung von Arbeitsplätzen in die Zentren, Finanzknappheit u. a. m. zu einer maßvollen Planung gezwungen werden" (Straßer, H. 1981, S. 9). So wäre es wichtig für die Gemeinden, die eigene Entwicklung zu reflektieren und Ziele für die Zukunft zu formulieren.

7.2 Gemeinwesen- und Interkulturelle Mediation

Vorerst werde ich abklären was Mediation im Allgemeinen heißt, um im Anschluß daran auf Interkulturelle Mediation und Gemeinwesenmediation näher einzugehen und wie sie für die dieser Arbeit zu Grunde liegenden Problematik von Nutzen sein kann.

Mediation bedeutet "Konfliktvermittlung" (Schramkowski 2001, S. 57) und wird von Falk (2000) wie folgt definiert:

"Mediation ist freiwillige Selbstregulierung von Konflikten mit Unterstützung eines allparteilichen Dritten ohne Entscheidungsgewalt" (Falk 2000, zit. n. Hofstotter Rogger 2005, S. 8).

Durch Mediation wird versucht eine "zukunfts- und konsensorientierte Win-Win-Regelung des Konflikts" zu erlangen, wobei der/die MediatorIn die Konfliktparteien dabei unterstützt, die auf dem Konflikt basierenden Bedürfnisse und Interessen im Rahmen eines Mediationsgesprächs darzulegen.

Somit kann Verständnis für die Perspektive der Gegenpartei erlangt und Verantwortung für den Eigenanteil am Konflikt getragen werden, was zu einer Verbesserung der Kommunikation und der Beziehung der Konfliktparteien beiträgt (Schramkowski 2001).

Interkulturelle Mediation wird bei Konflikten zwischen Konfliktparteien unterschiedlicher kultureller Zugehörigkeit (Interkultureller Konflikt) angewandt. Interkulturelle Konflikte können als solche erkannt werden, wenn unterschiedliche kulturelle Zugehörigkeit die Ursache für den Konflikt ist. Dies muss jedoch nicht zwingend der Fall sein. "Oft wird erst im Prozess der Konfliktbearbeitung deutlich, ob kulturelle Komponenten in den Konflikt hineinspielen oder nicht, auch wenn bei einem Konflikt, in den Angehörige unterschiedlicher kultureller Hintergründe involviert sind, oft automatisch angenommen, dem Konflikt lägen kulturelle Ursachen zugrunde" (Schramkowski 2001, S. 49f).

Jedoch ist der Aspekt Kultur, ebenso wie soziales Umfeld, Macht, Geschlecht, etc., ein Faktor der den Verlauf und Umgang mit dem Konflikt in der Mediation beeinflusst (ebd.).

Der wesentliche Unterschied zwischen interkultureller Mediation und intra-kultureller Mediation, ist das Ausgehen von einem nicht gemeinsamen Wertekanon in der interkulturellen Mediation. In der intra-kulturellen Mediation wird versucht eine Diskussion über divergierende Werte der jeweiligen Konfliktparteien möglichst zu vermeiden, da diese als nicht verhandelbar gesehen werden und erschweren die zentralen gemeinsamen Interessen aufzuzeigen. Hingegen muss die interkulturellen Mediation einen Weg finden, die Auseinandersetzung über unterschiedliche Werte und Weltsichten in den Prozess zu integrieren (Haumersen & Liebe 1999).

Interkulturelle Mediation wird häufig als Tandemberatung durchgeführt. Je ein/e MediatorIn sollte den selben kulturellen Hintergrund einer Konfliktpartei besitzen bzw. zumindest vertraut mit den Kulturkreisen der Parteien sein. Idealerweise sind die MediatorInnen bikulturelle wie bilinguale ExpertInnen, um "die speziellen kulturellen Perspektiven für die anderen Beteiligten transparenter zu machen" (Schramkowski 2001, S. 97).

Interkulturelle Mediation kann folglich auch bei der Unterbringung von AsylwerberInnen in ländlichen Gemeinden für die Vermittlung in und Lösung von Konflikten zwischen den AsylwerberInnen und der einheimischen Bevölkerung ihre Wirkung zeigen und gleichzeitig für mehr Akzeptanz der kulturellen Unterschiede beitragen.

Eine weitere Art der Mediation, welche im Zusammenhang mit interkulturellen Konflikten herangezogen werden kann, ist die Gemeinwesenmediation.

Gemeinwesenmediation wird in Form von Gemeinwesenprojekten und hauptsächlich durch ehrenamtliche Personen unterschiedlichster sozialer Hintergründe durchgeführt. Die Ehrenamtlichen absolvieren ein 30-40 stündiges Training und nehmen als BeobachterInnen an Mediationen teil, welche anschließend reflektiert wird. Ferner finden regelmäßige Supervisionen mit einem/r professionellen Hauptamtlichen statt, welche/r auch als MediatorIn zur Verfügung steht.

Die Mediationen werden meist in Tandemform, also zu zweit, realisiert. Die Arbeit als Tandem kann hier als Qualitätssicherung gesehen werden, da der Konflikt in seiner Komplexität besser wahrgenommen und ein adäquater Umgang mit dem vorhandenen Konflikt gemeinsam gesucht werden kann.

Der Vorteil an ehrenamtlich arbeitenden Personen liegt unter anderem daran, dass dieser Personenkreis aus der selben Schicht- und Lebensweltzugehörigkeit entstammt und somit mit den vorhandenen Strukturen und Problemen in den Gemeinden vertraut sind. Damit sind sie in der Lage, Konflikthintergründe leichter zu verstehen, sich besser in die Situation der am Konflikt beteiligten Menschen hinein zu versetzen und können somit von den Konfliktparteien als MitbewohnerInnen eher akzeptiert werden (Schramkowski 2001). Die Funktion der Sozialarbeit/Sozialpädagogik ist bei der Gemeinwesenmediation "die professionelle Inszenierung und Begleitung des Projektes und die Menschen durch den Aufbau von Netzwerken im Stadtteil (oder in der Gemeinde, Anm. A. W.) durch Förderung von Kontakten und Selbsthilfepotentialen in die Lage zu versetzen, an Prozessen und Ereignissen, die ihr Leben bestimmen, mitzugestalten (...)" (Schramkowski 2001, S. 84).

Gemeinwesenmediation kann insofern bei der Vermittlung in Konflikten, welche BewohnerInnen einer Gemeinde betreffen, einen großen Beitrag leisten, da somit die Möglichkeit gegeben ist, dass möglichst viele BewohnerInnen einer Gemeinde Mediation erlernen und praktizieren können, was zu einer konstruktiven, selbstorganisierten Konfliktaustragung führen kann. Konstruktive Streitkultur wird also durch die ehrenamtlichen MediatorInnen auch an die übrigen BewohnerInnen weitergegeben (ebd.). So kann diese Form der Mediation auch in Gemeinden, in welchen AsylwerberInnen untergebracht werden, zu einer konstruktiven Auseinandersetzung mit den durch die Unterbringung ausgelösten Problemen beitragen.

Die oben genannten "Schlüsselpersonen" könnten beispielsweise hier als ehrenamtliche MediatorInnen ausgebildet werden und zwischen den Einheimischen, der QuartiergeberIn und den AsylwerberInnen vermitteln. Wobei bei der Gemeinwesenmediation in den Gemeinden der interkulturelle Aspekt in das Mediationskonzept mit einbezogen werden muss, was auch Auswirkungen auf die Ausbildung der ehrenamtlichen MediatorInnen hat. Schramkowski (2001) beschreibt nach Duffy (1999) zwei Faktoren, auf welche im Training hin gearbeitet werden sollte:

- "Entwicklung eines Verständnisses für den Einfluß der kulturellen Prägung auf die eigenen Werte und das Verhalten im Konflikt und in der Rolle als Mediator;
- Entwicklung eines Verständnisses für die verschiedenen kulturellen Hintergründe der Konfliktparteien und deren mögliche Auswirkungen auf den Mediationsprozeß" (S. 117).

Es ist folglich auch in der Gemeinwesenmediation von Vorteil, wenn ehrenamtlichen MediatorInnen auch aus verschiedenen kulturellen Hintergründen stammen, um durch interkulturelle Kompetenz komplexe Zusammenhänge, welche den Konflikten zugrunde liegen, besser wahrnehmen zu können (ebd.).

7.3 Supervision und Coaching

Wie in den vorhergehenden Kapiteln schon beschrieben, werden die AsylwerberInnen in Salzburg meist in Pensionen oder Gasthöfen im ganzen Bundesland untergebracht. Bei den Quartieren handelt es sich oft um so genannte "Verliererbetriebe", welche ohne die Aufnahme von Flüchtlingen nicht mehr rentabel wären. Diese Pensionen oder Gasthöfe liegen alle am Land, nicht selten in strukturschwachen Regionen Salzburgs. Es bestehen auch zwei organisierte Flüchtlingsquartiere (Puch und Salzburg Stadt), welche von der Caritas direkt betreut werden (<http://www.caritas-salzburg.at/caritas/page.asp?id=1153>, 21.01. 2008).

Die übrigen Grundversorgungsquartiere (Pensionen und Gasthöfe) werden auch von der Caritas betreut. Wobei die Betreuung bei einem Betreuungsschlüssel von 170:1 (ein/e BetreuerIn auf 170 AsylwerberInnen) einer Farce gleich kommt. Wird der administrative Teil der Betreuung abgezogen, so bleiben pro AsylwerberIn fünf Minuten Betreuungszeit im Monat. MitarbeiterInnen der Caritas kommen etwa dreimal pro Monat in das Grundversorgungsquartier. Die übrige Zeit ist der/die QuartiergeberIn AnsprechpartnerIn der AsylwerberInnen (Informationen aus Interview 19).

Die QuartiergeberInnen sind jedoch nicht für diese Zwecke ausgebildet oder geschult worden. Sie sehen sich mit einer komplett neuen Situation konfrontiert. Waren es erst TouristInnen die freiwillig in der Pension abstiegen und nach ein bis zwei Wochen wieder abreisten, so handelt es sich bei den Flüchtlingen um Menschen, die sich nicht aussuchen konnten wo sie nun wohnen möchten, und der Zeitraum bis das Asylverfahren abgeschlossen ist, ist nach oben hin offen. Abgesehen davon befinden sich viele Flüchtlinge aufgrund der Flucht in einer psychischen Ausnahme-/Belastungssituation. Diese Situation wird durch die Ankunft im Grundversorgungsquartier kaum verbessert.

Das Grundversorgungsquartier in Ramingstein wird nicht direkt von der Caritas betreut. Wie bereits erwähnt, wird das Quartier von der Wirtin, einer Frau mit Migrationshintergrund, geführt und von MitarbeiterInnen der Caritas dreimal pro Monat besucht.

Die übrige Zeit ist die Wirtin selbst für die Betreuung der AsylwerberInnen zuständig. Trotz der umfangreichen Aufgaben und der Intensität des Zusammenlebens der Wirtin mit den Flüchtlingen im selben Haus, ist eine adäquate Ausbildung der Wirtin nicht vorgesehen, wie der folgende Interviewausschnitt veranschaulicht:

Frage: " Hatten sie schon vorher ähnliche Erfahrungen? Haben sie schon vorher in ähnlichen Bereichen gearbeitet?"

Antwort: "Nein."

Frage: "Und haben sie sich irgendwie vorbereitet?"

Antwort: "Naja, eigentlich muss ich sagen nein. Irgendwie Spezialsachen habe ich nicht gemacht. (...)"

Ohne sozialpädagogische/sozialarbeiterische Ausbildung kann es schnell zu Überforderung der QuartiergeberInnen kommen, wie die Interviewzitate in Kapitel 6.7 zeigen.

Auch im Umgang mit Konflikten, welche unter anderem durch die restriktiven Lebensbedingungen der AsylwerberInnen in den Grundversorgungsquartieren entstehen können, werden vorab keine professionellen/sozialpädagogischen Kompetenzen erworben.

An einer anderen Stelle berichtet die Quartiergeberin wie sie einer Wirtin aus dem Nachbarort Ratschläge im Umgang mit den AsylwerberInnen gegeben hat:

"Nachher, die Frau hat das ein bisschen später gemacht. Sie hat sich auch beworben, dann ist sie gekommen zu mir und ich habe zu ihr gesagt: das und das musst du aufpassen, musst du mit den Leuten umgehen und habe zu ihr gesagt das wird für dich schwierig, weil da kann man nicht versprechen, das wird alles wunderbar.

Das ist schwierig, aber mit der Zeit musst du das alles selber kennen lernen. (...) Man weiß auch. Muss man irgendwie die Leute auch Respekt haben vor ihr. Sie ist die Bezugsperson, das müssen sie auch wissen. Wenn sie zu nah gehen, dann sind sie verloren. Wenn sie sagen, sie kümmern sich um alles, dann sind die Forderungen da. Und das und das und das und bringst du mich nach Tamsweg? Mit deinem Auto, weil ich möchte einkaufen? Und dies und jenes. Nein, es geht nicht! Alles können wir nicht geben."

Dieser Interviewausschnitt zeigt, wie die QuartiergeberInnen mit der für sie neuen Situation allein gelassen werden, was somit zu Überforderung führen und weitere Konflikte hervorbringen kann. Diesen Umständen kann mittels Coaching und Supervision entgegen gewirkt werden.

Im folgenden Abschnitt soll auf beide Beratungsformen näher eingegangen und gezeigt werden, wie diese für die Unterstützung der QuartierbetreiberInnen herangezogen werden können.

a) Supervision

Supervision wird im "Wörterbuch Soziale Arbeit" wie folgt definiert:

"Supervision ist ein regelgeleiteter Beratungsprozeß, in dem es um die systematische Reflexion beruflichen Handelns geht. Im Zentrum der Beratung stehen Probleme und Konflikte, die die Professionellen im Umgang mit ihren Klienten bzw. Patienten erleben. Neben dieser Form, die als fallbezogene Supervision bezeichnet wird, können weitere Themenbereiche, z.B. Interaktionsprobleme in der Kollegengruppe oder Schwierigkeiten mit den institutionellen und organisatorischen Rahmenbedingungen, Gegenstand der Supervision sein. Auch berufsbiographische Krisen bieten sich als potentielle Beratungsthemen an. Die Problemdarstellungen erfolgen aus der Perspektive der Supervisanden, wobei neben beschreibenden Sachverhaltsdarstellungen v. a. das subjektive Erleben, Erfahrungen und Gefühle thematisiert werden" (Gaertner 1996, S. 600).

Es werden drei Formen der Supervision, welche in ihren Zielsetzungen und Strukturmerkmalen differenziert werden, unterschieden: Einzel-, Gruppen- und Teamsupervision. Diese werden wiederum hinsichtlich ihrer Verfahren und Methoden (psychoanalytisch, gruppensystemisch, gesprächstherapeutisch, etc.) unterteilt (ebd.).

Supervision bezeichnet die Begleitung des/der SupervisandIn bei der Ausübung seiner/ihrer Profession durch den/die SupervisorIn. Diese Begleitung kann in drei unterschiedlichen Weisen erfolgen:

- Der/die SupervisorIn kann als BeobachterIn fungieren, während der/die SupervisandIn seine/ihre Tätigkeiten ausführt und im Anschluss daran werden die einzelnen Arbeitsschritte besprochen.
- Der/die SupervisorIn arbeitet gemeinsam mit dem/der SupervisandIn an den durchzuführenden Tätigkeiten, wobei die gemeinsamen Tätigkeiten systematisch reflektiert werden.
- Der/die SupervisandIn führt seine/ihre Tätigkeiten alleine durch und bespricht diese in regelmäßigen Abständen mit dem/der SupervisorIn.

(Buchinger 1993)

Dabei erfüllt die Supervision zwei Aufgaben. Zum einen nimmt sie eine Kontrollfunktion, zum anderen eine Ausbildungsfunktion ein.

Supervision wird nicht nur als "Methode der Beratung von Arbeitsschwierigkeiten" in Anspruch genommen, sie wird auch zum "Zweck der Selbstreflexion beruflicher Tätigkeit" herangezogen (ebd.).

Walter A. Scobel unterscheidet vier Ziele der Supervision:

1. "Im Vordergrund steht die selbstreflektierende Analyse des eigenen beruflichen Erlebens und Handelns.
2. Die TeilnehmerInnen und Teilnehmer der Supervision bemühen sich dafür um Selbstöffnung und Introspektion.
3. Notwendigerweise treten bei jeder professionellen Hilfeleistung innerseelische Konflikte auf, Konflikte beim Betreuer ebenso wie beim Klienten. Diese Konflikte sollten in der Supervision fühlbar gemacht und durchgearbeitet werden.

4. Auch darf die Auseinandersetzung mit den Supervisionsteilnehmern - sofern es sich um eine Supervisionsgruppe handelt - und den jeweiligen Leitern nicht umgangen werden. Entwickeln sich darüber hinaus handfeste interpersonelle Konflikte der Gruppe, so müssen diese analysiert werden." (Scobel 1995, S. 14)

Supervision sollte fester Bestandteil sozialer Berufsfelder sein, welche Menschen im Rahmen psychosozialer Dienstleistungen unterstützen, beeinflussen und/oder leiten. Um sozial professionell tätig zu sein ist es notwendig, sich auf kritische Reflexion der eigenen Schwächen und Besonderheiten im interaktionellen Kontext der Berufsausübung einlassen zu können. Da die "Komplexität und Interdependenz von Strukturen und Beziehungen im psychosozialen Bereich 'jedes Handeln mehr nicht-intendierte Wirkungen hat als intendierte' (Auckenthaler & Kleiber 1992, S. 17, zit. in Müller,... 1995, S. 69)" erscheint Supervision als Qualitätssicherung in sozialen Berufen unverzichtbar (Müller, 1995). Sie sollte nicht nur dem/der SozialarbeiterIn/SozialpädagogIn ein Anliegen sein, sondern eine verpflichtende institutionell verankerte Ressource (ebd.). [

So scheint Supervision auch für BetreiberInnen der Grundversorgungsquartiere unabdingbar. Gerade unausgebildete QuartierbetreiberInnen haben erhöhten Bedarf an regelmäßiger Beratung für ihre Tätigkeit.

Sie sind häufig mit Konflikten konfrontiert, welche sich entweder innerhalb der Quartiere oder auch mit den übrigen GemeindegewohnerInnen etc. entzünden. Diese Konflikte können aufgrund nichtvorhandener Ausbildung zu Überforderung führen. Durch ein regelmäßiges supervisorisches Angebot könnte den QuartierbetreiberInnen Unterstützung in ihrer Tätigkeit zukommen, diese ein Stück weit professionalisiert werden und durch Reflexion ihrer Arbeit Konflikten entgegen gewirkt werden.

b) Coaching

Eine weitere Form der in Frage kommenden Einzelberatung stellt das Coaching dar.

Greif definiert Coaching als "Aktivierung von intensiven, differenzierten und systematischen Reflexionsprozessen bei Personen oder Gruppen. Typische Bereiche sind die Arbeitstätigkeiten, die berufliche oder persönliche Entwicklung. Reflektiert werden dabei jeweils kurz- und langfristige Ziele und Gefühle, situative Bedingungen, Verhalten, Ziele und Erwartungen der beteiligten anderen Personen sowie Möglichkeiten und Mittel zur Verbesserung der Zielerreichung (...)" (Greif 2002, S. 15).

Das zu erreichende Ziel bei der Beratung der QuartiergeberInnen wäre/ist das Erlernen eines adäquaten Umgangs mit Konflikten, welche im Rahmen der Unterbringung der AsylwerberInnen entstehen können. An die QuartierbetreiberInnen werden von mehreren Seiten (Flüchtlinge, Bevölkerung, Politik) Forderungen gestellt. Um diesen Forderungen angemessen begegnen zu können benötigen sie professionelle Unterstützung und Beratung, welche in Form von Coaching gewährleistet werden kann.

8. Diskussion

Ausgehend von den zahlreichen Interviews, die ich mit großer Freude durchführte, konnte ich einen Einblick in die unterschiedlichen Sichtweisen und Erfahrungen der GemeindebewohnerInnen gewinnen. Aus diesen Informationen erschlossen sich mir immer komplexer und komplizierter werdende Zusammenhänge im Hinblick auf die Unterbringung von AsylwerberInnen in ländlichen Gemeinden. Die Fragestellung, ob es sinnvoll ist, Flüchtlinge in kleinen Gemeinden unterzubringen, muss nun differenzierter betrachtet werden. Es sollte nicht nur darum gehen, ob in einer Gemeinde ein geeignetes Grundversorgungsquartier vorhanden ist. Vielmehr ist es notwendig auch die Rahmenbedingungen, das heißt die soziostrukturellen Bedingungen der Gemeinden in die Planung mit ein zu beziehen, sowie diese transparenter und offener zu gestalten.

So ist es beispielsweise sinnvoll die Bevölkerung ein Stück weit in die Planung eines Quartiers einzubinden, da nach der Konflikttheorie der Desintegrationstheorie (Anhut 2002) somit die Einhaltung des Interessenausgleichs und moralische Anerkennung gewährleistet werden können. Auch wenn die Einbindung der Bevölkerung in den Prozess einer geplanten Unterbringung mehr Aufwand bedeutet, kann eine solche Vorgehensweise präventiv Konflikten vorbeugen, da der Bevölkerung Einflussmöglichkeiten eröffnet werden und ihre Integrität bewahrt wird. Außerdem vermeidet eine transparente Vorgehensweise die Entstehung von Gerüchten. Fehlende Informationen lösen in der Bevölkerung Ängste und Befürchtungen aus, welche eine unkalkulierbare Bedrohung hervorrufen. Nach Eckert und Willems (1992) kann diese Bedrohung Ohnmachtsgefühle auslösen, es werden selektive Informationen präferiert und diese können zu stereotypen Freund-Feind-Vorstellungen führen, welche den Konflikt begünstigen.

Ein weiterer Faktor, welcher den Unterbringungsprozess negativ besetzte, war bspw. in Ramingstein die Durchführung der ersten Unterbringung der AsylwerberInnen in der Nacht ohne die Bevölkerung vorab darüber zu informieren. Wie in einigen Interviews veranschaulicht, wurde die Unterbringung als „Nacht-und-Nebel-Aktion“ bezeichnet. Dieses Vorgehen rückt die Unterbringung einerseits in ein bedrohlicheres Licht.

Sie scheint nicht beeinflussbar und geheim. Andererseits konnte sich auf diese Weise vorab kein Widerstand gegen das Quartier formieren, wie beispielsweise in Goldegg. Beide Vorgangsweisen (Goldegg und Ramingstein) erscheinen mir sehr fragwürdig.

In Goldegg wurde die Bevölkerung zwar über das geplante Quartier informiert, die Information wurde jedoch viel zu spät weitergegeben. Ab dem Zeitpunkt der ersten Quartiersverhandlungen sollte die Gemeinde über das geplante Vorhaben aufgeklärt werden. Gleichzeitig ist es wichtig „Schlüsselpersonen“, wie BürgermeisterIn, PfarrerIn, etc. einzubinden, da diese eine wichtige soziale Rolle in den Gemeinden innehaben. Die „Schlüsselpersonen“ sollten besonders unterstützt werden, wie zum Beispiel durch Coaching. Somit kann die Integration und Akzeptanz der AsylwerberInnen gefördert werden. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Transparenz bei der Planung und Durchführung der Unterbringung, die Einbindung der GemeindebewohnerInnen und die Unterstützung so genannter „Schlüsselpersonen“ Konflikten dieser Art entgegen wirken können.

Ein weiterer Aspekt welcher zu Verunsicherungen führt, ist die Unklarheit einerseits über den Zweck der Unterbringung und andererseits über die Entscheidungskompetenzen. Es ist der Ramingsteiner Bevölkerung nicht klar, ob die AsylwerberInnen längerfristig im Ort integriert werden sollen oder ob es sich dabei nur um eine kurzfristige Übergangslösung handeln soll. Hier stellt sich nun die Frage in wie fern Ramingstein für eine längerfristige Unterbringung geeignet sein kann, da in dieser Region kaum Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind und ein Großteil der EinwohnerInnen entweder abwandern oder auswärts arbeiten.

In Goldegg kommt es zu Verunsicherungen auf Grund der unklar verteilten Entscheidungskompetenzen, welche sich auf zwei Ebenen vollziehen. Eine Ebene betrifft die Zuständigkeiten von Bund und Land, die Zweite bezieht sich auf die Gemeinde bzw. den Bürgermeister und auch auf die Bevölkerung bspw. was das Mitspracherecht anbelangt. Die Entscheidungszuständigkeiten müssen transparent und klar verteilt sein, um somit Unsicherheiten aus dem Weg zu räumen und in weiterer Folge Konflikte zu vermeiden.

Ferner wurden Konfliktdynamiken im Zusammenhang mit den soziostrukturellen Rahmenbedingungen der Gemeinden sichtbar. In Goldegg beziehen sich diese zum einen auf den geplanten Standort des Quartiers. Es wurden Befürchtungen laut, die Siedlung sei auf Grund der Lage, Lebensumstände und infrastrukturellen Gegebenheiten als Standort nicht geeignet. Unter anderem gaben einige BewohnerInnen an, Angst vor steigender Kriminalität und Eigentumsgefährdung zu haben, da die meisten tagsüber auswärts arbeiten. Außerdem würden die Grundstücke an Wert einbüßen, da nun ein Flüchtlingshaus in der Nachbarschaft angesiedelt werden würde.

Die Befürchtungen seitens der SiedlungsbewohnerInnen beziehen sich also auf die Beeinträchtigung der Lebens- bzw. Wohnqualität. Diverse Studien zu ethnisch-kulturellen Konflikten ergaben, dass die Abwehr und Abwertung ethnisch Anderer nicht nur in sozialstrukturell benachteiligten Gegenden stark erkennbar wird, sondern auch „bessere“ Wohngebiete von diesem Phänomen betroffen sind. Heitmeyer und Anhut (2000) sprechen hier von einem Konfliktpotenzial, welches in der sozialen Distanz zu verorten ist. Also ein Regelkonflikt, wo es um die Gültigkeit von Normen und Werten geht.

Die latente Angst vor Fremden/m, welche durch familiäre und nationale Traditionen, Kultur und Politik transportiert wird, dient als politisches Werkzeug zur Machtgewinnung und Herrschaftsausübung und wird auch von den Medien, wie in diesem Fall von der Kronen Zeitung, für ihre Zwecke instrumentalisiert (Larcher 1991).

Die Befürchtungen der Ramingsteiner Bevölkerung richteten sich einerseits gegen das erzwungene Nichtstun der AsylwerberInnen, da ihrer Meinung nach Kriminalität und Eigentumsgefährdung gefördert werden und andererseits gegen den Umstand, dass hauptsächlich junge alleinstehende Männer im Quartier untergebracht sind. Viele der Befragten meinten, das junge AsylwerberInnen in dieser Region schwer integrierbar wären, da keine Arbeitsplätze zu Verfügung stünden und sogar die „eigenen“ Jungen aus dem Lungau abwandern, da hier kaum Zukunftschancen bestehen. Die Tatsache, dass die „eigenen“ Jugendlichen Ramingstein verlassen und dafür junge (unerwünschte) AsylwerberInnen in den Ort kommen, wird als Problem und Ungerechtigkeit empfunden.

Außerdem wurden Ängste um die einheimischen Frauen laut, da diese womöglich von den jungen Asylwerbern „angemacht“ werden könnten. Interessanterweise wurde dieses Bedrohungsszenario fast ausschließlich von Männern befürchtet.

Ein weiterer Aspekt, welcher aufgrund der Analyse der Interviews zu Tage tritt, ist die Erkenntnis, dass Integration nicht nur Thema zwischen "ÖsterreicherInnen" und "Nicht-ÖsterreicherInnen" ist, sondern auch intra-kulturell Beachtung finden muss. Wie am Beispiel Goldegg veranschaulicht wurde, findet Integration in der Gemeinde auch nicht zwischen den GemeindebewohnerInnen statt. Die „alteingesessenen“ GoldeggerInnen beklagen, dass die „Zugezogenen“ den Ort nur als Lebensraum für Erholung, Freizeit und wegen der hohen Lebensqualität nutzen, jedoch auswärts arbeiten und einkaufen, und somit sich der Ort zu einer so genannten „Schlafgemeinde“ entwickelt. Die Ansichten über die Funktion der Gemeinde Goldegg (Tourismus vs. Lebensqualität) teilen sich mit der Frage wer wofür Lebensraum beansprucht. Die negativen Veränderungen im Ort werden durch das Fehlen einer gemeinsamen Vergangenheit von den Einheimischen viel intensiver wahrgenommen, als von den „Zugezogenen“. Die Situation in Goldegg ist in einigen Aspekten vergleichbar mit der Studie von Elias und Scotson, welche eine englische ArbeiterInnengemeinde in den 1960er Jahren untersucht haben. Auch hier teilt sich die Gemeinde in „Alteingesessene“ (Etablierte) und „Zugezogene“ (Außenseiter). Bei beiden Gruppen handelt es sich um Menschen, die der englischen „ArbeiterInnenschicht“ zugeordnet werden können. Die „Zugezogenen“ unterscheidet einzig die Tatsache, dass sie später in den Ort gezogen sind. Trotzdem werden sie von den Etablierten als minderwertiger angesehen. Dies trifft zwar nicht ganz auf Goldegg zu, es wird aber den „Zugezogenen“ ein Stück weit die Schuld für die schlechte Entwicklung der Gemeinde zugeschoben und es wird ihnen auch vorgeworfen, nach Goldegg wegen der hohen Lebensqualität gezogen zu sein, diese aber nicht den AsylwerberInnen zu zugestehen. Ein weiterer Punkt, der in diesem Zusammenhang von den Befragten angesprochen wurde ist, dass Integration von AsylwerberInnen nicht oder nur sehr schwer möglich sein kann, wenn nicht einmal die Integration zwischen den ÖsterreicherInnen im Ort stattfindet.

Hier könnte die Sozialpädagogik auf der inter- und intra-kulturellen Ebene mit Gemeinwesenarbeit anknüpfen und so zu einem konsensualen Zusammenleben in den Gemeinden beitragen.

Ein anderer konflikträchtiger Aspekt ist die Rolle der QuartiergeberInnen. Aus den Interviews ging hervor, dass viele der Ramingsteiner Befragten der Meinung sind, die Quartiergeberin, nahm die Flüchtlinge aus rein wirtschaftlichen Gründen auf und wolle nun aus der Unterbringung Profit schlagen. Aus einigen Interviews kann man einerseits Neidgefühle der Wirtin gegenüber herauslesen und andererseits wird der Quartierbetreiberin vorgeworfen, sich nicht adäquat um die Flüchtlinge zu kümmern. Die Situation in der sich die Quartiergeberin befindet, gestaltet sich äußerst schwierig. Sie muss zum einen den Forderungen und Vorstellungen der Bevölkerung gerecht werden, die sie beispielsweise mit einer strengen Hausordnung zu erfüllen versucht. Zum anderen muss der Frieden im Quartier gewahrt werden, um Konflikte mit den AsylwerberInnen oder auch unter diesen zu vermeiden. So wäre es wichtig den QuartierbetreiberInnen Unterstützung durch Supervision und Coaching zu kommen zu lassen und sie nicht mit den Konflikten, welche sich im Zusammenleben verschiedener Lebenswelten und unterschiedlichster kultureller Zugehörigkeiten entzünden, alleine zu lassen.

Den in diesen Kontexten entstandenen Konflikten kann mittels Gemeinwesen- und/oder interkultureller Mediation begegnet und somit auch zukünftigen Konflikten entgegen gewirkt werden. So beschreibt Schramkowski (2001), dass durch Gemeinwesenmediation die Möglichkeit geboten werden kann, BewohnerInnen einer Gemeinde soweit zu befähigen, Konflikte konstruktiv und selbstorganisiert zu bewältigen. Die so genannten „Schlüsselpersonen“ könnten in diesem Fall, als ehrenamtliche MediatorInnen fungieren und zu einer konstruktiven Konfliktbearbeitung der durch die Unterbringung der AsylbewerberInnen ausgelösten Konflikte verhelfen.

Die oben beschriebenen sozialpädagogischen Methoden, welche zu einem friedvolleren Zusammenleben der in den ländlichen Gemeinden untergebrachten AsylwerberInnen und der einheimischen Bevölkerung führen können, sind natürlich auch mit Kosten verbunden. In Zeiten der Budgetkürzungen oder -deckelungen kommt das Kostenargument immer mehr zum Tragen. Doch das Problem der allgemeinen Sparmaßnahmen will ich an dieser Stelle nicht mehr weiter diskutieren.

Die Ergebnisse der Studie indizieren einen vielfachen Integrationsbedarf. Die beschriebenen Konflikte sollten auch als Veränderungspotenzial gesehen werden, welches auf Entwicklungsmöglichkeiten hinweist. Die dadurch entstehenden Kosten sollten in diesem Sinn als Investitionen gesehen werden.

Ob die sozialpädagogische Auseinandersetzung mit der Unterbringung von AsylwerberInnen, den damit verbundenen Konflikten und Integrationsleistungen vorangetrieben werden kann, hängt vor allem auch vom politischen Willen ab.

Bibliographie

- Ahlheim, K., Heger, B. (1999). Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit. Handreichungen für die politische Bildung. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag.
- Amann, Ch. (1994). Die Rechte des Flüchtlings. Die materiellen Rechte im Lichte der travaux préparatoires zu Genfer Flüchtlingskonvention und die Asylgewährung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Amann, S., Götsch, B. (Hg.)(2004). Don't Wait. Arbeit und Ausbildung für AsylwerberInnen! Handbuch zur berufsbezogenen Beratung für AsylwerberInnen und Asylwerber. Wien: Volkshilfe Österreich EQUAL-GmbH.
- Anhut, R. (2002). Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie. In T. Bonacker (Hrsg.) Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien: eine Einführung (S. 381-406). Opladen: Leske + Budrich.
- Birck, A. (2002). Verfolgung und Flucht von Frauen. In: MenschenRechtsMagazin, Heft 2, S. 73-82.
- Bonacker, Th. (1996). Konflikttheorien. Eine sozialwissenschaftliche Einführung mit Quellen. Opladen: Leske + Budrich.
- Böse, M. (1998). Verteilung von Flüchtlingen an Kleingemeinden. Eine qualitative Analyse der Netzwerke und Logiken hinter dem „Verlegen zerstreuen diversifizieren“ von Flüchtlingen. Wien: Diplomarbeit.
- Caestecker, F., (2006). Tradition und Tendenzen Europäischer Flüchtlingspolitik. In W. Benz (Hrsg.) Umgang mit Flüchtlingen. Ein humanitäres Problem (S. 73-92). München: Deutscher Taschenbuchverlag.
- Coser, L. (1996). (...) In Th. Bonacker (Hrsg.) Konflikttheorien. Eine sozialwissenschaftliche Einführung mit Quellen (S. ...). Opladen: Leske + Budrich.

- Diehsbacher, M. (2005). Bundesbetreuungsrecht. Bundesbetreuungsgesetz, Betreuungseinrichtungen-BetreuungsV 2005, Grundversorgungsvereinbarung. Wien-Graz: Neuer wissenschaftlicher Verlag.
- Eckert, R., Willems, H. (1992). Konfliktintervention. Perspektivenübernahme in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Opladen: Leske + Budrich.
- Elias, N., Scotson, J.-L. (1993). Etablierte und Außenseiter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fassmann, H., Münz, R. (Hrsg.) (1996). Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag.
- Gaertner, A. (1996) Supervision, In Kreft, D., Mielenz, I. (Hrsg.), Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.
- Galuske, M. 1999: Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim, München: Juventa Verlag
- Giesen, B. (1993). Die Konflikttheorie. In Endruweit, G. (Hrsg.), Moderne Theorien der Soziologie. Strukturell-funktionale Theorie, Konflikttheorie, Verhaltenstheorie. Ein Lehrbuch (S. 87- 134). Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
- Glasl, F. (2004). Konfliktmanagement. Ein Handbuch für Führungskräfte, Beraterinnen und Berater. Stuttgart: Haupt Verlag Bern, Stuttgart, Wien/Verlag Freies Geistesleben.
- Greif, C. (2002). Einführung. In Rauen, C. (Hrsg.) 2002: Handbuch Coaching. Göttingen: Hogrefe-Verlag]

- Greverus, I.-M. (1995). Wem gehört die Heimat? In Belschner, W., Grubitzsch, S., Leszczynski, C., Müller-Doohm, S. (Hrsg.), Wem gehört die Heimat? Beiträge der politischen Psychologie zu einem umstrittenen Phänomen (S. 23-39). Opladen: Leske + Budrich.
- Haumersen, P. & Liebe, F. (1999) Multikulti: Konflikte konstruktiv. Trainingshandbuch Mediation in der interkulturellen Arbeit. Mülheim an der Ruhr: Verlag an der Ruhr.
- Hofer, K. (2006). Gestrandet. Aus dem Alltag von AsylwerberInnen. Wien: Erhard Löcker GmbH.
- Jahoda, M., Lazarsfeld, P. F., Zeisel, H. (1960). Die Arbeitslosen vom Marienthal. Ein soziographischer Versuch. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Kleining, G. (1995). Lehrbuch entdeckende Sozialforschung. Von der Hermeneutik zur qualitativen Heuristik. Weinheim: Beltz, Psychologie-Verl.-Union.
- Klicpera, C., Klicpera Gasteiger, B. (1997). Soziale Dienste. Anforderungen, Organisationsformen und Perspektiven. Wien: WUV-Universitätsverlag.
- Langthaler, H., Trauner, H. (2008). Zivilgesellschaftliche und politische Partizipation von Flüchtlingen und AsylwerberInnen in Österreich. Fallstudie im Namen des NODE – Projekts „Politische Partizipation und Repräsentanz von Flüchtlingen und AsylwerberInnen in der EU. Unveröffentlichter Forschungsbericht.
- Liebhart, K., Menasse, E., Steinert, H. (Hrsg.) (2002). Fremdbilder, Feindbilder, Zerrbilder. Zur Wahrnehmung und diskursiven Konstruktion des Fremden. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag.
- Liebing U., Reichl A. (2007). Die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den Gemeinden. In Projekt FluEqual (Hrsg.), Projekt-Manual. FluEqual – Salzburg integriert Flüchtlinge. <http://www.fluequal.at/index.php?projekt-fluequal>, 30.01.2008.

- Matouschek, B., Wodak, R., Januschek, F. (1995). Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz. Wien: Passagen Verlag.
- Milborn, C. (2006). Gestürmte Festung Europa. Einwanderung zwischen Stacheldraht und Ghetto. Wien, Graz, Klagenfurt: Styria Verlag
- Müller, H., Weidner, G. & Petermann, F. 1995: Pädagogische Supervision und Organisationsentwicklung in der Jugendhilfe. In Petermann, F. (Hrsg.) Pädagogische Supervision. Salzburg: Otto Müller Verlag.
- Osterkamp, U. (1996). Rassismus als Selbstentmächtigung. Berlin/Hamburg: Argument.
- Pichler, S. (2004). Asylpolitik Österreichs seit 2000. Wien: Diplomarbeit.
- Positionspapier der österreichischen EQUAL-Partnerschaften „First Aid in Integration“, „FluEqual“, „Inpower“ und „Work in Process“ (2007). Empowerment von AsylwerberInnen? In Projekt FluEqual (Hrsg.), Projekt-Manual. FluEqual – Salzburg integriert Flüchtlinge. <http://www.fluequal.at/index.php?projekt-fluequal>, 28.02. 2008.
- Schumacher, S. (2004). Gesetzessammlung Asylrecht. Asylrechtsnovelle 2003 + Stichwortverzeichnis. Wien: Sebastian Schumacher (Verleger).
- Schumacher, S., Peyerl, J. (2007). Fremdenrecht. Wien: ÖGB Verlag.
- Scobel, W. A. (1995). Leitfaden zur Supervision. In Wilker, F.-W. (Hrsg.) Supervision und Coaching. Aus der Praxis für die Praxis. Bonn: Deutscher Psychologen Verlag GmbH.
- Schramkowski, B. (2001). Interkulturelle Mediation. Mediation als eine Methode des konstruktiven Umgangs mit Interkulturellen Konflikten in Städten mit hohem multikulturellem Bevölkerungsanteil. Konstanz: Hartung-Gorre Verlag.

- Straßer, H. (Hrsg.) (1981). Gemeindeentwicklungsplanung. Oldenburg: Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg.

Internetquellen:

- (<http://www.zebra.or.at/faqs.html>)
- http://www.asyl.at/fakten_2/betr_2007_04.htm
- http://www.asyl.at/fakten_2/gb_standards.pdf
- <http://www.caritas-salzburg.at/caritas/page.asp?id=1153>
- <http://www.caritas-salzburg.at/caritas/page.asp?id=6563>
- www.goldegg.gv.at
- www.ramingstein.at
- www.statistik.at
- <http://www.unhcr.at/aktuell/einzelansicht/browse/3/article/351/fairness-statt-vorurteile.html>
- [UNHCR-Analyse des Entwurfs für das Salzburger Grundversorgungsgesetz
UNHCR – Analyse_Salzb_Grundversges_2006_03aug06.pdf](#)

Zeitungen & Zeitschriften:

- Buchinger, K. (1993, Mai). Die Bedeutung psychoanalytischer Konzepte für die Supervision. Supervision, Heft 23, S. 38.

- Hofstetter Rogger, Y. (2005). Mediation - Supervision im Vergleich. Perspektive Mediation, Heft 3, S. 8)
- Mautner, J. (2006, Februar). Regionale Asylpolitik in Salzburg. Kranich, Zeitung des Salzburger Friedensbüros, S. 10-11.
- Redtenbacher, R. (2004, 8. Mai). Ex-Haubenlokal wird jetzt neues Quartier für Asylanten in Goldegg. Kronen Zeitung, S. 12-13.
- Westman, H., Wyszata A. (2006, Februar). Eine neue Herausforderung für ländliche Gemeinden. Kranich, Zeitung des Salzburger Friedensbüros, S. 6-8.

Anhang

a) Interviewfragen Goldegg

1. Fragen zur Person, z.B. Beruf, Alter, Geburtsort (Eltern, Großeltern), Schule, Funktion in der Gemeinde, Familienstand.
2. Erinnern Sie sich zurück... Wie hat alles angefangen (die Diskussion/der Konflikt über das geplante Grundversorgungsquartier)? Was war zuerst?
3. Was waren Ihre ersten Gefühle, als Sie davon gehört haben? Was waren die ersten Gefühle in der Bevölkerung der Gemeinde? Wie hat sich die Stimmung entwickelt?
4. Welche Parteien waren involviert? Was war Ihre Rolle? Gab es andere Meinungen?
5. Was sind Ihre Erfahrungen aus dieser Zeit? Was sind Ihre stärksten positiven bzw. negativen Erinnerungen davon?
6. Was hätte Ihres Erachtens damals anders ablaufen können bzw. was hätte anders gemacht werden können?
7. Wie ist die Stimmung in der Gemeinde heute? (Gibt es Themen die nicht angesprochen werden?)
8. Was für Bilder verbinden Sie mit der Gemeinde Goldegg (schöne und nicht schöne Bilder...)? Warum, glauben Sie, tauchen gerade diese Bilder auf? Woher kommen sie? Womit verbinden Sie diese?
9. Wie würden Sie die Gemeinde Goldegg für einen Fremden beschreiben? Was finden Sie am positivsten und was am negativsten in Goldegg?
10. Haben Veränderungen in den letzten Jahren stattgefunden? Wenn ja, welche und waren diese positiv oder negativ?

11. Gibt bzw. gab es Dinge in der Gemeinde, die Sie besonders ärgern?

12. Wenn Sie zurückdenken... Können Sie sich an Momente erinnern, wo Sie sich zu Hause (oder richtig wohl) gefühlt haben? Wo war das? Was war das? Gibt es so einen Ort heute?

13. Können Sie sich vorstellen woanders zu leben? Warum fühlen Sie sich wohl in Goldegg bzw. warum nicht? Warum zieht es Sie in die Heimat zurück bzw. warum nicht?

14. Gibt es irgendetwas Besonderes, das Sie gerne sagen wollen (etwas, das wir vergessen haben...)?

b) Interviewfragen Ramingstein

1. Fragen zur Person, z.B. Beruf, Alter, Geburtsort (Eltern, Großeltern), Schule, Funktion in der Gemeinde, Familienstand.

2. Erinnern Sie sich zurück.... Wie haben Sie zum ersten Mal darüber gehört, dass in Ramingstein AsylbewerberInnen untergebracht werden würden? Wie hat es angefangen? Was war zuerst?

3. Was waren Ihre ersten Gefühle, als Sie davon gehört haben? Was waren die ersten Gefühle in der Bevölkerung der Gemeinde? Wie hat sich die Stimmung entwickelt?

4. Was waren die Meinungen der Bevölkerung? Hatten Sie eine bestimmte Rolle?

5. Was sind Ihre Erinnerungen und Erfahrungen aus dieser ersten Zeit (wie das Grundversorgungsquartier entstanden ist)? Was sind Ihre stärksten positiven bzw. negativen Erinnerungen davon?

6. Hätte man, Ihres Erachtens, in Bezug auf die Unterbringung der AsylbewerberInnen in Ramingstein, etwas anders machen können oder hat alles gut funktioniert? Hätte damals etwas anders ablaufen können?

7. Hat sich in Ramingstein etwas verändert, seitdem die AsylbewerberInnen im Ort sind? Wenn ja, sind das positive oder negative Veränderungen?
8. Wie sieht es heute aus in der Gemeinde? Funktioniert alles gut oder gibt es Konflikte bzw. Dinge, die nicht gut laufen?
9. Haben Sie selber persönlichen Kontakt zu den AsylbewerberInnen (bzw. kennen Sie jemanden, der mit den AsylbewerberInnen in Kontakt ist)? Was sind Ihre konkreten Erfahrungen davon?
10. Was für Bilder verbinden Sie mit der Gemeinde Ramingstein (schöne und nicht schöne Bilder...)? Warum, glauben Sie, tauchen gerade diese Bilder auf? Woher kommen sie? Womit verbinden Sie diese?
11. Wenn die Interviewperson nicht aus Ramingstein kommt: Wie haben Sie es erlebt in den Ort zu kommen?
12. Wie würden Sie die Gemeinde Ramingstein für einen Fremden beschreiben (Industrie-, ländliche, Touristengemeinde)? Was finden Sie am positivsten und was am negativsten in Ramingstein?
13. Haben Veränderungen in den letzten Jahren stattgefunden? Wenn ja, welche und waren diese positiv oder negativ?
14. Gibt bzw. gab es Dinge in der Gemeinde, die Sie besonders ärgern?
15. Können Sie sich vorstellen woanders zu leben? Warum fühlen Sie sich wohl in Ramingstein bzw. warum nicht? Warum zieht es Sie in die Heimat zurück bzw. warum nicht?
16. Gibt es irgendetwas Besonderes, das Sie gerne sagen wollen (etwas, das wir vergessen haben...)?